

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN689065124_19330119

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
digitalisierung@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburgischer Correspondent



Älteste Hamburger Handels- und Börsen-Zeitung

Hamburgische Börsen-Halle

Bedeutendste und größte Schiffsahrts-Zeitung Deutschlands

Wochenpreis monatlich Ausgabe A mit Schiffsahrtslisten RM. 8.—, davon RM. 1.— an den Kolporteur. Ausgabe B ohne Listen RM. 6.—, davon RM. 1.— an den Kolporteur. 12mal wöchentlich Ausgabe C (Samstagsausgabe) RM. 3.—, davon RM. —,55 an den Kolporteur. 7mal wöchentlich Ausgabe D (Sonntagsausgabe) RM. 7,50, davon RM. 1,20 Postgebühr. Ausgabe B RM. 5,50, davon RM. 1,20 Postgebühr. Ausgabe C RM. 3.—, davon RM. —,70 Postgebühr außer den Postgebühren. Bestellung bei der Geschäftsstelle, den Zeitungsverkäufern u. Postanstalten. Geschäftsstelle: Hamburg, Alterwall 76/78. Fernsprecher: 36 12 01.

Morgen-Ausgabe

Anzeigen aus Groß-Hamburg die kleine Seite 65, auswärtige 65 Pfa., die halbe Seite 1,20 M., die große Seite 2,40 M., kleine Anzeigen bis zu 9 Zeilen 30, von 10-15 Zeilen 35 Pfa., Stellenanzeigen 25, Stellenanzeigen 40 Pfa., priv. Familien-Anzeigen 30 Pfa. Anzeigen-Annahme bei allen Anzeigenvermittlungen und in der Geschäftsstelle. — Bankkonto: unter Hamburger Börsenhalle bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Hamburg. — Adresskonto: Hamburg 30757. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nummer 51

Donnerstag, 19. Januar 1933

205. Jahrgang.

Hitler zu keiner Verständigung bereit

Reichstagsauflösung nicht zu vermeiden

Papens Versuch gescheitert

Eigene Drahtmeldung.

© Berlin, 18. Januar.

Je näher die entscheidende Freitagssitzung des Reichstages herankommt, um so intensiver gestalten sich in Berlin die Besprechungen, Verhandlungen, Verständigungen, Versuche und Kombinationen über eventuelle Auswege aus der drohenden Krise, um so deutlicher wird aber auch sowohl bei der Regierung wie bei den Nationalsozialisten die Tendenz

jezt auf jeden Fall eine Entscheidung herbeizuführen und dem Konflikt nicht mehr auszuweichen.

Es muß dabei dahingestellt bleiben, inwieweit die nach außen sehr stark unterstrichene Befundung des beiderseitigen Willens zur Entscheidung als ein taktischer Schachzug anzusehen ist, der dazu bestimmt sein könnte, den Verhandlungspartner einzuschüchtern und ihn zum ersten Schritt auf dem Wege einer Verständigung zu veranlassen. Im allgemeinen gewinnt man aber doch den Eindruck, daß die Entwicklung tatsächlich auf den Bruch hinführt. Hitler zeigt nicht die geringste Neigung, einen Verständigungsversuch zu unternehmen und der Reichskanzler, dessen mit so großer Geduld unternommene, monatelang dauernde Verhandlungsversuche bei den Nationalsozialisten keine Erwiderung gefunden haben, scheint nun ebenfalls entschlossen zu sein, den Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. So ergibt sich als Gesamtbild der innenpolitischen Lage am heutigen Abend die stetig zunehmende Wahrscheinlichkeit, daß es am Freitag bei der Einberufung des Reichstages für den 21. Januar bleibt,

und daß beim Zusammentritt des Plenums die Mißtrauensanträge zur Abstimmung gestellt werden, was die Auflösung des Reichstages zur Folge haben würde.

Neben dieser an sich einfachen und klaren Linie bestehen natürlich noch eine ganze Reihe von nebenher gehenden Besprechungen, Bestrebungen und Versuchen. So ist die Frage einer eventuellen Kabinetts-umbildung noch nicht endgültig erledigt, weder im positiven noch negativen Sinne, obwohl keineswegs klar zu erkennen ist, in welcher Weise eine solche Umbildung vorgenommen werden sollte. In dieser Frage hat sich jedoch in der Wilhelmstraße die Meinung herausgebildet, daß eine Kabinetts-umbildung wohl nur vor dem Zusammentritt des Reichstages in Frage kommen könnte, denn nach dem eventl. Sturz würden für ein geschäftsführendes Kabinett Schwierig-

keiten für eine Umbildung vorhanden sein. Der Reichskanzler dürfte aber, wie man annimmt, überhaupt nicht die Absicht haben, seine Regierung in den Zustand einer nur geschäftsführenden Regierung versetzen zu lassen, sondern er wird zweifellos, ehe es durch die Annahme eines Mißtrauensantrages soweit kommt,

genau wie es sein Amtsvorgänger bei der Auflösung des vorigen Reichstages getan hat, schon vor einer Abstimmung auch diesmal wieder zur Auflösung schreiten.

Jedenfalls geht gegenwärtig die Absicht der Regierung in dieser Richtung. Dabei wird auch mit aller Entschiedenheit betont, daß an der Erteilung der Auflösungsorder durch den Reichspräsidenten kein Zweifel sein könne. Nur wird diesmal die Ermächtigung nicht im voraus als Blankovollmacht gegeben, wie früher, als der Reichspräsident sich in Neudorf aufhielt. Diesmal befindet sich der Reichspräsident dauernd in Berlin, und ist jederzeit in der Lage, einzugreifen. Der Reichskanzler legt jedenfalls Wert darauf, daß sein Kabinett in voller politischer Aktionsfähigkeit weiterreißt, und er dürfte sich darüber mit dem Reichspräsidenten in Uebereinstimmung befinden.

Von den verschiedenen Unterredungen des heutigen Tages ist die Besprechung zwischen

Hitler und Papen

hervorzuheben, in welcher der frühere Reichskanzler den offenbar vollkommen vergeblichen Versuch unternommen hat, eine Annäherung zwischen Hitler und Schleicher herbeizuführen. Man hat in Regierungskreisen davon den Eindruck gewonnen, daß Hitler nicht gewonnen ist, sich auf irgendwelche Verhandlungen einzulassen. Eine Zusammenkunft Hitlers mit dem Reichskanzler wird demgemäß heute abend für unwahrscheinlicher als je angeprochen, was natürlich nicht ausschließt, daß eine solche Zusammenkunft als eine neue Ueberraschung in dieser so rasch wechselnden Lage in letzter Stunde doch noch zustande kommt. Eine Initiative des Reichskanzlers dafür kommt aber, wie berichtet wird, keinesfalls in Betracht. Ebenso tritt man in der Wilhelmstraße den Behauptungen scharf entgegen, daß die Person des Reichspräsidenten irgendwie in die Besprechungen einbezogen werden könnte. Ob die in Aussicht stehenden Besprechungen des Reichskanzlers mit dem Vertreter der Bayerischen Volkspartei, dem Bräutlen Lecht, noch zu einem Beratungsantrag im Reichstagen führt, gilt ebenfalls als sehr fraglich, und insgesamt hat sich durch den Verlauf des heutigen Tages der Eindruck wieder verstärkt, daß der offene Konflikt wohl nicht mehr zu vermeiden ist.

Ausblick auf die Abrüstung

Die Millionen der Kanonenhändler

Von * * *

Als die amerikanische Regierung bei Beginn der Abrüstungskonferenz deren Dauer auf 8 bis 10 Monate schätzte, erregte das aufsehen. Der Verlauf der Konferenz hat gezeigt, daß die Schätzung noch zu niedrig war. Es sind jetzt 31 Monate seit ihrer Eröffnung am 2. Februar vergangen, und ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Bei der Bedeutung der Abrüstungsfrage nicht nur für die Sicherheit Deutschlands, sondern auch für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise erscheint es angebracht, einen Rückblick auf den bisherigen Verlauf und einen Ausblick auf die weitere Entwicklung zu tun. Schon bei der am 8. Februar 1932 beginnenden Generaldebatte ergab sich eine scharfe Abzeichnung zwischen den abrüstungswilligen Staaten Italien, England, Amerika und denen, die eine positive Abrüstung verhindern wollen, Frankreich usw. Die deutsche Forderung lautete: „Allgemeine Abrüstung nach den Grundätzen des Versailler Vertrages.“ Sie ist bis auf den heutigen Tag die gleiche geblieben.

Ein am 12. April unternommener amerikanischer Vorstoß zur Abschaffung der Angriffswaffen blieb ohne Erfolg. Denn es wurden als Gegenstück Kommissionen und Sonderkommissionen eingebracht, in denen über den spezifischen Angriffscharakter der einzelnen Waffen endlos geredet wurde, ohne daß irgendwelche einmütigen Vorschläge zustande kamen. Jeder Staat will gerade seine Waffen behalten. Nur den chemischen, bakteriologischen und Brandwaffen wurde mit Einstimmigkeit Angriffscharakter zugesprochen. Der Leser erinnert sich noch der allgemeinen Entrüstung in Deutschland, als in Genf festgestellt wurde, daß Tanks und Bombenflugzeuge keine „Angriffs“-Waffen seien.

Am 22. Juni erfolgte der zweite amerikanische Vorstoß durch Vorlage eines klar umrissenen Programms betreffs Land-, See- und Luftabrüstung. Es sei daraus erwähnt: Abschaffung der Tanks und der gesamten beweglichen schweren Artillerie; Herabsetzung der Tonnage aller Flotten um 1/3 bis 1/2; Abschaffung der Bombenflugzeuge und uneingeschränkter Bombenabwürfe. Auch dieser amerikanische Vorstoß erging es wie der erste und dem deutschen Vorschlag. In Genf war es immer dasselbe Spiel: Dies jeu de rakettes, dies Verschütten und Zerreden klarer Fragen durch raffinierte Phrasen und ihr Zerhacken in der Konferenzmühle. Demgemäß enthält die Schlußresolution vom 23. Juli keine positive Abrüstungsmassnahme. Sie wurde daher von Deutschland abgelehnt, das seine Forderung auf Gleichheit aller Staaten hinsichtlich der nationalen Sicherheit noch einmal klar heranstellte.

Es folgte dann ein englischer und französischer Notenwechsel. Da aber die Klärung der Gleichberechtigungsfrage durch die Antwortnoten dieser beiden Länder nicht erreicht war, wurde deutscherseits die Teilnahme an der Tagung des Konferenzbüros abgelehnt. Infolge der Zwecklosigkeit der Abrüstungsverhandlungen ohne Deutschland wurden die Verhandlungen wieder ausgenommen, und am 11. Dezember kam die Genfer Erklärung zustande, in der die deutsche Gleichberechtigung anerkannt wurde. Die deutsche Regierung hat sich daraufhin zur Rückkehr in die Konferenz bereit erklärt.

Es kommt nun darauf an, ob nun auch eine Abkehr der Konferenz von ihrer bisherigen Verhandlungsmethode, durch die alle praktischen Ergebnisse verhindert wurden, erfolgt. Ferner werden die deutschen Vertreter verhindern müssen, daß über der Beratung von Einzelfragen die Totalität der Gleichberechtigung nicht in Vergessenheit gerät und ferner, daß die Realität der jetzigen deutschen Unsicherheit als mahnendes Dringlichkeitsmoment allen Verschleppungsversuchen entgegengehalten wird. „Die Sprache von Genf“, mit der Deutschland seit Jahren genarrt wird, darf nicht wieder einsetzen. Es handelt sich um die praktische Auswirkung der am 11. Dezember anerkannten Gleichberechtigung. Hierbei ist Deutschlands Forderung immer wieder die gleiche: Abrüstung aller Staaten entsprechend dem Versailler Vertrag. Wenn aber die Uebernahme dieser Bestimmungen durch die anderen Staaten nicht einsetzt, kann das Verbot auch nicht mehr für Deutschland gelten! In Zukunft müssen alle Verbote und Zulassungen für alle Staaten mit gleicher Wirkung gelten. Um Deutschlands Sicherheit geht es; sie fehlt noch ganz!

Der Kampf wird schwer sein. Denn ein heimlicher, aber vielleicht der härteste Gegner der Abrüstungskonferenz, die französische Rüstungsindustrie, ist sehr mächtig. Ueber sie veröffentlicht die „Stampa“ unter dem Titel „Die Kanonenhändler“ eine Reihe von Artikeln, deren zweiter sich mit dem Propagandafonds des Comité des Forges beschäftigt. Er beträgt danach 75 Millionen Frs. jährlich. Die „Stampa“ schreibt: Blätter wie der „Temps“, „Journal des Débats“, „Echo de Paris“, „Ordre“ können sich nicht selbst erhalten. Der „Temps“ allein mit seiner 60000 Stück Auflage kostet dem Comité des Forges jährlich an 10 Millionen Frs., das „Journal des Débats“ mit 40000 täglicher Auflage sogar 15 Millionen. Dieser Propaganda-Fonds von etwa 75 Millionen erhöht sich noch um weitere 20 bis 25 Millionen jährlich, die an Politiker, Parlamentarier und Beamten gehen! Diese „Spesen“ sind nur

Stammenzeichen zwischen Japan und USA.

Der Konflikt im Osten

Genf, 18. Januar.

Der japanische Vertreter Matsuda hat am Mittwoch dem Generalsekretär des Völkerbundes die angekündigte Note zu den letzten Kompromissvorschlägen übergeben. Die japanische Note, die dem 19er Ausschuss in der heutigen Abend Sitzung vorgelegt wurde und streng geheim behandelt wird, hat in Genf keine günstige Aufnahme gefunden.

Nach allgemeiner Beurteilung bleibt die japanische Stellungnahme weit hinter den bisherigen für China völlig untragbaren Kompromissvorschlägen zurück.

Besonders ist die scharfe Ablehnung der vorgeschlagenen Beziehung der amerikanischen Regierung in der japanischen Note aufgefallen. Man bemerkt ferner, daß die japanische Regierung ausdrücklich jegliche Erwähnung der von zahlreichen Regierungen geforderten Nichtanerkennung des mandchurischen Staates ablehnt und die Tätigkeit des Völkerbundes lediglich auf eine passive Vermittlungstätigkeit zwischen Japan und China beschränken will.

Starker Eindruck hat hier die offizielle Stellungnahme der amerikanischen Regierung hervorgerufen, die in Instruktionen an ihre Pariser und Londoner Botschaft auf ein energisches Vorgehen des Völkerbundes drängen soll.

Keine Drohung?

Tokio, 18. Januar.

Die Büroräume der amerikanischen Singer-Nähmaschinenfabrik in Yokohama wurden am Mittwoch von einer großen Menschenmenge angegriffen und teilweise zerstört. 40 Personen wurden verletzt und 20 Personen verhaftet.

Der Vorfall soll nicht als eine amerikafeindliche Drohung aufzufassen sein, sondern als Sympathieumgebung für japanische Angestellte der Gesellschaft, die seit längerer Zeit streiken. Wegen des Vorfalls hat die amerikanische Botschaft beim japanischen Außenministerium protestiert und erklärt, daß dieser Fall in Amerika besonders große Erregung hervorgerufen werde. Die amerikanische Botschaft verlangt ferner Bestrafung der Schuldigen. Das japanische Außenministerium hat eine Untersuchung zugelegt.

Von nicht japanischer Seite wird erklärt, daß sich die japanische Polizei bei den Vorgängen sehr zurückgehalten habe und nicht genügend eingeschritten sei. Japanische Stellen erklären, daß der Fall kein außenpolitischer Vorgang sei, sondern einen sozialen Konflikt darstelle, und nicht vom japanischen Außenministerium, sondern von den zuständigen anderen japanischen Behörden unterrichtet werden müsse. Auch die japanischen Gewerkschaften haben beschlossen, die Angelegenheit zu untersuchen. Von ihnen wird behauptet, daß die Leitung der Singer-Fabrik in Tokio ungerecht gehandelt habe.

Stalin soll verantwortlich sein

Trotski und der Selbstmord seiner Tochter.

Berlin, 18. Januar.

Der Trotski hat sich in einem Schreiben an das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei zu den wirklichen Gründen für den kürzlich (von uns berichteten) in Berlin erfolgten Selbstmord seiner Tochter Sinaida Wolowin geäußert. Trotski erhebt in diesem Schreiben gegen die Sowjetunion den Vorwurf, daß die Sowjetregierung die Schuld an dem Selbstmord seiner Tochter trage. Zwar glaubt Trotski, auch der deutsche Polizei sagen zu müssen, daß sie „infolge von Intrigen der Stalinschen Agenten“ beschloßen hatte, seine Tochter auszuweisen doch gibt Trotski selbst zu daß die deutsche Regierung in erhebliche politische Schwierigkeiten dadurch geraten sei.

daß die Sowjetregierung seiner Tochter das Recht der Sowjetbürgerchaft abgesprochen habe.

Da sich seine Tochter im Ausland politisch schon wegen ihrer ersten Erkrankung gar nicht habe betätigen können, sei die Anerkennung der Staatsangehörigkeit „ein purer und knurrender Racheakt“ gegen ihn, Trotski, gewesen.

Trotski sagt dann weiter, daß seine Verfolgung durch die Sowjetunion immerhin ein politisches Ziel habe. Die Verfolgung seiner Tochter entbehere aber sogar des Schattens eines politischen Sinnes. Die Folge dieser Erkenntnis sei ihr Tod am 5. Januar gewesen. Stalin habe ihr diesen Tod aufgezwungen. Er begnüge sich mit dieser Erklärung, ohne weitere Schlussfolgerungen. Für Schlussfolgerungen werde die Zeit kommen. Diese Schlussfolgerungen werde die wiedererstandene Partei ziehen.

denkbar bei einem kolossalen Reinertrag, den die un- unterbrochenen Staatsaufträge bringen; Monsieur Eugen Schneider konnte in der Generalversammlung daher auch von einem „sehr befriedigenden Geschäftsgang“ sprechen! Kein Wunder, wenn zu den eigenen Renten Herr Lardien und andere gehören...

Die Artikel der „Stampa“ werden in ganz Italien nachgedruckt und sind überall der Gegenstand lebhafter Aufmerksamkeit. Wenn dann dem „Tempo“ eine tendenziöse Unwahrheit über die italienische Politik nachgewiesen wird, kann man sich die Wirkung bei den italienischen Lesern denken. Auch in Deutschland ist es vielleicht angebracht, daß man bei den französischen Pressestimmen, die die Abriistung sabotieren wollen, sich der Veröffentlichungen der „Stampa“ erinnert!

90% Dividende

Die Andeutungen der „Stampa“ werden noch durch folgende Tatsachen beleuchtet:

Die französische Rüstungsindustrie verdient nach wie vor glänzend. Sie hat die Vasallenstaaten Frankreichs ausgerüstet, sie hat dafür gesorgt, daß im fernen Osten die Waffen nicht ausgingen, sie hat die in die französische Aufrüstung hineingesteckten Reparationsmilliarden geschluckt und sie hält auch heute wieder Ausschau nach gewinnbringenden Geschäften. Wohin sie liefert, wieviel sie an Waffen und Munition hinausschickt, verschweigt sie schamhaft, weil sie es für ungewinnmäßig hält, daß allzu viel darüber in die Öffentlichkeit dringt, nachdem schon längst bekannt geworden ist, daß die Schneider-Creuzot und Hotchkiss et Cie. fast die gesamten Waffenfabriken Europas kontrollieren. Aber die Höhe der Dividenden läßt sich nun doch nicht verheimlichen. Schneider hat von 1923 ab ständig steigende Reingewinne erzielt und bis zu 25% ausgeschüttet; Hotchkiss aber hat im letzten Jahresbericht unter 60% Dividende nicht gemacht. 1930 sind sogar 90% Dividende an die Aktionäre verteilt worden. Enorm sind die Gewinne, die Frankreich an der Aufrüstung Europas erzielt hat. Trotzdem scheuen sich die Franzosen, äußerst bescheidene Beträge an ihren amerikanischen Gläubigern abzuführen. Schon ein Industriezweig wäre in der Lage, Amerika zufrieden zu stellen und damit wesentliche Schwierigkeiten, die der Wiltberung der Weltwirtschaftskrise im Wege stehen, auszuräumen.

Sür die Kleinrentner

Berlin, 18. Januar.

Der Kommissar des Reiches für das preussische Innenministerium hat, wie der Amtliche Preussische Pressebericht mittelt, die Befestigung einer Reihe von Mißständen in der Kleinrentnerfürsorge angeordnet. Die Fürsorgeverbände werden in dem Erlaß darauf hingewiesen, die größere Bewegungsfreiheit, die ihnen in der Frage der Anrechnung von Vorzugsrenten und Aufwertungsinkommen durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 zugefunden wurde, nicht schematisch und zu Ungunsten der Kleinrentner zu gebrauchen.

Bei der Durchführung des Erlaßanspruches und der Forderung auf Sicherstellung für Fürsorgekosten soll geprüft werden, ob der finanzielle Erfolg die Beunruhigung und Erbitterung rechtfertigt, die dadurch in den Kreisen der Kleinrentner entsteht. Könnten auch die Kleinrentner prinzipiell nicht von der Erbschaft ausgenommen werden, so sei es andererseits nicht gerechtfertigt, wenn Fürsorgeverbände formale Schuldenerkennnisse als Voraussetzung der Fürsorgegewährung forderten. Noch weniger sei es statthaft, nachträglich und womöglich kurzfristig Sicherstellungen für Fürsorgekosten zu verlangen und damit die Kleinrentner zur Verpfändung letzter Vermögensreste zu zwingen. Da das Vermögen der Kleinrentner vielfach sehr gering sei, sollte es von der Veranziehung zur Sicherstellung ausgeschlossen sein.

Die sinngemäße Anwendung der fürsorgerechtlichen Bestimmungen über Verbrauch und Bewertung kleinerer Vermögen verpflichte zur sorgfältigen Prüfung im Einzelfall, was als kleineres Vermögen anzusehen sei. Es sei z. B. durchaus gerechtfertigt, Grundbesitz von geringem Wert und nur noch geringer Belastungsfähigkeit freizulassen, damit der Mißbedürftige zur nutzbaren Verwertung der ihm verbliebenen Vermögensbestände für besondere Bedürfnisse instande sei.

Fridt verklagt Otto Strasser

München, 18. Januar.

Staatsminister a. D. Dr. Fridt stellt gegenüber einer Behauptung der „Schwarzen Front“, Dr. Fridt habe keinen Strafvertrag gegen Dr. Otto Strasser geschlossen, in einer Erklärung im „Börsen Beobachter“ fest, daß er die angeforderte Strafanzeige gegen Dr. Otto Strasser und den verantwortlichen Schriftleiter Dr. Frank-Grüsch wegen Zuwiderhandlung gegen § 19, Abs. 2 und § 11 des Reichspressengesetzes am 7. Januar 1933 mit Einschreibebrief an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Berlin-Moabit erstattet habe.

Wean der Behauptung, die Feststellungen Dr. Fridts in einer der „Schwarzen Front“ gefandten Verächtung zu der „Hindenburgsene“ sei erfolgt, hat Dr. Fridt weiter am Dienstag Strafantrag gegen Otto Strasser und den verantwortlichen Schriftleiter A. Frank-Grüsch (Hildebrand) wegen Verleumdung gestellt und die Offizialklage durch den Staatsanwalt beantragt.

Ablehnung der Oberschiffahrtsakte

Berlin, 18. Januar.

Von der durch Artikel 341 des Versailler Vertrages eingeleiteten Internationalen Oberkommission ist nach langjährigen Verhandlungen am 29. Juli 1932 eine Oberschiffahrtsakte fertiggestellt und von den Delegierten der beteiligten Staaten genehmigt worden. Die deutschen Delegierten haben sich jedoch an der Zeichnung nicht beteiligt. Das Zeichnungsprotokoll ist während einer Frist von 6 Monaten, d. h. also bis zum 28. Januar d. J., zur Zeichnung durch die in der Kommission vertretenen Mächte offen gelassen worden.

Die deutsche Regierung hat die Daltung ihrer Delegation gebilligt und den beteiligten fremden Regierungen am 14. Januar d. J. eine Note übermitteln lassen, in der die Gründe für die Ablehnung der Oberschiffahrtsakte ausführlich dargelegt sind.

40 spanische Monarchisten vor dem Staatsgerichtshof. Nach einer Spanische Meldung aus Madrid gibt das Innenministerium bekannt, daß ein spanisches Kriegsschiff mit den in Spanisch-Rosavolta im Port Ruda Cienros internierten Monarchisten unterwegs sei. Die Deportierten seien vom Staatsgerichtshof angefordert worden.

Vereinheitlichte Arbeitslosenhilfe?

Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags

Berlin, 18. Januar.

Im Sozialpolitischen Ausschuss wiederholte am Mittwoch Reichsarbeitsminister Dr. Spruy seine bereits vor dem Haushaltsausschuss abgegebenen Mitteilungen über den Stand der Sozialversicherung. Er erklärte darüber hinaus,

daß die Reichsregierung in den nächsten Tagen ihre Entscheidungen zur Frage einer Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge treffen werde.

In Ergänzung dieser Ausführungen erklärte ein Regierungsvertreter, daß der Mitgliederbestand in der Krankenversicherung seit 1929 von 22,6 auf etwas über 18 Millionen gesunken sei. Am höchsten gefährdet sei die Lage der Invalidenversicherung. Sehr schwere Sorgen bereite auch die Knappschaftsversicherung. In der Arbeiterpensionskasse sei die Mitgliederzahl auf fast die Hälfte gesunken. Im vergangenen Jahr seien Reichszuschüsse in Höhe von 95 Mill. M notwendig gewesen.

In einer dann vorgenommenen Aussprache über die Arbeitslosenhilfe wurde von mehreren Seiten mit ernster Sorge auf die im Gange befindlichen Bestrebungen hingewiesen, die gesamte Arbeitslosenhilfe zu vereinheitlichen. Es wurde erklärt, daß durch eine Vereinfachung der Versicherung die ganze bisherige Entwicklung wieder umgekehrt werde. Sieben Jahre lang habe der Reichstag am Aufbau dieser Versicherung gearbeitet und dann einstimmig diese Regelung beschlossen.

Wenn man jetzt ein so wichtiges Recht der Arbeiterschaft beseitige, wie den Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung, so öffne man dem Radikalismus Tür und Tor.

Schließlich wurde ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Christlich-Sozialen und der

Nationalsozialisten angenommen, wonach bei den Maßnahmen zur Sicherstellung einer geordneten Arbeitslosenhilfe unter allen Umständen der grundsätzliche Charakter einer selbständigen Arbeitslosenversicherung sowie auch eine organische Verbindung der Arbeitslosenhilfe mit der Arbeitsvermittlung aufrecht erhalten werden soll. Bei der Abstimmung hierzu enthielten sich die Deutschnationalen der Stimme, weil sie ihre Entscheidung nicht treffen wollten, ohne die genaue Absichten der Regierung zu kennen.

Notlage der Künstlerschaft

Berlin, 18. Januar.

Der Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit nahm in seiner Sitzung am Mittwoch einstimmig die nachstehende Entschliessung an:

„Der Reichswirtschaftsrat weist die Reichsregierung erneut auf die große Notlage der Künstlerschaft hin, die im Interesse der Beteiligten, die insbesondere um die deutsche künstlerische Kultur nicht in Gefahr geraten zu lassen, der Abhilfe bedarf. Der Reichswirtschaftsrat ersucht die Reichsregierung zu prüfen, ob durch Zuführung besonderer Mittel und durch andere geeignete Maßnahmen der Notlage abgeholfen werden kann oder im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Beschäftigung brachliegender künstlerischer Kräfte zu sichern.

Die Aufstellung eines Planes für die praktische Durchführung solcher Arbeiten und ihre Abgrenzung gegen andere Förderungsmaßnahmen oder ihre Eingliederung in solche Maßnahmen wäre in einem Ausschuss zu klären, der aus den Regierungskreisen und aus den Vertretern der beteiligten Berufsgruppen sowie der Gewerkschaften zu bestehen hätte.“

Schwarz-weiß-rot

Berlin, 18. Januar.

Präsident Reel eröffnete die heutige Plenarsitzung des Preussischen Landtages mit einer Gedankensprache zum Tage der Reichsgründung, wobei er u. a. ausführte, zum Gedenken der Millionen Deutscher, die unter der Fahne schwarz-weiß-rot für Deutschlands Einheit ihr Herzblut hingaben, habe er veranlaßt, an dem heutigen Reichsgründungstages die Klage schwarz-weiß-rot auf dem Landtagsgebäude zu hissen. Kommunisten und Sozialdemokraten hatten während der Ansprache des Präsidenten den Saal verlassen und es kam zu Lärmereien, als anschließend Abg. Jürgensen (SPD)

die Beschlagnahme des Landtagsgebäudes mit den schwarz-weiß-rotten Farben eine verfassungswidrige Tat nannte.

Sein Verlangen, sofort den sozialdemokratischen Antrag auf Befestigung der Fahne vom Landtagsgebäude zu verhandeln, scheiterte am Widerspruch der Nationalsozialisten. Die Johann von den Sozialdemokraten geforderte sofortige Unterbrechung der Sitzung und Befragung der Flaggenfrage im Plenumsrat fand nicht die Mehrheit des Hauses, da die Antragsteller, die Kommunisten, das Zentrum sowie die Staatspartei nicht vollständig vertreten waren.

Das Haus erledigte dann durch Abstimmungen eine große Anzahl von Ausschussbeschlüssen und Einzelanträgen. An-

genommen wurden Ausschussanträge, wonach eine Prüfung der Wirtschaftsführung der Staatstheater erfolgen und dem Landtag eine Aufstellung über die bei diesen Unternehmungen beschäftigten Ausländer vorgelegt werden soll. Annahme fand ferner ein Antrag, die der preussischen Landesbibliothek zur Verfügung stehende Summe von 200 000 RM so zu erhöhen, daß die Grenztheater in Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Silesien und im Rheinlande sowie die Wanderbühnen ihren Betrieb aufrechterhalten können.

Zur Nachprüfung der Zustände in den Fürsorgeerziehungsanstalten wurde auf kommunistisches Verlangen ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Auf Antrag des Zentrums wurde ein weiterer Untersuchungsausschuss gebildet, der feststellen soll, welche Beschlüsse seit 1925 erlassen wurden und welche die sozialen Konsequenzen der Stilllegungen waren. Zahlreiche weitere angenommene Anträge enthalten Einzelmaßnahmen zugunsten der Reichsbahnarbeiter, zugunsten der Landwirtschaft und Fischerei, zugunsten der Landarbeiter und im Interesse des Siedlungsweßens. — Die Deutschnationalen hatten sich an den Abstimmungen nicht beteiligt, weil, wie sie erklärten, der Reichskommissar die Landtagsbeschlüsse doch nicht beachte.

An der dann fortgesetzten Aussprache zu den Schulanträgen beteiligten sich Redner der Sozialdemokraten, der Nationalsozialisten, des Zentrums und des Volksdienstes.

Gegen 17 Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Die Nöte der Landwirtschaft

Berlin, 17. Januar.

In der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft hielt Staatssekretär a. D. Prof. Dr. August Müller einen Vortrag über das Thema „Der landwirtschaftliche Kredit in der Krise“. Wie der Redner ausführte, bilde die Kreditkrise ein Teilgebiet der allgemeinen Agrarkrise, die dadurch hervorgerufen worden sei, daß die überreichen Erzeugergebiete eine starke Ausweitung erfahren haben, wodurch die Produktionskosten in außerordentlichem Maße gesenkt werden konnten. Der Versuch, durch Bölle dem inländischen Markt einen Schutz zu geben, sei nicht gelungen. Den gestiegenen verbilligten Produktionsmöglichkeiten ständen geringere Absatzmöglichkeiten gegenüber. Die bisherigen agrarpolitischen Methoden hätten die Folge gehabt, daß die Produktion sich ausweitete und das Angebot eine starke Zunahme erfahren habe. Der Vortragende betonte, daß neben wirtschaftlichen und agrartechnischen Zusammenhängen auch politische und soziale Gründe die Ausbreitung des bäuerlichen Betriebes erforderlich machten. In einem überwältigten Land sei der Großgrundbesitz nicht zu halten. Die wichtigsten Ziele der deutschen Agrarpolitik müßten Produktionskostensenkung in Verbindung mit einer Umänderung der Besitzverhältnisse sein. Aus den Landwirten müßten Unternehmer werden, die geistig den Anforderungen entsprechen, welche von den Bewegungsgeseßen des Wirtschaftslebens an einen erfolgreichen Wirtschaftler gestellt würden. Die Bestrebungen müßten sich in der Richtung der Schaffung von mittel- und großbäuerlichen Betrieben geltend machen.

Staatssekretär Müller wendete sich gegen die von Prof. Bedmann, Bonn, vertretene Ansicht, daß in der Landwirtschaft nur wenige Arten von Krediten zulässig seien und daß als oberster Grundsatz die Schuldenfreiheit betrachtet werden müsse. Der Kredit sei im Gegenteil der fruchtbarste Strom des Erwerbslebens. Von besonderer Bedeutung in der Landwirtschaft sei das Problem der fixen Kosten. Außerordentlich wichtig für die Beurteilung der Lage in der Landwirtschaft sei der Ausfall an Absatzmöglichkeiten, den die Verringerung der Kaufkraft der Bevölkerung mit sich gebracht habe. Zu den Produktionskosten der Landwirtschaft, die unter allen Umständen gesenkt werden müßten, gehörten auch die Kreditkosten. Die Verschuldung der Landwirtschaft, die insgesamt etwa 11,7 Milliarden RM ausmache, entsalle in Höhe von 7,3 Milliarden aus dem Realcredit, der Personalkredit betrage 3,2 Milliarden, während sich der Rest auf Kredite für mittlere Zeit verteilte.

Die Agrarpolitik müsse sich zur Aufgabe machen, den Binnenmarkt zu stärken und die Kaufkraft des Volkes zu erhöhen; dies sei nur zu erreichen durch Förderung des bäuerlichen Betriebes, Senkung der Produktionskosten der Landwirtschaft, rationale Abgabegestaltung und durch Beschaffung billiger und zweckentsprechender Kredite.

Warum so große Summen?

Berlin, 18. Januar.

Wie dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erklärt wird, soll seitens der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, jener Dach-Organisation, die die Darlehen für die öffentliche Arbeitsbeschaffung nach dem Gerets-Plan zu vergeben hat, bestimmt worden sein, daß nur Darlehensanträge über 15 000 bis 20 000 RM bei dem kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramm Berücksichtigung finden dürfen. Im Hinblick auf die Verhältnisse in den kleineren und mittleren

Städten hat der Reichsstadtebund bei den zuständigen Stellen beantragt, den Darlehensbetrag erheblich herabzusetzen, da sonst kleinere Städte Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms kaum würden durchführen können.

Kolumbien appelliert an den Völkerbund

Genf, 18. Januar.

Zu dem Streit zwischen Kolumbien und Peru wegen des Gebiets von Leticia teilte der Außenminister von Kolumbien, Arbelaez, dem Völkerbund in einer Note mit, daß die Entsendung von kolumbianischen Truppen in das Gebiet lediglich zur Verteidigungszwecken erfolgte. Wenn Peru Kolumbien mit Gewalt an der Durchführung seiner Rechte hindere, so müßte ein Bruch des Völkerbundsvertrages durch Peru festgestellt werden.

In einer gleichzeitig eingetrossenen Note erhebt der Außenminister von Peru, Manzanilla, schwere Vorwürfe gegen die Regierung von Kolumbien, die die Vermittlungsvorschläge Brasiliens und anderer Staaten durch die Entsendung von Truppen und Kriegsschiffen unmöglich gemacht habe. Die Regierung von Peru wünsche lediglich eine Abänderung des Vertrages mit Kolumbien und sei zu gewissen gebietsmäßigen Zugeständnissen bereit, um die jahrhundertelange Freundschaft mit Kolumbien aufrecht erhalten zu können.

Neue deutsche Mitglieder der Abrüstungskonferenz

Berlin, 18. Januar.

Ein Berliner Abendblatt berichtet, daß Votschaftrat Dr. v. Twardowski von der deutschen Votschaft in Moskau zum Mitglied der Abrüstungskommission ernannt worden sei. Diese Mitteilung dürfte zutreffen.

Wie wir außerdem erfahren, sind auch zwei weitere neue Mitglieder in die Abrüstungskommission berufen worden, und zwar Reichsminister a. D. Prof. Dr. Moldenhauer für die mit der Abrüstung zusammenhängenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen und der frühere Staatssekretär Fischer. Prof. Moldenhauer hat bekanntlich auch der deutschen Delegation bei den schwierigen Reparationsverhandlungen im Haag angehört.

Starke Opposition gegen den französischen Finanzsanierungsplan. Der Finanz-Ausschuss der Kammer hat sich mit Céróns Finanzsanierungsplan beschäftigt. Die Opposition gegen die Regierungsvorlage innerhalb des Finanz-Ausschusses kam wiederholt unüberhöhen zum Ausdruck. Der Pension-Ausschuss der Kammer hat sich einstimmig gegen Céróns Plan ausgesprochen.

Kein belgisches Sonderregime in Eupen-Malmédy. In der deutschen Öffentlichkeit ist wiederholt die Befürchtung geäußert worden, die belgische Regierung beabsichtige, in Eupen-Malmédy ein Sonderregime einzuführen. Demgegenüber kann mitgeteilt werden, daß die belgische Regierung im Auswärtigen Amt hat versichern lassen, daß derartige Befürchtungen unbegründet seien.

3000 Bomben in Spanien beschlagnahmt. In Gualada wurde durch Explosion eines Sprengstoffkörpers eine geheime Bombenfabrik entt. 3000 Bomben wurden beschlagnahmt.

Tagesneuigkeiten

Ein überlebender der „Cimbria“-Katastrophe in Not

Am 19. Januar 1883, also vor 50 Jahren, wurde der Dampfer „Cimbria“, Kapitän S. Hansen, im starken Nebel in der Nordsee bei Vorkum von dem englischen Dampfer „Sultan“ gerammt und ging in wenigen Minuten unter. Der Kapitän und 68 Mann sowie 366 Passagiere sind ertrunken. Von den wenigen Geretteten war der Obersteuermann Gustav Harter der einzige der Unterdecksmannschaft. Infolge schwerer Verletzungen mußte Harter die Seefahrt aufgeben. Er übernahm zunächst den Aufsicht der Eischloß-Bräuerei in Mienstedten und später den Aufsicht der Teufelsbrück-Bräuerei in Teufelsbrück. Er gründete dann das Stablfabrikat „Eischloß“ an der Eischloßstraße. Später erbaute er das Neumühlener Fährhaus. Er verkaufte dann beide Gewerke und erwarb in Mienstedten ein großes Stück Heideboden, das ihm nach unendlicher Mühe ein hübsches Heim einbrachte. Sein burgartig gebautes Haus, das „Storche-Heim“, dessen innerer Bau schiffartig eingerichtet ist, wurde die Stätte seines Lebens und wurde von zahlreichen Kennern sehr oft besichtigt. Nachdem die ganzen Ergebnisse seiner jahrelangen schweren Arbeit sowie sein großes Vermögen der Inflation zum Opfer gefallen sind, lebt Harter jetzt fast mittellos als Blücker in der Törnerstraße bei Mienstedten. Harter war auch einer der wenigen Geretteten des Havandampfers „Pomoneriana“, der im englischen Kanal im Nebel am 26. November 1878 mit einem Segelschiff zusammengestoßen und untergegangen war.

Aus dem Reich der Stachelpflanzen

Im Verein für naturwissenschaftliche Heimatkunde zu Hamburg sprach Herr Carl Ansohn über Kakteen. Er führte u. a. aus: Die Pflanzenfamilie der Kakteen ist in allen ihren Gattungen und Arten ausschließlich auf Amerika beschränkt. Die Verbreitung der Kakteen in Amerika erstreckt sich über das ganze tropische, subtropische und gemäßigtere Gebiet. Von den Opuntien gibt es weit im Norden und im Süden winterharte Arten, aber auch in den Breiten gebieten finden sich in hohen Lagen Kakteen aus anderen Gattungen, die selbst bei starker nördlicher Kälte am Tage im Sonnenschein ihre Blüten entfalten. Auch sind die Kakteen nicht nur Bewohner trockener Gebiete. In sumptigen Ufergebieten der Flüsse Südamerikas, in und auf den Urwäldern, in feuchten nebligen Tälern, auf weiten Steppen, den Pampas und dem Amazonas, in Mexiko, Arizona und Texas, auf den Anden in Bolivien, Peru und Kolumbien, in den Ebenen Uruguay und Patagoniens, überall findet man — außer dem als Kakteenland am meisten bekannten Mexiko — diese Lieblinge unserer Pflanzenliebhaber.

Manche Kakteen sind Baumgewächse, ohne jedoch eigentliche Schmarotzer zu sein. Die — obgleich sie nur unansehnliche Blüten haben — wegen ihrer grotesken Wuchsformen sehr beliebten Rhipsalis-Arten, die beliebtesten schönblühenden Waffelkakteen, auch manche Schlangencereen gehören zu diesen.

Die gärtnerische Kunst befaßt sich mit Kreuzungen verschiedener Arten. Neue Farben und Formen sind so entstanden. Besonders bevorzugt werden Varietäten, deren Blütebau recht lang ist. Kreuzungen und Neuzüchtungen wachsen meist besser als eingeführte Pflanzen und werden diese im Handel allmählich verdrängt. Die Warzen-, Kugel- und Sternkakteen sind weit verbreitet und Gegenstand vieler Versuche geworden. Von den Pereskien zieht man Stämmchen, auf die andere Arten veredelt werden, wie der bekannte Weihnachts- oder Gleditsienkaktee. Diese Art gehört in ihrer Heimat zu den Urwaldbewohnern und kann starke Sonnenbestrahlung nicht vertragen.

Auch Früchte vieler Arten, besonders aber die der Opuntia ficus-indica, werden gegessen (Kaktusfeigen). In den mexikanischen Steppen werden die Pflanzenkörper von dem Vieh gefressen, das dann oft die ganzen Mäuler voll Stacheln hat. Um in grasarmen Gegenden auch fettreiches Futter zu haben, hat sich die Züchtung mit Erzielung möglichst nachelloser Pflanzen befaßt.

Ein Notruf an die Reichsregierung

Im „Grundeigentümer-Verein Groß-Hamburg von 1932 e. V.“ wurde die folgende Entschließung gefaßt und zur Kenntnisnahme der Reichsregierung übermittelt, in der es heißt:

„Das Arbeitsbeschaffungsprogramm mit Hilfe des Grundeigentums hat für die deutsche Wirtschaft vollständig versagt. Die Arbeitslosen in der Bauindustrie nebst Nebengewerben ist nach wie vor gestiegen. Obwohl man dem Hausbesitzer 20 Prozent seiner Ausbesserungskosten zur Verfügung stellte, war der Hausbesitzer dennoch nicht in der Lage, die restlichen 80 Prozent aus eigener Kraft aufzubringen.“

So steht z. B. von der dem Hamburger Staat seit circa vier Monaten zur Verfügung gegebenen Summe noch der vierte Teil zur Verfügung. Das ist ein Zeichen dafür, daß nur noch wenige Grundeigentümer in der Lage sind, unter diesen Bedingungen Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen zu lassen wegen bereits eingetretener Verarmung.“

Der Grund- und Hausbesitz bedarf keiner Reichsmittel, auch keines Moratoriums, durch welches die Not nur auf einen weiteren Zeitpunkt hinausgeschoben würde, sondern er fordert unverzügliche Befreiung der unsittlichen Hauszinssteuer und generelle Binsenkung der Hypothekenzinsen bis auf den Vorkriegsstand. Der Hausbesitz ist dann in der Lage, sich selbst zu helfen, die Mieten dem heutigen Arbeitseinkommen anzupassen und Tausenden von Handwerkern Arbeit zu geben.“

Falsche 50 Rentenmarktscheine im Umlauf

In den letzten Tagen sind in Hamburg falsche 50-Rentenmarktscheine der Ausgabe vom 20. März 1925 in den Verkehr gebracht worden. Das Papier ist etwas dünner als das der echten Noten. Das Wasserzeichen ist aufgedreht und schwächer als das echte. Die Fälschung fehlt fast vollständig und sofern sie vorhanden ist, sind die Fasern aufgedreht und durch Farbstoffe vorgetäuscht. Der Kontrollstempel ist nur angebeutelt.

Auf der Rückseite der Note fehlt im Strichfeld hinter dem Wort „bring“ das Komma. Der Druck der Note ist fetter als der der echten. Die hier aufgetauschten Falschnoten tragen die Kontrollnummern N. 0 196 353 und M. 0 348 243.

Die Kriminalpolizei empfiehlt bei Entgegennahme von Banknoten größte Vorsicht. Verdächtige Scheine wollen man nicht nur zurückweisen, sondern auch deren Herausgeber dem nächst erreichbaren Polizeibeamten übergeben.

Sachdienliche Mitteilungen nehmen die Polizeibehörden, Kriminalpolizei und die Kriminalinspektion 7 im Stadthaus entgegen.

Erloschene Patente. In der Patente der hamburgischen Verträge ist die Ertragung des aus Hamburg vertriebenen Arztes Otto Ferdinand Johannes Keimers gelöscht worden.

Rund um die Grippe

Sie tritt nur verhältnismäßig harmlos auf

Die Bitterungsumschläge der letzten Zeit haben einen ungeborenen und einwandfrei unwillkommenen Gast nach Deutschland gelockt: die Grippe. Als wollte sie damit allen zur nachdrücklichen Erinnerung gebracht haben, daß sie noch lange nicht ganz verschwunden oder gar ausgestorben sei. Sie ist freilich erheblich harmloser geworden, es ist gar kein Vergleich mehr mit der bösartigen und unheimlichen Dame, die sie noch vor zehn Jahren war.

Aber immerhin, wer heute eine Grippe bekommt, darf es ja nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn auch die Grippe selbst nur verhältnismäßig leicht sein mag: sie tritt ja nie oder doch nur höchst selten allein auf, fast immer kommt sie in Begleitung anderer Erkrankungen, unter denen die sogenannten Erkältungskrankheiten bei weitem überwiegen.

Wer also jetzt einen gehörigen Schnupfen, eine Halsentzündung oder gar eine leichte Lungenaffektion bekommt, tut gut daran sofort einen Arzt zu Rate zu ziehen. Lieber zu früh, als zu spät. Rechtzeitige, richtige Behandlung verbietet in den allermeisten Fällen Komplikationen, die dann längere Bettlägerigkeit mit sich bringen. Das muß gerade in unserer Zeit ausdrücklich eingedacht werden, wo die meisten geneigt sind, einer leichten Erkrankung wegen, wie sie meinen, die Berufstätigkeit nicht zu unterbrechen. Schon allein das Bewußtsein, andere anstecken zu können, sollte jedermann abhalten, auch mit der leichtesten Grippe ins Büro oder an den Arbeitsplatz zu gehen.

Wie man weiß, ist man sich in medizinischen Kreisen über das eigentliche Wesen der Grippe noch immer nicht ganz

im Klaren. Ja, es wird sogar vielfach bestritten, daß auch nur der eigentliche Erreger bekannt sei.

Ebensovienig ist es bis heute gelungen, ein Grippevirus zu isolieren, wie das bei vielen anderen Erregern so ausgezeichnet gelungen ist. Es gibt auch Stimmen, die der Meinung sind, daß es sich bei der Grippe gar nicht um einen einzigen Erreger handelt, sondern um eine Art komplizierter Mischung.

Wie dem auch sei, die Gottesgrippe, die die „spanische“ Grippe, wie man sie damals nannte, in der ersten Nachkriegszeit in Europa war, ist sie gottlos nicht mehr. Sie tritt zwar fast jedes Jahr noch da und dort auf, aber in bedeutend zahmerer und harmloserer Form als damals. Ob das daran liegt, daß inzwischen der Bazillus viel von seiner anfänglichen Virulenz verloren hat oder ob die Menschen immuner geworden sind, läßt sich schwer sagen. Wahrscheinlich sind beide Faktoren wirksam.

Man darf natürlich nicht in den umgekehrten Fehler verfallen und jede Erkältungskrankheit für einen Grippeanfall halten. Ein schwerer Erkältungsanfall muß noch durchaus keine Grippe sein, wenn keine Benommenheit des Kopfes, kein Fieber usw. vorliegt. Zu jeder solchen Erkältungskrankheit kann aber die Grippe als zufällige Komplikation hinzutreten. Erkältungskrankheiten schaffen an sich schon gewisse Vorbedingungen für die eigentliche Grippeanfälligkeit.

Also: beim Verdacht einer vorliegenden Grippe zum Arzt. Nur der Arzt ist imstande, die richtige Diagnose zu stellen und die richtigen Verhaltensmaßregeln anzugeben. Je früher das geschieht, umso größer ist die Aussicht, daß es bei einem leichten Anfall bleibt, der nach ein paar Tagen reiflos überwunden ist.

In Hamburg:

Weniger Jugendliche — mehr Alte

Verlagerungen innerhalb der Bevölkerungsstruktur

Im Heft Nr. 10 der Monatsschrift „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“ veröffentlicht das Statistische Landesamt die Ergebnisse einer Untersuchung über den Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung im Jahre 1932. Daraus ergibt sich, daß in den letzten Jahren sich eine recht beträchtliche Verschiebung im Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung vollzogen hat.

Während von 1925 bis 1932 die Gesamtbevölkerung um etwa 7 v. H. zugenommen hat, ist die Zahl der Jugendlichen gegenüber 1910 um fast 11 000 oder rd. 5 v. H. zurückgegangen; gegenüber 1910 ergibt sich sogar eine Abnahme der Jugendlichen um rund 64 000 oder fast ein Viertel, obgleich damals die Gesamtbevölkerung noch um mehr als ein Fünftel geringer war als 1932. Dieses Zusammenschrumpfen der jüngsten Altersklassen ist eine Folge des fortgesetzten Geburtenrückgangs. Die Abnahme der Jugendlichen ist in Hamburg verhältnismäßig größer als im Reich, wo die Befragung der Altersklassen von 0 bis 15 Jahren seit 1925 nur um rd. 3 v. H. zurückgegangen ist.

Ein weiteres, vielleicht noch bedeutungsvolleres Merkmal der Bevölkerungsentwicklung während der letzten 7 Jahre ist die rasch wachsende Ueberalterung der hamburgischen Bevölkerung.

Die Zahl der über 65 Jahre alten Leute hat sich in Hamburg seit 1925 um nicht weniger als 17 000 oder rd. 29 v. H. vermehrt; seit 1910 ist sie sogar um fast 38 000 oder um mehr als das Doppelte des damaligen Bestandes gewachsen.

Mehr Selbstmorde in Hamburg als in Berlin

Es gibt kaum einen Vorgang im Leben des Volkes, der uns in seiner individuellen Tragik so stark berührt wie die Selbstmordstatistik. Man denkt unwillkürlich an schwere wirtschaftliche und seelische Schicksale, die denjenigen betroffen haben müssen, der nunmehr selbst dazu schreitet, seinen Lebensabend abzuschneiden und all die Schönheiten dieser Erde zu verlassen, da sie für ihn nur ein endloses Jammerthal bedeuten. Es ist vornehmlich der Arzt, dann aber auch der Psychologe und Soziologe, nicht zuletzt der Statistiker, der sich mit diesen Fragen beschäftigen muß.

Wodurch entsteht der Selbstmord, wer greift zu diesem letzten Mittel im Lebenskampf? Dr. Richard Detlev Löwenberg hat nun eine ausführliche Untersuchung über den Selbstmord in Hamburg in den letzten fünfzig Jahren (1880 bis 1930) angestellt.

Die soziologische Betrachtung ergibt, daß Hamburg eine typische Kolonialstadt ist. Jeder zweite Einwohner ist außerhalb geboren. Eine Zunahme der männlichen Selbstmordziffern ist in Hamburg erst während des allerletzten Jahrzehnts zu beobachten, während die weibliche Selbstmordziffer und ihr Verhältnis zu den männlichen Selbstmorden seit Jahrzehnten im Anstieg ist. In dem letzten Jahrzehnt übertrifft die Selbstmordziffer Hamburgs die Höhe der Selbstmordziffer Berlins.

Früher gab es besonders im Frühling und im Herbst einen Gipfel in der Selbstmordstatistik. Jetzt verteilen sich die Selbstmorde mehr gleichmäßig auf die Monate. Eine besondere Zunahme der absoluten Zahlen in den höheren Altersstufen ist für Hamburg seit 1929 deutlich nachzuweisen.

Da sich unter den Selbstmordtatsachen immer eine große Zahl von nervösen und gemühtlich gestörten Menschen befinden, so ist eine Selbstmordverhütung bei diesem Personentypus durchaus möglich. Die oben angegebene Untersuchung kennzeichnet im einzelnen die Mittel und Wege zu einer Selbstmordverhütung und Vorbeugung. Sie kann daher nur angelegentlichster Betrachtung empfohlen werden.

Zwei Ausbrecher nach Hamburg unterwegs

In der Nacht sind aus dem Bassumer Gefängnis zwei Gefangene ausgebrochen, die wegen schwerer Straftaten gefangen genommen waren. Die Personalien der Ausbrecher, die sich vermutlich nach Hamburg oder Bremen gewandt haben, sind folgende: Arbeiter Georg Brüntje, geb. am 15. Jan. 1903 in Schwien, 1,84 Meter groß, bekleidet mit Anfallskleidung und Schalkstiefeln; er ist ohne Kopfbedeckung; er soll auch unter dem Namen Strauß antreten. Der zweite ist der Deitzer Arbeiter, geb. am 3. März 1902 in Neumünster, 1,75 Meter groß, blondes Haar; Bekleidung: Anfallskleidung, graue Strickjacke, schwarze Schuhalbleiter.

Ho—Schu—De—Hei

Unter diesem Titel veranstaltet auch in diesem Jahre wieder die Hamburgische Universitäts-Gesellschaft ihr winterliches Ballfest am Sonnabend, 21. Januar, abends 8½ Uhr, in sämtlichen Räumen des Wlbenhorster Fährhauses. Der Reinertrag wird der Studentenhilfe Hamburgs zur Verfügung gestellt.

Nach der Begrüßungsansprache Seiner Magnificenz des Herrn Rectors der Hamburger Universität, Professor Dr. Haape, wird ein Kabarett gegeben, an dem sich eine ganze Reihe prominenter Hamburger Künstler beteiligen wird. U. a. haben ihre Mitwirkung zugesagt: Josef Vogler, Karl Wittenbagen, Gertraud Wittenbagen, Grete Röhr, Emmy Percy, Eva Witschhoff, Ely Burgmer, Fritj Wagner, Robert Meyn, Willy Fabart und Werner Ding; ferner Marianne Grote, Hildegard Häusler, Ely Tiedemann, Elisabeth Lopez und Margot Sabot, sowie die Tyst-voerst Volkstanztruppe mit schwedischen Volkstänzen. Einige Ueberraschungen stehen noch in Aussicht.

Wer nicht in Gesellschaftsrobe, Frack oder Smoking erscheinen will, kann auch in einem Kostüm kommen, das in besonderer und leicht beschwingter Weise dem Geistesguten des Festes angepaßt ist.

Teilnehmerkarten zum Preise von 4 Mk. für jugendliche Angehörige sowie für Studierende zum Preise von 1,50 Mk., beide einschl. Tanzkarte, sind im Geschäftszimmer der Hamburgischen Universitäts-Gesellschaft (Patriotisches Gebäude, IV. Stock), dem Geschäftszimmer der Universität (Edmund-Stiemers-Allee) sowie dem Geschäftszimmer des Studentenrates (Hene Habenstraße 18) und an der Abendkasse im Wlbenhorster Fährhaus erhältlich. In Anbetracht des woblätigen Zweckes darf dem Fest derselbe ausgezeichnete Besuch wie im vorigen Jahre gewünscht werden.

Prof. William Stern spricht in Rotterdam. Der Einladung wissenschaftlicher Gesellschaften im Haag und in Rotterdam folgend, hält Prof. William Stern von der Hamburgischen Universität in den Tagen vom 19. bis 21. Januar dort Vorträge über die familiäre Welt des Kindes und über die Psychologie der gefährdeten Familie.

Die Träger der Deutschen Ehrenmedaille des Weltkriegs sind in Hamburg im Landesverband Groß-Hamburg der Deutschen Ehrenmedaille e. V. zusammengeschlossen. Für Hamburg-Süd ist die Gründung der Ritterschaft „Herbertus“ beschlossen. Verkehrsheim „Danabotel, Dga. 1, Klosterort 6“, Kam. Wilhelm Blücher, Kameraden, Frontkämpfer, die bereits Träger der Deutschen Ehrenmedaille des Weltkriegs sind bzw. es werden wollen werden gebeten, der neu gegründeten Ritterschaft „Herbertus“ als Mitglied beizutreten und ihre Anschrift dem Kam. Blücher, Klosterort 6, mitzuteilen bzw. an Kam. Blücher, Klosterort 6, Albert Kaulsch, Dga. 15, Sackenstraße 45, I., zu senden, welcher auch weitere Auskünfte erteilt.

Zunahme der Zwangsversteigerungen in der Hamburger Marsch

In den Monaten Januar und Februar findet eine Reihe von Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben in Vierlanden und in der Hamburger Marsch statt.

Berufung des Polizeihauptwachmeisters Voss

Am 12. Oktober wurde Polizeihauptwachmeister Voss wegen Körperverletzung und Beleidigung im Dienst — auf der Wache Oberaltenallee — zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Es handelte sich um die Beleidigung und Verletzung eines bei der Wache eingebrachten S. A. Mannes, den man bei einer Flugblattverteilung schiltet und nach Waffen untersucht hatte und bei dem man Schulterrücken und Karabinerhaken gefunden hatte.

Gegen das Urteil legte Voss Berufung ein. Die Große Strafkammer II verhandelte mit dem Ergebnis, daß sie das Urteil des Amtsgerichts aufhob und den Angeklagten nur zu fünfzig Mark Geldstrafe verurteilte.

Die Strafkammer sieht den Umfang der Schuld des Beamten weit geringer an.

Körperverletzung liegt zwar vor (!), indes sei die Schwelung so gering gewesen, daß keiner sie erkannt haben würde, wenn nicht darauf hingewiesen worden wäre.

Von Schlägen könne keine Rede sein, mag sein, daß beim Einschleppen der Beamte unvorsichtig angefaßt habe.

Wenn ein anderer Beamter gehört haben würde, daß mehr als dieses vor sich ging, hätte er eingegriffen bzw. eingreifen müssen.

Hätte Voss wirklich geschlagen, so hätte das Gericht auf eine schwere Strafe erkennen müssen.

Mildernd für ihn spreche ferner, daß der S. A. sich auf der Wache ungebührlich benommen hat und den Beamten gereizt hat.

Man könne daher nur sagen, daß Voss etwas zu weit gegangen sei, und das Gericht hält die genannte Geldstrafe daher für ausreichend.

Zimmer das gleiche Lied. Unter dem Verdacht des Heiratsbetrugs wurde der 32jährige Reisende Willi S. festgenommen. Der Mann hat eine von außerhalb zuerufenen jungen Mädchen, dem er die Ehe versprochen, nach und nach einen Betrag von 2700 M. abgeschwindelt.

Er gab sich dem Mädchen gegenüber als Gewerbelehrer aus, der seinen „Studienrat“ machen wolle und ließ sich zum angebliden Studium den Betrag ausbändigen. Der Festgenommene gibt an, das ganze Geld im Spiel vernebelt zu haben.

Arbeitsopfer im Hafen. Auf seiner Arbeitsstelle am Schuppen 80 im Hafen zog sich der 45jährige Hafendarbeiter Karl K. e. b. beim Bedienen einer Stapelwinde Querschnitten am rechten Unterarm zu. Er wurde in ein Krankenhaus übergeführt.

In der Deutsch-Französischen Gemeinde ist für den verstorbenen Rechtsanwalt Dr. B. Tannenthal Dr. Max Blaut zum zweiten Beamteten gewählt worden. Dr. Blaut war bisher Syndikus der Firma M. W. Warburg & Co. und hat sich auch vielfach in der Gemeindebewegung betätigt.

Amliche Butterpreise. Die gestrige Butterauktion der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein erzielte im Durchschnitt für Markenbutter 97,44 M. für Nichtmarkenbutter 92,89 Mark. Hinzu kommen 5 v. H. Rabelingsgeld und Verpadungslofen mit 2,25 bzw. 1,85 M je Zentner. Die Butterkommission des Feinloshändler-Vereins fest den Ladenpreis für allerfeinste und prämierte Meiereibutter auf 120 bis 125 M fest. Abfallende Sorten billiger.

Altona.

Religion und unsere Zeit

Der erwartete große Widerhall, den der Gottesdienst am 11. Januar in der Hauptkirche zu Altona und das in ihm verlesene Bekenntnis gefunden haben, veranlaßt die dahinterstehenden 21 Altonaer Pastoren, in vier großen erläuternden Vorträgen das Bekenntnis im Einzelnen zu besprechen. Diese Vorträge finden vom 23. bis 26. Januar, 20 Uhr, im großen Saal des Kaiserhof in Altona statt.

Montag, 23. Januar: Pastor Kasselmann, Altona-Dahrenfeld, über „Auftrag und Kampf der Kirche (Artikel 1). Dienstag, 24. Januar: Pastor Thomsen, Altona-St. Petri, über „Biblische Nüchternheit wider politische Schwarzgeisterei“ (Artikel 2).

Mittwoch, 25. Januar: Pastor Lønnesen, Altona-Ottensen, über „Gottes Anspruch an Obrigkeit und Untertan“ (Artikel 3 und 4).

Donnerstag 26. Januar: Pastor Asmussen, Altona-Hauptkirche, über „Gottes Gebote im öffentlichen Leben der Gegenwart“ (Artikel 5).

Es ist daran gedacht, späterhin die näher interessierten Hörer zu einem anderen, noch festzusetzenden Termin, zu eingehender Auseinandersetzung zusammenzurufen.

Erweiterung der Königstraße

Nachdem erst kürzlich ein Gebäude des sogenannten „Fischens Halses“ der Gade zum Opfer gefallen und der Erde gleich gemacht ist, kommen nur noch drei von den noch stehenden vier Häusern für die Erweiterung in Frage. Das vierte Haus soll mit einer Arkade versehen werden und stehen bleiben. Ist dieses Bauvorhaben durchgeführt, dann ist der untere Teil der Königstraße von 9 auf 20 Meter erweitert worden und wird so dem jeglichem Durchgangsverkehr gewachsen sein.

Ein lebender Hirsch gestohlen

Man soll es nicht für möglich halten, aber die Zeit treibt heute seltsame Blüten. Wir wundern uns schon gar nicht mehr, wenn große und größte Gegenstände des Werts durlos verschwinden, sei es ein Kleider-Wädelstück oder selbst ein Geldschrank. Wenn man aber erfährt, daß die Diebe selbst nicht einmal vor einem lebenden Hirsch haltmachen dann kann man sich wirklich wundern, wie so etwas möglich ist. Der Fall ist eingetreten und zwar im Kirchpark in Blankenese. Dort erfreute sich ein vierjähriger Dambirsch mit einem prächtigen Schaufelweib der Anwesenheit aller Parkbesucher. Man verpönte den Besahner der Wälder und hatte seine Augenweide an den edlen Formen des Tieres. Jetzt haben ruchlose Hände sich an dieser Kreatur vergreifen und das Tier gestohlen. Es ist verschwunden und kein Ainaersela deutet auf seinen Aufenthalt hin.

Eine Untersuchung ist eingeleitet, und man kann nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß es aelingen möge, das Tier lebend wieder herbeizuschaffen.

Die Brunsbütteler Glocken in Balje

In früheren Zeiten hatte das Dithmarscher Land in Schleswig-Holstein viel unter Ueberschwemmungen zu leiden. Einmal — so wird erzählt — als das wilde Wasser den Ort Brunsbüttel und die Umgegend überflutet hatte, benutzten die Rehdinge jenseits des Elbtroms den Augenblick und stahlen den Brunsbüttlern die Glocken aus dem Turm, die weit und breit wegen ihres schönen Klanges berühmt waren. Da soll ein Brunsbüttler ihnen diese Verwünschung nachgerufen haben:

„Van nun an schölln ji sillos verklaeren, Wer tom hilligen Deent ju hefft erlaeren: Bet de Rehdinge ebr Land immer Water sehn Un int Rehdinge Land de Dithmarschen steen, Schölln ji jammerm un zagen, Schölln ji stöhnen un klagen: Na Brunsbüttel! Na Brunsbüttel!“

Die Rehdinge hängten die Glocken im Kirchturm zu Balje auf, und wenn sie geläutet wurden und der Ton über das breite Wasser herüberhallte, hörte man deutlich vernehmbar, wie sie riefen: „Na Brunsbüttel!“ — Viele Jahre hat man den Ruf gehört, und immer war es ein Zeichen von Sturm und Unwetter, und die Brunsbüttler warteten dann einander oft mit den Worten: „Wahr di, dat Gaff kummt! De Baljer Kloden ropt!“

Nun kam die Flut von 1825 — vom 3. auf den 4. Februar — und die Deiche der Rehdinge brachen durch; das ganze Land stand unter Wasser. Keine Hilfe konnte den Leuten vom inneren Lande aus kommen. Frost trat ein und Not und Elend stiegen aufs höchste, denn Brot und Kleider fehlten. Da riefen die Brunsbüttler ihre Schiffe aus und fuhren hinüber ins Land Rehdingen, aber nicht um die Glocken von Balje zu holen; sie brachten nur, was den Rehdingen mangelte. — Seit der Zeit will man den Glockenruf nicht mehr gehört haben, und die Prophezeiung soll erfüllt sein. J. M.—

Die Erhöhung der D-Zug-Geschwindigkeit

Vorarbeiten in Hannover

Hannover, 18. Januar.

Nachdem bei der Reichsbahn in letzter Zeit umfangreiche Arbeiten vorgenommen wurden zur Verbesserung des Oberbaues des Bahnkörpers, über die wir unlängst berichteten, und ferner zur Feststellung derjenigen Stellen, die infolge des Vorhandenseins von Kurven und Brüden eine Verlangsamung des Fahrtempos der Schnellzüge bedingen, finden in diesen Tagen im Bezirk der Reichsbahndirektion Hannover D-Zug-Fahrten mit einer Geschwindigkeit statt, die über die planmäßigen Fahrzeiten hinausgeht.

Sie sind, wie wir hören, in erster Linie dazu bestimmt, das Funktionieren des Oberbaues der Strecken zu beobachten und festzustellen, ob er überall den zu stellenden Anforderungen entspricht.

Die durchschnittliche Geschwindigkeit der D-Züge auf den großen Strecken Berlin-Köln, Hamburg-Frankfurt M., Stendal-Bremen usw. beträgt jetzt 100 Stundenkilometer; sie erhöht sich jedoch beim Durchfahren von Teilstrecken auf 120 Kilometer, während die Maschinen an sich imstande sind, eine Geschwindigkeit von 130 bis 135 Kilometer in der Stunde zu entwickeln.

Das Streben der Reichsbahn ist naturgemäß darauf gerichtet,

ihre Einrichtungen so zu gestalten, daß eine sich mehr und mehr steigende Geschwindigkeit erzielt wird, was sich auch aus der unlängst erfolgten Einstellung des „Fitzenden Hamburgers“ ergibt. Es ist anzunehmen, daß dieser auch in unserem Bezirk Probefahrten unternommen wird, doch steht darüber Näheres noch nicht fest. Vom fahrtechnischen Standpunkt betrachtet, würde das die Möglichkeit ergeben, festzustellen, welche Maßnahmen auf den in Betracht kommenden Strecken im Interesse einer gesteigerten Fahrgewindigkeit zur Sicherung des Verkehrs zu treffen wären.

Die augenblicklich auf den verschiedenen Strecken des Bezirks der Reichsbahndirektion Hannover stattfindenden Fahrten mit einer über die Fahrpläne hinausgehenden Geschwindigkeit haben, wie uns mitgeteilt wird, lediglich internen und informativen Charakter und können als Vorarbeiten für eine Verbesserung des D-Zug-Verkehrs gewertet werden. Zu diesen Probefahrten teilt die Reichsbahndirektion mit:

„Es handelt sich um Fahrten der zuständigen Direktionsbezirke, um auszuprobieren, ob man mit den bisher im Personenzugfahrplan vorgegebenen Höchstgeschwindigkeiten bis zu 110 Kilometer in der Stunde über wichtigere Strecken des Direktionsbezirks möglichst ruhig fahren kann. Um dieses mit einer Sicherheit feststellen zu können, müssen etwas höhere Fahrgewindigkeiten bis zu 120 Kilometer in der Stunde gemacht werden. Weitere Schlussfolgerungen sind aus diesen Probefahrten nicht zu ziehen.“

Nächtliches Feuer bei Rammelsloh

Sarburg-Wilhelmsburg, 18. Januar.

In der Nacht brannte das alte weichebedeckte Gewese des Anbauers Karl Hartmann in Rammelsloh bis auf die Grundmauern nieder, während das neue Gebäude gerettet werden konnte. In den Flammen sind vier Kühe und eine Sturke umgekommen. Außerdem sind Futtervorräte mitverbrannt. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht bekannt.

Lastkraftwagen vom Zuge erfasst

Ottersberg, 18. Januar.

Am Bahnübergang in Ottersberg ereignete sich am Dienstag ein schwerer Kraftwagenunfall. Ein Lastkraftwagen aus Delmenhorst fuhr gegen eine geschlossene Schranke, als ein Güterzug die Strecke passierte. Der Kraftwagen wurde überfahren und vollständig zertrümmert; der Fahrer erlitt so schwere Verletzungen, daß er an den Folgen starb. Ein Mitfahrer wurde schwer verletzt. Zwei auf dem Anhänger mitfahrende Handwerksburschen kamen mit dem Schrecken davon. Die Lokomotive des Güterzuges wurde so stark beschädigt, daß der Zug die Fahrt nicht fortsetzen konnte.

Wyl auf Fähr, 18. Januar. Die Badeverwaltung hat beschlossen, auch in der kommenden Saison den Posten des Badekommissars wiederum mit Oscar Erasni, Lübeck, zu besetzen.

Raubüberfall in Lüneburg

Lüneburg, 18. Januar.

Ein hiesiger Gastwirt wurde in der Nacht, als er von einer Verammlung heimkehrte, von zwei Männern, die ihn schon längere Zeit verfolgt hatten, durch einen Schlag über den Kopf betäubt und durch einen Stich in den Hals verletzt. Die Räuber nahmen ihm dann Uhr und Briefstache mit einem größeren Geldbetrag ab und enttamen unerkannt.

Eine Kapitalkuh

Oldenburg i. S., 18. Januar.

Eine Rekordkuh besitzt der Landwirt Sered in Gruberdieken. Sie erzielte 1931 6619 Kilo Milchleistung mit einem Durchschnittsfettgehalt von 3,51 v. H. 1932 aber eine Milchleistung von 7170 Kilo mit einem Durchschnittsfettgehalt von 3,47 v. H. Die höchste Tagesleistung erzielte das Tier am 19. Dezember 1932 mit einer Milchleistung von 43,6 Kilo und einem Fettgehalt von 2,70 v. H.

Neue deutsche Privatschule in Nordfriesland

Hensburg, 18. Januar.

In Husum, dem ersten dänischen Ort nördlich Hensburgs, ist am Dienstag die 3. deutsche Privatschule in Nordfriesland gegründet worden. Sie nimmt ihren Unterricht zunächst mit 16 Schülern auf.

Hamburger Veranstaltungen

Das Winterhilfswerk Bezirk Uhlenhorst veranstaltet am Sonntag, 22. Januar, in der Zeit von 9 bis 16 Uhr, unterstützt durch die Kapelle des Waisenhauses, eine Haus- und Straßen-sammlung zwischen Winterhuberweg und Uhlenhorsterweg. Decknet den mit Armbrunde und Ausweis versehenen Sammlern bereitwilligt die Türen, um die überreichten Aufrufe entgegenzunehmen und die Spenden in die Sammelbüchsen zu stecken! Größere zugedachte Geldspenden nehmen entgegen die Damburger Sparkasse von 1827, sowie deren Zweigstellen, Winterhuberweg 110 und Lohweg 24, auf das Konto: Winterhilfswerk, Bezirk Uhlenhorst. Auch die kleinste Gabe trägt dazu bei, Not und Elend zu lindern.

Abendkurse im Jugendheim Nagelsweg 71/73. Die Besprechung über die neuen Abendkurse für Solz-, Papp- und Webarbeiten findet am Freitag, 20. Januar, 20 Uhr, im Heim statt. Zu den Kursen werden noch Teilnehmer angenommen. Interessenten wollen sich zu der Besprechung im Heim einfinden. Die Kurse sind besonders für solche Personen gedacht, die das Gelernte an Kinder und Jugendliche im Jugendheim und in der Familie weitergeben können. Es soll den Kursteilnehmern ermöglicht werden, sich Handfertigkeiten anzueignen, die sie befähigt ihre Schöplinge pädagogisch zu beschäftigen. Die Ankosten werden etwa 25 bis 30 Pfg. die Stunde betragen.

Deutscher Gymnasialverein. Montag, 30. Januar, 20 Uhr, wird Universitätsprofessor Dr. Ernst Hoffmann, Heidelberg, in der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg, Sehwigstraße 116 (Hochbahnhofstraße) einen Vortrag halten über das Thema: „Antike Philosophie und die Anfänge der christlichen Mystik“.

Gesellschafts-Betrieb von 1924 e. V. (Vereinslokal: Erlanger Bierhaus, Sternstraße 31.) Sonntag, 22. Januar, Ausflug nach Darburg — Sottori — Dausbrück. Ab Oba, Dptb. 12.24 Uhr bis Darburg. Mit Postauto 13.25 Uhr bis Sottori. Auf herrlichen Waldwegen nach Dausbrück. Führung: Frau Clara Wolters. (Zwei Sonnentarten lösen.)

Hamburger Turnerschaft von 1816. Wanderungen am Sonntag, 22. Januar: Allgemeine Wanderung; Ammühle — Gr. Dausdorf, etwa 25 Km. Führung: Fritz Keller. Abfahrt 8.00 Uhr ab Berlinerter nach Ammühle. Rückgeld 1 M. Gäste willkommen. — Route B: Darburg — Rosengarten — Fisch-

beler Heide. Führung: Joachim Lauer. Abfahrt 8.23 Uhr ab Darburg Hauptbahnhof nach Darburg. Zwei Sonnentarten Darburg lösen. — Schwimman-Abteilung: Reimel — Sachfenwald — Bergeborn. Abfahrt 8.18 Uhr nach Reimel. Fahrgehalt 50 Pfg.

Die Blattdutsche Arbeitsgemeinschaft. Nächste Zusammenkunft (der 3. Ausspracheabend) am Donnerstag, 19. Januar, 20 Uhr, in der Aula der Klosterschule.

Hamburger Märkte

Amlicher Marktbericht über die Großhandelspreise auf dem Hamburger Zentral-Frucht- und Gemüsemarkt vom 18. Januar

Früchte: Äpfel, Schöner von Postop Pfd. 10-18, Prinz 10-16, Koch 8-15, ausländ. 16-28, Ananas Pfd. 40 bis 65, Apfelsinen Stück 2-7, Jassa 4-10, Mandarinen 2-5, Bananen, Kameruner Pfd. 12-15, kanarische 20-28, westindische 16-20, Birnen, Bürgermeier Pfd. 25-30, Koch 10 bis 12, ausländ. 23-35, Tomaten, kanar. Pfd. 40-47, Weintrauben, Umeria Pfd. 30-35, Zitronen Stück 1,75-4, — Gemüse: Champignons, Edel Pfd. 100-160, Karotten, ohne Kraut Pfd. 3-5, Kartoffeln, gelbe lange Pfd. 2,6-2,8, gelbe runde 1,8-2, gelbe Eier 3,2-3,5, Kohl, Blumen, ausl. Kopf 2,5-3,7, Wirsing, inl. Pfd. 3-4, Weiß, inl. Pfd. 1,2-1,8, Rot, inl. Pfd. 2-3, Rosen, inl. Pfd. 20-25, II 10-15, Grün, Pfd. 2-4, Meerrettich Stange 5-12,5, Mören (Wurzeln) rote Pfd. 2-3, Ausd. bis 4, Petersilie Pfd. 30-40, Petersilienwurzeln Bund 4-7, Borree Pfd. 5-10, Radishes 20 Stück 5-7, Kapuzen Pfd. 30-35, Rettich Stück 2,5-10, Rhabarber, Treibh. I Pfd. 10-15, II 5-7,5, Rotbeete Pfd. 1,5-3, Hülsen, Markt, Pfd. 3-5, Sted 1,2-2, Salat, ausl. Kopf 9 bis 23, Indivien 20-45, Eschard 35-45, Schwarzwurzeln Pfd. 17,5 bis 28, Schnittlauch Topf 20-25, Sellerie Stück 3-15, Pfd. 5-10, Zwiebeln, inl. (schweife) brutto Pfd. 5,5-6,5, inl. (ausgewog.) Pfd. bis 7.

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Dr. S. Müller; Hamburgisches: Heinz Hane; Redaktion: Ernst Rübner; Druck: Dr. S. Müller; Berlin, Zimmerstr. 9; Vertriebsstelle: Rosa A. 2 508, Berlin und Druck: Hamburger Vertriebsstelle S. u. S. 2, Altona 7678; Redaktionsneue Aufträge nur an die Redaktion, nicht an einzelne Redakteure; Unentgeltliche Sendungen ohne beifolgendes Rückporto werden nicht angenommen.

Von den Parteien mißbraucht

Bismarcks Werk und Weimar — Eine Rundfunkrede Dr. Brachts

Berlin, 18. Januar.

Im Rahmen einer Reichsgründungsfeier des Deutschlandsenders hielt heute abend Reichsinnenminister Dr. Bracht eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Vor wenigen Tagen haben wir uns der Stunde erinnert, in der vor zehn Jahren fremde Truppen vertragswidrig das Ruhrgebiet besetzten. Lebendig stehen vor uns jene aufwühlenden Monate des Jahres 1923, in denen eine von unbegingter Singabe an Heimat und Vaterland erfüllte Bevölkerung ein Beispiel dafür gab,

daß bewaffnete Willkür nichts gegen entschlossenen Selbstbehauptungswillen vermag.

Aber wir wollen nicht vergessen, daß am Ende jenes heroischen Abschnittes der Nachkriegsgeschichte drohend die Gefahr des Reichszerfalls stand. Damals ist noch einmal der lebendigen Generation Sinn und Wert des Reiches bewußt geworden, damals haben wir erfahren, daß das Reich kein selbständiger Besitz, kein verpflichtungsloses Geschenk ist,

sondern ein Gut der Nation, das sie immer wieder von neuem erobern muß.

Darum ist der 18. Januar kein Tag der lauten Feier, sondern ein Tag der Besinnung und Erinnerung. Heute vor 62 Jahren ist dem deutschen Volk das Reich wiedergegeben worden, nach dem es sich Jahrzehnte lang in allen seinen Schichten gefehlt hatte. Der starke wehrhafte Staat, unter dessen Schutz das deutsche Volk seinen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg erlebte, brach mit dem Kriegsende zusammen. Wir wollen unter dem Druck der Sorge der Gegenwart nicht vergessen, aus welcher tiefen Niederlage sich das deutsche Volk wieder emporgearbeitet hat. Uns war nichts geblieben, als das Reich. An dem Gedenktage der Reichsgründung wollen wir deshalb in Dankbarkeit auch der Tatsache gedenken, daß in den Tagen des Zusammenbruchs, in denen das Werk Bismarcks in der höchsten Gefahr war, und das Reich auseinanderzufallen drohte,

der Generalfeldmarschall von Hindenburg und der verkörperte Reichspräsident Friedrich Ebert — über alle Gegenseite und Vorurteile hinweg — den Mut zu dem Bekenntnis fanden: Wir sind ein Volk,

und damit ihrem Volk das Reich gerettet haben.

Das alte Kaiserreich, aus dem solche Männer aus den verschiedensten Schichten hervorgegangen sind, konnte nicht so volksfremd sein, wie man es heute manchmal hinzustellen sucht.

Drei Grundgedanken

der Bismarckschen Reichsverfassung kann kein, wie auch immer gearteter Reichsaufbau entstehen. Zum ersten den Einheitsgedanken — er ist die Voraussetzung für den Bestand des deutschen Volkes überhaupt. Nur durch die Einheit der deutschen Stämme nach innen und außen kann der Staat, können deutsches Volkstum und deutsche Kultur gegen fremde Übergriffe oder volksfremde Forderung im Innern verteidigt werden. Wir gedenken in dieser Stunde mit heißem Herzen und fühltem Hirn

der Millionen von Deutschen, die durch Schicksal oder Gewalt fremde Staatsbürger geworden sind.

Zum zweiten werden wir aus Bismarcks Werk heute und in alle Zukunft die Mitwirkung des Volkswillens bei der Willensbildung des Reiches festhalten. Die Art der Mitwirkung mag Wandlungen unterliegen. Die Vielfältigkeit der Erinnerungs- und Ausdrucksformen unserer Zeit mag dazu führen, nicht alles Ueberkommene und Vorhandene als letzten Niederschlag geschichtlicher Entwicklung anzusehen, aber alle künftigen Geschlechter werden die seit der Frühzeit deutscher Geschichte in Bismarcks Werk zum ersten Male verwirklichte Erkenntnis bewahren,

daß nur der Staat stark ist, den sein Volk trägt.

Es war ein Meisterwerk Bismarcks, in den staatsrechtlichen Aufbau des Reiches die deutschen Bundesstaaten als Hüter der Ueberlieferung einzuschalten. Dies ist der dritte Leitgedanke seines Werkes. Bismarck stellte neben den Willen des Gesamtvolkes den Willen des bundesstaatlich gegliederten Volkes. Die Vertretung der Nation in der Welt kann nur mit gesammelter Kraft durch die eine Reichsgewalt erfolgen, der die staatlichen Machtmittel uneingeschränkt zur Verfügung stehen müssen.

Bei der Bildung des Reichswillens kommt aber den Kräften der Landschaft entscheidende Bedeutung zu. Ohne eine wirksame Einschaltung der Erlebniswerte und der Gedankenwelt von Heimat und Volkstum ist bei der Vielgestaltigkeit und Eigenart der deutschen Stämme ein lebendiges inneres Leben des Reiches und die staatsfreundliche Mitarbeit des Volkes nicht vorstellbar. Bismarcks Werk ruhte auf einem gesellschaftlichen Untergrund, den Adel, Bürger und Bauern bildeten. Die Einschaltung des Arbeiters in den Staat war zur Zeit der Reichsgründung als Aufgabe noch nicht gestellt. Erst mit der fortschreitenden Industrialisierung bildete sich aus der Arbeiterbevölkerung ein neuer Stand. Seine Verbindung mit dem Volksganzen ist in der späteren Zeit nur zu einem geringen Teil gelungen.

Sie hätte gelingen können, wenn der Geist von Bismarcks Werk lebendig geblieben und von den Nachfahren in neuen Formen fortentwickelt worden wäre.

Niemand, als Bismarck selbst, hat stärker empfunden, daß sein Werk nicht Endgültiges bedeutet, sondern die nach ihm kommenden Generationen zum Handeln verpflichtet.

Wir verlassen leicht der Versuchung, im Rückblick auf eine schon historisch gewordene Vergangenheit die vielfältigen Kräfte zu vergessen, die eingesetzt werden mußten, um den Reichsgedanken mit lebendigem Inhalt zu erfüllen. Wenn heute wiederum die Frage nach dem inneren Ausbau des Reiches als eine noch unge löste Aufgabe vor uns steht, dann wollen wir an diesem Gedenktage nicht vergessen, daß das Werk Bismarcks nicht mit der Durchführung einer staatsrechtlichen Konstruktion,

sondern in der Durchdringung der vorhandenen politischen Kräfte mit einem Grundgedanken seine Form gefunden hat.

Die Verfassung von Weimar,

die nach dem Zusammenbruch anstelle der alten Bismarckschen Verfassung trat, hat dem Volke, das im Kriege in allen seinen Stämmen und Schichten seine Reichstreue bewiesen hat, souveräne Rechte gegeben. Wir stehen gegenwärtig unter dem Eindruck des Versagens dieser Verfassung. Die Rechte, die

dem Volke gegeben wurden, damit es auf dem Wege über das Parlament seinen Willen beim Neubau des Reichs zur Geltung bringe, sind von Parteien mißbraucht worden. Aus dem Geist der Verneinung jeder Zusammenarbeit ist auch der Versuch entstanden, in kleinlichem Parteistreit die Gedenktage des 18. Januar und des 11. August gegeneinander auszuspielen. Diesen Streit lehne ich ab. Wir verlieren den Blick für die entscheidenden Aufgaben, die uns gestellt sind, wenn wir lediglich die Epoche nationaler Größe und wirtschaftlichen Aufstiegs dem Zusammenbruch und der Not der Gegenwart entgegenhalten, — oder gar das Werk der eigenen Generation durch Beschimpfung der Vergangenheit zu verteidigen suchen. Es kann nach den Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre kein Zweifel mehr bestehen,

Hände weg von Hindenburg

Vor einigen Tagen hat General Litzmann auf einer Veranstaltung der NSDAP. in Wolfenbüttel seine Angriffe gegen den Reichspräsidenten v. Hindenburg erneuert. Er sagte u. a.:

„Ich habe mich von Herrn v. Hindenburg innerlich schon abgewendet, als er am 28. Oktober 1918 seinen Generalquartiermeister, den General Ludendorff, in die Wüste schickte, ohne auch nur den kleinsten Finger zu rühren für den Mann, dem er seinen ganzen Kriegsrühm verdankt, denn Ludendorff ist einer der größten Feldherren aller Zeiten und Völker, als Politiker ist er leider verrannt. Ich habe mich abgewendet von Herrn v. Hindenburg innerlich schon, als er seinen Kaiser in den schwersten Stunden, in der Nacht zum 10. November 1918, im Stiche ließ. Der Kaiser sehnte sich danach, daß ihm sein Generalfeldmarschall den Rücken steifte. Der aber mußte nichts anderes, als ihm zur Flucht ins Ausland zu raten. Ich habe mich abgewendet von Herrn v. Hindenburg, als er sich vor Jahren von seinen Wählern, den vaterländisch denkenden Deutschen abwandte, um sich den Roten und den Schwarzen zu ergeben.“

Gegen diese unqualifizierten Angriffe auf den verdienten Heerführer nimmt die „Kreuz-Zeitung“ entschieden Stellung und erklärt u. a. in bezug auf die Rolle Hindenburgs im November 1918:

„Der Herr Reichspräsident hat in seiner bekannten großherzigen Art von vornherein volle Klarheit über die Ereignisse der kritischen Novembertage 1918 geschaffen. Er hat am 27. 7. 1919 in der „Kreuz-Zeitung“ eine Darstellung veröffentlicht, für deren Inhalt er gemeinsam mit Generaloberst von Welfen, Staatssekretär a. D. Hünze, General-Freiber von Marischall und General Graf Schulenburg die Bürgschaft über-

Beibehaltung der Geldzustellung

Berlin, 18. Januar.

Wie wir von der Hauptverwaltung der Reichspost erfahren, haben sämtliche 45 Oberpostdirektionen Deutschlands einschließlich der acht bayrischen die vor einigen Wochen vom Reichspostministerium angeregte Reform der Geldzustellung durch die Geldbriefträger, die die Abholung durch die Geldempfänger selbst vorah, nach eingehenden Besprechungen mit Wirtschaftsvertretern sowie mit Vertretern der Beamtenorganisationen abgelehnt und sind für die Beibehaltung der Geldzustellung durch die Briefträger eingetreten. Voraussetzlich wird das Reichspostministerium den Oberpostdirektionen anheimstellen, die zum Teil schon mit Gummihüpfeln, Schlagringen oder Alarmpistolen ausgerüstet sind, in gefährdeten Gegenden mit richtigen Schusswaffen zu versehen. Darüber hinaus soll den Oberpostdirektionen gestattet werden, den Geldbriefträgern, die in unsicheren Gegenden oder in mehreren hintereinander liegenden dunklen Höfen ihre Bestellungen auszuführen haben, noch einen zweiten Mann als Bewachung mitzugeben.

Brand im Schloß Neudeck

Neudeck (Ostpreußen), 18. Januar.

Da auf Schloß Neudeck, dem ostpreussischen Herrensitz des Reichspräsidenten, anlässlich des Besuchs des Reichspräsidenten ein Besuch erwartet wurde, mußten am Dienstag die eingezogenen Heizungsrohre aufgesetzt werden. Hierbei muß die hinter dem Putz befindliche Holzwand in Brand geraten sein. Als die ersten Schmelzstellen entdeckt wurden, griffen der Oberinspektor und

daß wir eine dem deutschen Volk gemäße Form für den inneren Ausbau des Reiches noch nicht gefunden haben.

Den Weg nach besseren Formen zu suchen, bleibt ständige Pflicht aller berufenen Organe des Staates, aber die Erinnerung an das Werk Bismarcks soll uns auch wieder mahnen, daß die Konstruktion eines neuen Gebäudes, in dem sich Reich und Länder, Staatsführung und Volk einrichten sollen, nur dann Bestand haben kann, wenn es auf festen Pfeilern gegründet ist. Wir müssen lernen, auch in die einzelnen Aufgaben der Gegenwart den Willen zu einem nationalpolitischen Ziel zu prägen.

Dieses Ziel kann nicht in der Rückkehr zur alten monarchischen Verfassung liegen. Es bildet sich aus dem Zukunftswillen des deutschen Volkes

und aus dem Sehnen, das Jahrhunderte deutscher Geschichte durchlebt. Dieses Ziel ist das Reich.

Reichsminister Dr. Bracht schloß mit den Worten: Im Geiste dieser Aufgabe der Gegenwart rufe ich die Deutschen in allen Landschaften auf, am Bau des Werkes der deutschen Stämme mitzuhelfen: dem freien starken deutschen Reich.

nommen hat. Jene Darstellung der unmittelbar Beteiligten ist die echte Geschichtsquelle für jene Ereignisse und als solche im nationalen Lager unangefochten.

Die Rolle des jetzigen Reichspräsidenten ist darin in einer Weise klargestellt, die auch nicht den geringsten Zweifel an seinem bis ins Letzte getreuen Verhalten gegenüber seinem Obersten Kriegsherrn aufkommen läßt.

Dementsprechend sind auch die Beziehungen des Generalfeldmarschalls zu den übrigen Führern der alten Armee stets ungetrübt geblieben, und das gilt auch für die Person des Generals Litzmann. Es ist nicht richtig, wenn Litzmann sagt, daß er sich seit jenem November 1918 von dem Generalfeldmarschall abgemant habe. Dagegen spricht die Tatsache, daß er noch jahrelang in einem kameradschaftlichen, ja herzlichen Briefwechsel mit ihm gestanden hat. Diese Beziehungen haben erst ein Ende erreicht, als General Litzmann es für richtig hielt, sich parteipolitisch zu betätigen.

Die Veröffentlichung der „Kreuz-Zeitung“ bringt sodann eine authentische Darstellung der Ereignisse des November 1918 und stellt zum Schluß fest, daß der Präsident sich niemals von den vaterländisch denkenden Deutschen abgewandt und den „Roten“ und „Schwarzen“ ergeben habe. Der Herr Reichspräsident, so heißt es in der Veröffentlichung weiter, hat sich nie irgendeiner Partei ergeben, sondern stets die Linie eingehalten, die ihm sein Gewissen zum Wohl des deutschen Volkes vorschreibt.

Von dieser politischen Wertung abgesehen, muß aber die Persönlichkeit des Feldmarschalls und Reichspräsidenten für alle guten Deutschen unantastbar

über allen persönlichen Angriffen stehen; denn er ist gerade in den Stunden schwerster Entscheidungen das Vorbild eines charaktervollen und verantwortlich handelnden deutschen Mannes gewesen.

der Zimmermann energisch ein und erstickten das Feuer. Bald machte sich aber auch an anderen Stellen Brandgeruch bemerkbar, so daß die Archivierer Feuerwehre alarmiert wurde. Zunächst versuchte man mit Hilfe von Handfeuerlöschern des Feueres Herr zu werden. Bald aber brachen nach harter Nachentwicklung, die die Arbeit mit Rauchmasken notwendig machte, offene Flammen durch, so daß die Archivierer Feuerwehre mit einer Motorbrücke zur Hilfe kommen mußte. Nur den der Archivierer Feuerwehre zur Verfügung stehenden Schlauchmännern ist es zu danken, daß das Feuer nicht weiter um sich griff.

„Jagd vorbei“

Die Beilehung des Fürsten Hohfeld

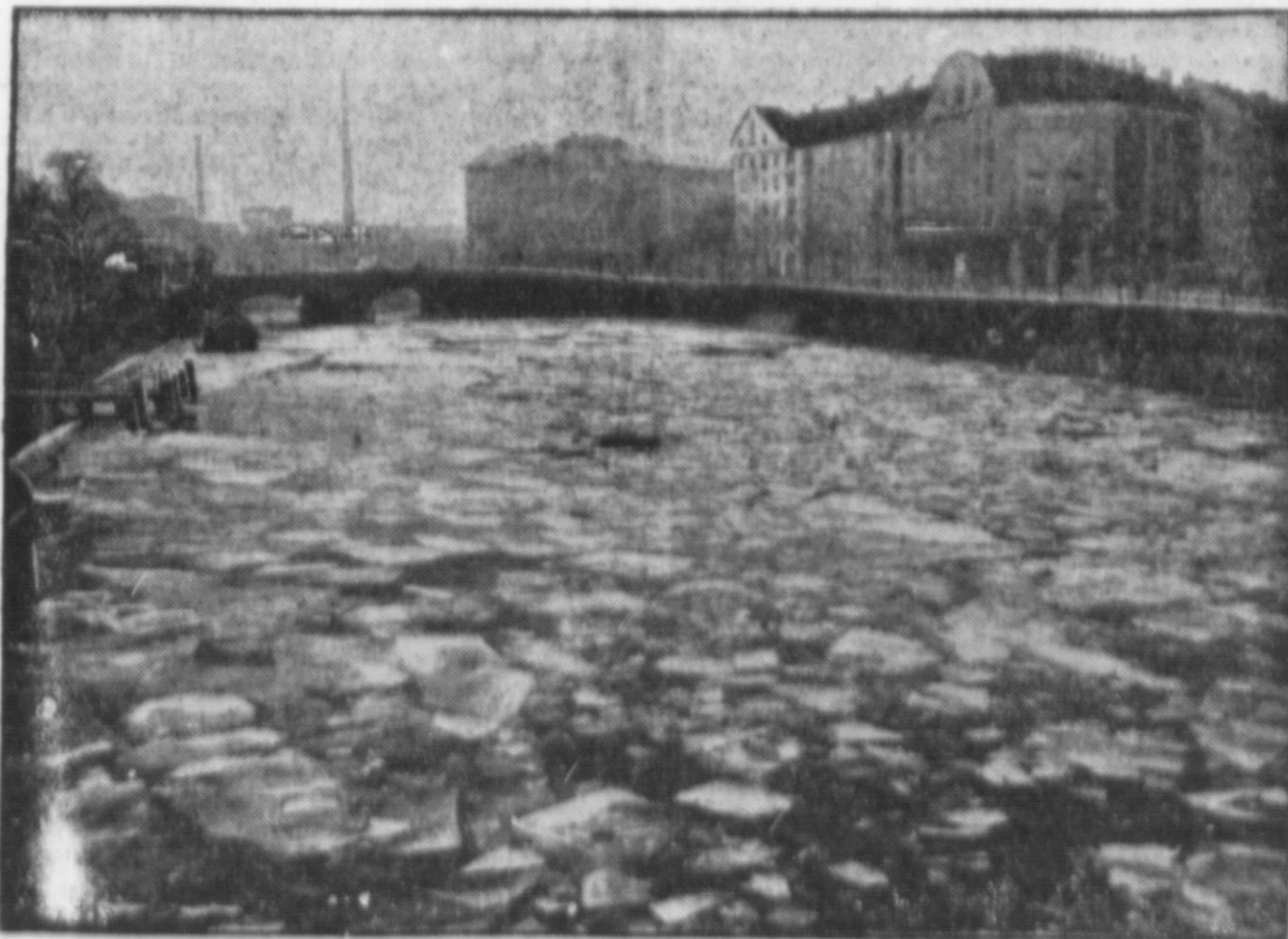
Trachenberg, 18. Januar.

Am Mittwoch wurde Fürst von Daghfeld, Herzog zu Trachenberg, in der katholischen Stadtpfarrkirche zu Trachenberg beigesetzt. Als Vertreter der Reichsregierung waren Ministerialdirigent Richard Meyer und Legationsrat v. Liers erschienen, ferner waren die beiden Oberpräsidenten von Ober- und Niederschlesien, der Breslauer Regierungspräsident, der Kommandeur der 2. Kavalleriedivision und der Landeshauptmann von Niederschlesien, sowie der Breslauer Oberbürgermeister und viele Vereine zu der Trauerfeier erschienen.

Erzbischof Bertram zelebrierte in der Kirche ein Requiem, vorher hatte Erzpriester Reichel in einer Gedächtnisrede die Tätigkeit des Fürsten als Oberpräsident von Schlesien, sein Wirken für Vaterland und Heimat und als Wohltäter der Menschheit geschildert. Er wies darauf hin, daß der Verstorbene ein treuer Sohn der katholischen Kirche gewesen sei.

Als der Sarg in die Gruft gesenkt wurde, ertönte als letzter Abschiedsgruß das Jägersignal „Jagd vorbei“.

Wie ein Fluß aus Sibiriens Eiswüste schießt jetzt die Spree an



Mit Eischollen übersät, schießt die Spree ihren Weg durch Berlin.

Die bunte Welt des Sports

Monte Carlo-Fahrer passieren Hamburg

Kontrolle beim NAC am kommenden Montag

Trotz scharfer Konkurrenz fast aller automobilsport-treibenden Länder hat sich die nun schon zum 12. Male stattfindende Sternfahrt nach Monte Carlo unstreitig den Vorrang gesichert, und wird ihn mit Erfolg auch die nächsten Jahre verteidigen. Nicht weniger als 129 Wagen aller Nationalitäten werden sich am kommenden Sonnabend in den frühen Morgenstunden auf die überaus schwierige Reise begeben, nicht alle werden das Ziel sehen, und nur wenige Auserwählte werden mit Stolz, und mit kostbaren Gaben belohnt, aus der Koulettestadt wieder von dannen ziehen. Zwölf Startorte hat diesmal die Ausschreibung vorgegeben, aber gegenüber den beiden Vorjahren hat sich eine vollständige Verschiebung in der Bevorzugung der Standorte bemerkbar gemacht. Die einst im Mittelpunkt des Interesses stehenden nördlichen Startplätze wie Stavanger in Norwegen und Umea in Schweden, mußten ihre Vormachtstellung in diesem Jahre in Tallinn in Estland, an das kleine, sonst kaum bekannte Nest John O'Groats in England abgeben, und außerdem wurden diesmal auch Athen (das mit 1000 Startpunkten am besten in der Wertung abschneidet, sofern die Teilnehmer die Schwierigkeiten der Balkanstraße zu überwinden vermögen), Bukarest und Valencia bevorzugt.

Aber immerhin haben sich noch 19 Teilnehmer für den Norden entschieden, und diese sind es auch, die Hamburg am Montag der nächsten Woche begrüßen können. Sie haben ihren Weg von Umea über Stockholm, oder die in Stavanger Geharteten über Oslo, dann weiter über Kopenhagen, Flensburg, Hamburg - Brüssel - Paris nach Monte Carlo zu nehmen. In Brüssel vereinigen sie sich mit den aus Tallinn und Umea kommenden Fahrern, die in Berlin kontrolliert werden (beim Automobilclub von Deutschland) und mit denen aus Amsterdam, die jedoch wegen der Kürze der Strecke keinerlei Aussicht auf einen Preis haben. In Hamburg wird der Norddeutsche Automobilclub (N. v. D.) wieder die Sternfahrer in seinem Wintergala des kommenden Monats empfangen, und zwar in der Zeit von 9 Uhr 48 bis 15 Uhr 48 am Montag, 23. Januar. In Monte Carlo mühen die Fahrer am 25. Januar zwischen 10 und 16 Uhr eintreffen.

Die neuartige Wertung, die auch den Kleinwagen volle Siegeschancen eingeräumt hat, hatte das erfreuliche Ergebnis zur Folge, daß außerordentlich viele der in letzter Zeit so leistungsfähig gewordenen Kleinwagen deutscher, englischer und französischer Herkunft im Wettbewerb sind.

Hamburg wird folgende Fahrer an der Kontrolle sehen:

- Start-Nr.: 8 Major D. E. M. Douglas-Morris (Invicta).
- 11 E. de Cortance (Peugeot).
- 27 G. F. Dennison (Hiley).
- 40 Mrs. R. Gough (Hiley).
- 58 Mrs. E. Stalberg (Daimler).
- 69 G. und J. Larze (Peugeot).
- 76 P. T. Sidersley (Invicta).
- 80 F. S. Hutchens (Wolfsley).
- 87 R. Mac (Hudson-Essex).
- 90 J. W. Whalley (Ford).
- 95 L. B. G. Selby (Ford).
- 96 J. G. Smithson (M. G.).
- 97 Mrs. R. Petre und Miss Richmond (Hiley).
- 104 Blouin Cte. van Seiden (Panhard).
- 112 R. Bryde jun. (Studebaker).
- 123 Per W. Schenke (Wulf).
- 125 Per Bergan (Austin).
- 126 W. Björset (Auburn).
- 129 S. Hansen Morian (Ford).

Da der Automobilclub von Deutschland soeben einen Grenzpassier-Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat (bisher mußte der doppelte Zoll an der Grenze in bar deponiert werden), so wird man vielleicht zukünftig auch noch das Große, für die meisten Automobillisten unbekannt, Rußland in den Bereich der internationalen Sternfahrten einbeziehen, da Europa allmählich zu klein geworden ist. Also neue Aussichten für die Rallye Monte Carlo und ähnliche Wettbewerbe 1934!

Ping pong-Turnier mit 400 Teilnehmern

Wenige Tage nach der Beendigung der Deutschen Tischtennismeisterschaften wird in Hamburg ein neues Großturnier durchgeführt, das die Sportvereine Rama im Angestelltenkafé der Rama-Werke in Wahrenfeld durchführt. Zu den verschiedenen Konkurrenzen haben insgesamt ca. 400 Teilnehmer gemeldet, so daß die Turnierleitung vor einer sehr schweren Aufgabe steht. Die Spiele finden von heute bis Sonnabend statt und vereinen, mit Ausnahme von Bentzen und Deisler, alle prominenten Spieler und Spielerinnen Groß-Hamburgs, zu denen noch die Süddeutschen Wöble, Schardt und Bloch kommen.

Norddeutsche Kunstturnmeisterschaft

Unter dem Vorh. von Luer (Hamburg 1816) trat der Männerturnauschuss des Kreises IV Norden der D. in Hamburg zur Festlegung des Arbeitsprogramms zusammen. Erfreulich ist dabei, daß die Förderung des reinen Gesträtkunstturnens dem Kreis IV Norden im Sommer (11. Juni in Hamburg) erstmalig die norddeutsche Kunstturn-

Kleines Feuilleton.

„Die Marne Schlacht“ als Bühnenstück

Sonderbericht

Mannheim, 18. Januar.

Das Mannheimer Nationaltheater hat die Reihe seiner Premieren mit Paul Joseph Cremer's deutscher Tragödie „Die Marne Schlacht“ fortgesetzt und mit diesem Kriegsdrama, das eine Sonderart für sich beansprucht, seinen Ruf als insinuitischeres Uraufführungsbeater erneut befestigt.

Der dramatischen Bearbeitung des Stoffes, in vieler Hinsicht schwer zu behandelnden Stoffes stand dem Verfasser das einschlägige, von Dr. Karl Barz eigens zu diesem Zwecke zusammengestellte Quellenmaterial zur Verfügung. Unparteiisch und tendenzlos hält sich der Autor eng an die historisch-strategischen Ergebnisse jener August- und Septembertage von 1914, die so glücklicherweise einseitig wurden, doch durch eine verfehlte, kurzfristige Strategie der Obersten Seeresleitung und das unglückliche Eingreifen des zur Orientierung an die Armeeführer entlassenen Stabsoffiziers Dentsch, zu jenem verhängnisvollen Ergebnis führte, daß selbst unsere Seener über die Preisgabe unserer feindlichen Stellungen von „Le miracle de la Marne“ brechen konnten.

In sieben originell aneinandergereihten Bildern rekonstruiert der Autor eindrucksvoll jene Geschehnisse. Mit einer knapp umrissenen Sachlichkeit der Dialogführung, mit der dies geschieht, und der allerdings nicht leicht zu verfassenden, fast unübersehbaren Fülle sich übertragender Ereignisse reißt der Faden der Spannung seinen Augenblick ab, sondern verdichtet sich von Szene zu Szene, je mehr sich der Brennpunkt der Marne-Tragödie nähert. Zweifellos übermitteln die überwiegende Mehrzahl der Bilder überzeugende Ergebnisse.

Von ganz unmittelbarer Eindringkraft ist das 7. Bild. Der Führer der ersten Armee hat sich der Umzingelung seines Geankers entzogen. Die Lücke zwischen der ersten und zweiten Armee kann leicht geschlossen werden. In diesem Augenblick erscheint Oberstleutnant Dentsch und besticht Klud voreilla den Rückzug. Unverletzt vom Geanker, fast ohne Verluste marschieren die drei tatsächlich feindlichen Armeen nach Norden ab. Damit war die Entscheidung gefallen. Das Verhängnis nahm seinen Lauf.

In dieser Szene leisten Hans Anohr (v. Klud) und Willi Birgel (Dentsch) hervorragendes. Unter der Regie des Intendanten Herbert Maish, der klug disponierte, wurde ein stürmischer Erfolg erzielt.

Karl Schäffer-Mannheim.

Ein Denkmal für das Telephon. Wir sind gewöhnt, alle möglichen Ereignisse, Gestalten und Entdeckungen durch Denkmäler zu ehren und der Vergangenheit zu überliefern. Das Telephon war bisher noch unver-

meisterschaft bringen wird, die man mitmaßlich an die Ausschreibung der deutschen Gerätemeisterschaft anlehnt. Der Kreis IV Norden wird in Stuttgart an Sonderveranstaltungen die allgemeinen Rhythmisierungen, Sonderfreibungen, die Luer ausgearbeitet hat, ein Turnier an 40 Barren und eine Kreismeisterriege am Hochred stellen. Diese ausgedehnte Mitarbeit am Stuttgarter Turnfest bedingt für den Kreis IV Norden naturgemäß eine ausgedehnte und sorgfältige Vorarbeit während der zur Verfügung stehenden sechs Monate bis zum Deutschen Turnfest, so daß es erfreulich ist, daß der Ausschuss so energisch die Vorarbeiten von sich aus erledigt und gefördert hat.

Die norddeutschen Kademeisterschaften bringen als zweite Vorrunde den Kampf Hamburg - Kiel im Handball. Für den Kampf ist als Termin der 19. Januar in Hamburg vorgegeben.

Ein tüchtiger Internationaler

Der holländische Fußball-Internationaler Saw Adam, der in dem letzten Länderspiel Deutschland - Holland in Düsseldorf der deutschen Mannschaft schwer zu schaffen machte und die treibende Kraft des holländischen Angriffs war, hat sein Studium in Zürich beendet. Adam erwarb an der Technischen Hochschule sein Ingenieur-Diplom.

emiat in diesem Sinne. Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, ist man jetzt in New York, der Stadt der weiten Telefone, darauf verfallen, dem Telephon selbst ein Denkmal zu errichten. Dieses Denkmal stellt nicht etwa den Erfinder des Telefons dar oder symbolische Gestalten, es ist nichts weiter als ein simples, allerdings überlebensgroßes Telephon, 5 Meter hoch und aus Stahl und Nickel auszuführen. An seinem Sockel werden sich Hinweise auf seine Bedeutung und Verbreitung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts finden, — zur vollständigen Kenntnisnahme für künftige Geschlechter, denen aus irgendeinem unverständlichen Grunde die Erinnerung an das Telephon erschunden sein sollte.

Das leuchtende Thermometer erfunden! Eine neue Erfindung der thüringischen Glashütten stellt das leuchtende Thermometer dar. Durch einen Spiegelfeffekt wird bewirkt, daß die Quecksilbersäule in kräftigem Rot aufleuchtet. Man wird sich also in Zukunft nicht mehr den Kopf zu verdrehen brauchen, wenn man ein Thermometer ablesen will. Besonders wertvoll ist das Thermometer mit dem besagten Leuchteffekt für die Krankenhauspraxis. Kranke können nun auch im Dunkeln auf ihre Temperatur hin untersucht werden.

Es gibt 55 Krebs-Erreger! Es vergeht kaum ein Vierteljahr, ohne daß die Zeitungen von der Aufzählung erregenden Entdeckung irgendeines Forscher berichtet, dem es angeblich gelungen sei, den Erreger des Krebses, diesmal aber wirklich einwandfrei, zu finden. Bedauerlicherweise sind aber bisher diejenigen, die ihre Hoffnung auf eine dieser Meldungen gesetzt haben, immer wieder enttäuscht worden. Nun gibt endlich eine schmeichelnde Statistik an, wieviel Krebs-Erreger man im Lauf der letzten 20 Jahre „entdeckt“ hat. Die Statistik kommt zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Krebs-Erreger mit 55 eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sei. Der „echte“ ist leider immer noch nicht darunter.

Kleine Mitteilungen. Am 26. Januar feiert die Dichterin Anna Hil. v. Edel ihren 60. Geburtstag. Die aus Oesterreich stammende, jetzt in Eisenach lebende Verfasserin schrieb die Romane „Manni Gschäftlüber“, „Die lieben Geier“, „Die Köniarische der Trine Hansen“. Ihre Werke sind im Parnassus-Verlag, Breslau, in einer Gesamtauflage von 76 000 Exemplaren erschienen.

Am Vortragspult

Göhrer-Gaus-Berichtungen zu Altona - Bienenfeld: Maria Schlenker spricht Freitag, 20. Januar 20 Uhr, zu amüsanten Karikaturen der Malerin Susan Marie Kreife-Schlenker über das Thema „Vertraute Gestalten aus der Vorkriegszeit und der Kleinbahn des Lebens“.

Das Märchen vom neuen Lebewesen

Nachfolger des Menschen in 500 000 Jahren? — Gelehrte auf Sensationsjagd. — Ist das noch Wissenschaft?

Alljährlich findet in Atlantic City die Jahrestagung der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft statt, auf der stets sensationelle Behauptungen über vergangene oder künftige Entwicklungen aufgestellt zu werden pflegen, die die Tagung immer zu einer wenigstens für den Laienstehenden etwas grotesken Angelegenheit machen, wenigstens die Mitglieder der Gesellschaft selbst zu glauben scheinen, daß dort die weitesttragenden und bedeutungsvollsten Eröffnungen gemacht werden.

Bei der diesjährigen Tagung stand der Vortrag des Professors William G. Gregory vom Amerikanischen Museum für Naturgeschichte im Vordergrund des Interesses. Dieser Gelehrte hat schon mehr als einmal die Welt mit erstaunlichen Behauptungen überrascht, und es gibt keinerlei Menschen, die den braven Mann, der nichts anderes als seine Forschungen kennt, des Schwachsinnus beschuldigen.

Dieses Mal stellte Gregory eine ganz neue Entwicklungstheorie des Menschen auf. Er machte die sensationelle Mitteilung, daß der Mensch in genau 500 000 Jahren vollkommen an Saackorden sein werde. Nun werde aber die Welt nicht etwa vollkommen ohne denkende Wesen sein, sondern bis dahin habe der Mensch ihm körperlich und geistig weit überlegene Nachfolger erhalten, die auf die Leistungen der Menschen verächtlich herabsehen. Der Verkehr von Planet zu Planet werde dann bald eine Selbstverständlichkeit sein.

Professor Gregory hat leider nicht verraten, auf welche Weise er zu seiner wunderbarlichen Theorie gekommen ist. Die wie eine Bombe in die Versammlung einschlug.

Alle anderen Vorträge verblieben natürlich vor diesen sensationellen Eröffnungen. So erreichte zum Beispiel die Prognose von Professor Dettling von der Columbia Universität, daß in absehbarer Zeit die Frauen vollkommen behaart sein würden, nicht das Interesse, das diese seltsame Voraussage eigentlich verdient hätte. Professor Dettling hat sogar bereits ein Haar und fertiges Exemplar seiner wie eine Meise behaarten Frau auf einem Koffersalomonäde vorgeführt. Wenn der gelehrte Mann recht mit seinen Prophezeiungen behält, werden die Männer späterer Generationen, die merkmaligweise nicht von der Behaarungsperiode befallen sein sollen, nichts zu lachen haben.

Während diese Prophezeiungen den Zuhörer verblüffen

annuten und ihm einer wissenschaftlichen Tagung als in jeder Weise unwürdig erscheinen, da sie selbstverständlich ernsthafter wissenschaftlicher Prüfung in keiner Weise standhalten können, und nichts anderes als Sensationshabechereien darstellen, können andere Mitteilungen auf der Tagung das Interesse der Welt beanspruchen.

So hielt ein chinesischer Professor, der an der Harvard Universität lehrte, einen Vortrag, in dem er an Hand authentischer Materials nachwies, daß die Chinesen bereits vor mehr als 200 000 Jahren die Zahnreinigungswissenschaft als jetzt bei uns. Der Forscher wies auf Grund alter Schriften nach, daß die Chinesen damals bereits Methoden des Zahnpolierens kannten, die derartig exakt waren, daß man heute vor einem Käsefleck stehen. Als Füllmaterial verwendete man Gold.

Der chinesische Gelehrte verkündete ferner, daß man in Indien bereits vor 200 000 Jahren Betäubungsmittel bei Operationen angewandt habe, die die moderne Wissenschaft bekanntlich erst seit dem Jahre 1847 benutzt. Der chinesische Professor führte aus, es sei noch unerforscht, wodurch es möglich geworden sei, daß man in China selbst diese großen Erfindungen der Wissenschaft vollkommen wieder vergessen habe, obgleich das chinesische Reich nicht, wie die großen Kulturreiche des Westens, untergegangen sei.

Man muß sich nur darüber wundern, wie es möglich ist, daß auf der gleichen Tagung wissenschaftliche Vorträge von höchster Bedeutung und das unheimlichste und kindischste Gerede wie die Lehre von der haarigen Frau oder dem neuen denkenden Lebewesen von der gleichen Hörschaft ohne Protest angehört wurden.

Karl Doh.

„Bettelarm wie ein Maler“

Was Künstler früher verdienten.

Die Künstler befinden sich heute in einer besonderen Notlage, und das alte Wort „bettelarm wie ein Maler“, das eine Zeitlang seine Geltung verloren zu haben schien, besieht heute wieder zu Recht.

Daß es aber den großen Meistern des Mittelalters, was den irdischen Lohn anbelangt, nicht viel besser ging als ihren Nachfahren von heute, das ist eine Tatsache. Die Dr. Kurt Karl Oberlein in einem Aufsatz „Der Künstler als Kunsthandwerker“ im „Pantheon“ hervorhebt. Man besaß in früheren Jahrhunderten den malenden Handwerker, der damals das Künstleramt vertrat, sehr köstlich, oft wie den Handwerker im Zeitalter und nicht pauschal. Doch auch die pauschale Ent-

lohnung war gering, wenn auch nach dem Wohlstand des Landes in verschiedenen Jahrhunderten ganz verschieden.

Erst im 14. und 15. Jahrhundert, als sich der Künstler vom kleinen Handwerker zum kleinen Kaufmann entwickelte und besonders seine Dolmetscher und Kupferstecher selbst vertrieb, als in der italienischen Hochrenaissance eine hohe Wertschätzung der Kunst mit wachsendem Wohlstand Hand in Hand ging, besserten sich die Verhältnisse für die Maler etwas. Im Jahre 1302 erhielten der Maler Cimabue, dessen Gestalt am Anfang der italienischen Kunstgeschichte steht, und sein Gehilfe täglich 18,40 Mark, wobei die Preise stets auf den Stand der Goldmark von 1913 umgerechnet sind. 1304 bekam Giotto vom Papst für fünf Szenen aus dem Christusleben und für ein Bild in Wasserfarben für die Sakristei von St. Peter 14 400 Mark; aber von Privatleuten erhielt er, der doch ein hochberühmter Meister war, für ein Bildnis nur zwischen 72 und 200 Mark. Der Maler Peruzzi empfing für die Campofanto Fresken nur 8 Mark täglich. Fra Angelico, der fromme Ordensbruder, erhielt in Ortole monatlich mit Kost 576 Mark, aber die Vergütung war oft so schlecht, daß z. B. Ghirlandajo im Kloster Saffignana dem bedienenden Klosterbruder die Teller an den Kopf warf und ihn schwer verletzte. Uccello entloß, weil er immer nur Käse bekam, denn er hatte den Speisesettel vorher nicht verbündet, was vorstichtige Maler in den Klöstern taten.

Die Künstler des Mittelalters der Capella S. Maria in Santa Maria del Popolo bekamen 1520 verträglich Brot, Wein, Öl, Salz, monatlich 70,80 Mark, und jährlich ein neues Kleid, und arbeiteten unter diesen Bedingungen vier Jahre lang. Man muß aber bei diesen Honoraren stets bedenken, daß die Künstler die Farben selbst zu stellen hatten; nur die kostbaren, wie Blau und Gold, wurden ihnen meist geliefert. Die Farben waren damals sehr viel teurer als heute, und der Meister mußte auch noch die Gehilfen und die ganze Werkstatt erhalten.

Besonders schlecht dran war der kleine Maler, zumal in Frankreich. Viel teurer als die Bilder waren die Glasmalereien. Im 15. und 16. Jahrhundert wurden in Frankreich Bilder für 2, 4 oder 5 Mark bei Gelegenheitskäufen weggegeben, denn Nachlässe und Verleigerungen brachten ein Ueberangebot. Der mittelalterliche Handwerker verdiente durch seine Malerei auf Schildern, Rannern, Decken und Wappen beinahe ebensoviel wie der bekannte Künstler. Nur ganz wenige Meister brachten es zu Wohlstand, wie Almening, der mehrere Häuser in Brügge besaß, während der ihm ebenbürtige deutsche Maler Stephan Lochner ohne jedes Vermögen im Kölner Hospital starb.

Schiffahrt-Zeitung der Hamburger Börsenhalle

Beilage zum Hamburgischen Correspondenten

Nr. 31

Donnerstag, 19. Januar 1933

203. Jahrgang

Seeschiffsverkehr im Hafen Hamburg

In der Woche von 8. bis 14. Januar 1933 hat der Seeschiffsverkehr einkommend an Zahl und ausgehend zugenommen. Der einkommende Schiffsraum ist zurückgegangen. Es wurden abgefertigt:

Einkommend: 376 Seeschiffe mit 323 127 NRT., dav. bel. 257 Schiffe
Vorwoche: 356 " " 370 045 " " " 256 "
Ausgehend: 379 " " 360 520 " " " 352 "
Vorwoche: 369 " " 344 949 " " " 333 "

Der Küsten- und Wochendampferverkehr war normal. Ferner sind angekommen: aus England 9 Kohlendampfer, 6 Teilladungen mit Kohlen und 5 Dampfer mit Heringen, aus Le. Ingrad 2 Getreideladungen, aus Rotterdam 2 Kollsladungen, aus Portugal und Marokko 2 Stückgutdampfer, aus Spanien eine Ladung Schwefel und Schwefelkies und 2 Dampfer mit Apfelsinen, vom Mittelmeer und vor der Levante 10 Stückgutdampfer und 1 Dampfer mit Apfelsinen, vom Schwarzen Meer 2 Tanker mit Mineralöl und 3 Ladungen Getreide und Futtermittel, von den Kanarischen Inseln 1 Dampfer mit Bananen und Tomaten, aus Afrika 1 Stückgutdampfer, aus Ostindien 4 Stückgutladungen und 2 Tanker mit Mineralölen, aus Ostasien 3 Stückgutdampfer und 2 Ladungen Sojabohnen, aus Australien 2 Stückgutdampfer, aus Nordamerika 16 Stückgutdampfer, aus Mittelamerika und Westindien 2 Stückgutladungen und aus Südamerika 7 Stückgutdampfer und 1 Tanker mit Mineralöl.

Die Zufuhren im einkommenden Güterverkehr hielten sich im Umfang der Vorwoche. Eine Steigerung trat jedoch ein bei Mineralölen (36 000 t), Getreide (50 000 t), Oelsaat (245 000 Sack und 37 000 Bushels), Fischen (52 000 Koll), Futtermitteln (236 000 Sack), Schnittholz (27 000 Stück), Kolonialwaren (137 000 Koll), Mehl (11 000 Sack), Obst und Südfrüchten (354 000 Koll) und Schmalz (68 000 Koll). Schwächer waren die Eingänge bei Kohlen (37 000 t), Düngemitteln (1000 t), Gerbstoffen (30 000 Sack), Gummi (11 000 Koll), Fell und Häuten (108 000 Stück), Holz in Blöcken (1000 Stück), Metallen (20 000 Blöcke), Spinnstoffen (27 000 Ballen) und Tabak (14 000 Ballen). Die Zufuhren von Erzen hielten sich in der Höhe der Vorwoche (21 000 Sack und 2000 t).

Die Einfuhr von Getreide brachte 15 000 t Mais und 29 000 Tonnen Weizen. An Oelfrüchten wurden gelöscht: 119 000 Sack und 37 000 Bushel Sojabohnen, 15 000 Sack Erdnüsse, 14 000 Sack Kopa und 92 000 Sack Leinsaat. Die Fischzufuhren bestanden aus 43 000 Kisten frischen Heringen, 2000 Fässern Salzheringen und 6000 Ballen getrockneten Fischen. Die Futtermittelsendungen ergaben 19 000 Sack Fischmehl, 48 000 Sack Futtermehl, 26 000 Sack Kleie und 145 000 Sack Oelkuchen.

Bei den Kolonialwaren stiegen die Zufuhren von Kaffee auf 38 000 Sack, Kakao auf 24 000 Sack und Rosinen auf 31 000 Koll. Schwächer war die Reiseinfuhr mit 36 000 Sack. Die Metalleingänge beliefen sich auf 15 000 Blöcke Kupfer, 3000 Blöcke Zink. Die Zufuhren von Obst und Südfrüchten ergaben 152 000 Koll Äpfel, 166 000 Koll Apfelsinen, 5000 Koll Bananen und 25 000 Kisten Zitronen. An Spinnstoffen gingen ein: 6000 Ballen Baumwolle, 12 000 Ballen Jute und 8000 Ballen Wolle.

Kollision im Kaiser Wilhelm-Kanal

MS. Karl—D. Erika Fritzen.

F. Das Seeamt Flensburg verhandelte am 17. Januar unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat a. D. Bartels, Protokollführer; Büroinspektor Rathje und Reichskommissar; Konteradmiral a. D. Reclam, über den Zusammenstoß des deutschen Motorseglers Karl, Unterscheidungssignal RGKQ, Kapitän und Eisner Johannes Steffens, mit dem deutschen Dampfer Erika Fritzen, KORN, Kapitän Fr. Dewoldt, am 14. April 1932, bei km 32,5 im Kaiser Wilhelm-Kanal.

Der in Hamburg beheimatete MS. Karl befand sich mit einer Ladung Gerste auf der Reise von Hamburg nach Horsens. Um 4,35 Uhr trat Karl die Reise ostwärts an. Vor ihm befand sich der Weichendampfer Erika Fritzen. Da Karl den langsamer fahrenden Dampfer gern überholen wollte, gab er zweimal das Ueberholungssignal, das aber vom Dampfer nicht beantwortet wurde. Trotzdem versuchte Karl mit erhöhter Fahrgeschwindigkeit, wurde aber, als er näher kam, vom Sog des Erika Fritzen erfasst, stieß mit seinem Klüverbaum gegen das Heck des Dampfers, brach den Baum, darauf den Vordersteven in der Wasserlinie und erlitt an beiden Seiten Bugplattenschaden. Der Zusammenstoß fand um 7,20 Uhr statt.

Der Reichskommissar führte u. a. aus: Die Schuld an dem Zusammenstoß trifft den MS. Karl, weil er sich nicht vorher mit dem Erika Fritzen verständigt hat. Erika Fritzen hat die Erlaubnis zum Ueberholen erst vor der Weiche Fischerhütte geben wollen. Dem Dampfer Erika Fritzen könne keinerlei Schuld beigemessen werden.

Das Seeamt gab darauf folgenden Spruch ab:

Am 14. April 1932 ist der MS. Karl mit dem Dampfer Erika Fritzen im Kaiser Wilhelm-Kanal zusammengestoßen. Der Zusammenstoß ist dadurch verursacht, daß der Kapitän des Karl, verleitet durch ein von ihm beobachtetes, tatsächlich aber vom Lotsen des Erika Fritzen nicht gegebenes Winksignal, den Versuch machte, das Weichenschiff ohne vorausgegangene Verständigung

zu überholen, und dabei in den Sog des großen tiefergehenden Dampfers geriet. Ein Verschulden soll den beiden Schiffsführern nicht zur Last gelegt werden.

Die vielen Schiffsbrände im Jahre 1932

Die großen Risiken der Assekuradeure

In der Jahresübersicht über das Seeverversicherungsgeschäft im Jahre 1932 schreibt ein englischer Assekuradeur, daß die Schiffsbrände z. Zt. zu den größten Risiken der Assekuradeure gehören, dabei war der Rückblick geschrieben, bevor das große Brandunglück auf dem französischen Passagierdampfer „L'Atlantique“ passierte und auf dem französischen Passagierdampfer „France“, durch Ausbruch eines Feuers nicht unerheblicher Schaden entstanden war. Durch diese beiden letzten Brände und besonders durch den konstruktiven Totalverlust des Dampfers „L'Atlantique“ wird die Behauptung des genannten Assekuradeurs zweifellos als durchaus richtig bestätigt.

Sieht man sich die lange Liste der schweren Feuerschäden an Bord von Schiffen im Jahre 1932 an, so findet man dort als erstes den Totalverlust des im Jahre 1930 erbauten, 17359 Reg.-Tons vermessenen französischen Passagierdampfers „Georges Philippart“, der auf offener See total ausbrannte, wobei auch eine ganze Reihe von Menschenleben verloren gingen. Darauf folgte das holländische Motorschiff „Pieter Corneliszoon Hooft“, 1925 erbaut und 14 729 Reg.-Tons groß, und ferner der 1911 erbaute 6350 Br.-Reg.-Tons große britische Tankdampfer „Saragossa“, der auf der Reise vom südlichen Eismeer mit einer Ladung Walöl im März 1932 auf 62 Gr. S 56 Gr. W. von der Besatzung verlassen werden mußte. Das Schiff war angeblich mit 80 000 £ und die Ladung mit ca. 90 000 £ versichert.

Ferner waren eine ganze Reihe schwerer Feuerschäden auf Schiffen zu verzeichnen, die sich noch im Bau befanden bzw. die zur Reparatur oder Ueberholung im Dock lagen. U. a. auf dem Tankdampfer „Cymbeline“, der mit schweren Bodenschäden nach Grundstoß bei Anticosti, in Montreal gedockt wurde und dort in Brand geriet. Der in Newport News im Bau befindliche Dampfer Segovia ging durch Feuer total verloren. Das in Amsterdam im Bau befindliche norwegische Motorschiff Moldanger und der in Nakkov im Bau befindliche Tankdampfer Nr. 48 wurden beide durch Feuer schwer beschädigt. Das amerikanische Motorschiff Muncove hatte, in Norfolk im Dock, Feuer im Maschinenraum und der französische Dampfer Azay-le-Rideau erlitt schweren Feuerschaden im Trockendock in Marseille. Der britische Dampfer Oregon Star hatte im Hafen von Hebburn ein erstes Feuer an Bord. — In anderen Fällen brach Feuer aus wenn sich das Schiff im Hafen oder nicht weit von einem Hafen befand, den es ohne viel Zeitverlust erreichen konnte, meistens handelte es sich in diesen Fällen um erhebliche Ladungsschäden. So ging z. B. der Dampfer Alameda in Seattle total verloren. Bedeutende Schäden entstanden ferner auf dem Dampfer Port Fremantle in Wellington, auf dem Motorschiff Winton in Hull, dem deutschen Dampfer Argenta in Malta, dem holländischen Dampfer Serooskerk in Shanghai, dem britischen Dampfer Yoma in Marseille und auf dem schwedischen Motorschiff Sveadrott auf der Themse.

Allein der Verlust des „Georges Philippart“ und des „Pieter Corneliszoon Hooft“ brachten den Assekuradeuren größere Verluste als am Schluß des Jahres 1931. Der Verlust des britischen Dampfers Bermuda, hinzu kamen dann aber noch die übrigen schweren Feuerschäden im Jahre 1932, so daß die Assekuradeure unbedingt schlechter abgeschlossen haben wie im Jahre 1931.

Tschechischer Elbeschiffahrtsprotektionismus

Zu der Meldung Berliner Blätter über Verletzungen der Elbeakte durch die Tschechoslowakei erfährt das „Prager Tageblatt“ aus maßgebenden Prager Kreisen, daß bisher weder bei den Prager Regierungsstellen noch bei der Elbekommission eine Beschwerde der Reichsregierung eingegangen sei. Die Tschechoslowakei sei seit jeher bestrebt, die Elbeakte strikt einzuhalten und befolge streng den Grundsatz, daß Ausladen und Einlagerung keinem fremden Schiff verweigert werden dürfen. Sollte sich daher ergeben, daß diese Beschwerden insofern sie sich auf die Schiffahrt beziehen, der Wahrheit entsprechen, so wären sie begründet, weil darin eine Verletzung der Elbeakte enthalten wäre. Die Beschwerden wegen der Handhabung der Devisenbestimmungen oder Erstellung von Eisenbahnumschlagtarifen hingen mit der Schiffahrt nicht zusammen und fielen deshalb nicht unter die Elbeakte, weil sie die Ware zu einem Zeitpunkt treffen, wo sie bereits ausgeladen oder einelagert sei, also sich bereits im Inland befände. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß vielleicht ein Zollmann in falscher Auffassung der Bestimmungen im Sinne der Devisenvorschriften noch vor der Einlagerung vorgegangen sei. Ein solcher Fall sei allerdings bisher nicht bekannt geworden und auch von deutscher Seite sei eine solche Beschwerde nicht eingelaufen.

Dazu wird von deutscher rechtskundiger Seite mitgeteilt: Die deutschen Kreise der Elbeschiffahrt haben in der letzten Zeit in der Presse mehrfach Klage darüber geführt, daß von tschechoslowakischer Seite die international verbürgte Parität der Elbeschiffahrt zugunsten der tschechoslowakischen Elbeschiffahrtsgesellschaft einseitig durchbrochen worden ist. Die Tschechoslowakei bedient sich dazu eisenbahntarifischer und devisenpolitischer Bevorzugung solcher Waren, die mit Schiffen der genannten

Staatsreederei befördert werden. Die Tschechoslowakei setzt sich damit in Gegensatz zu dem internationalen Verkehrsrecht.

In Artikel 4 des Internationalen Eisenbahnstatuts verpflichten sich die Vertragsstaaten, dem internationalen Verkehr angemessene Erleichterungen zu gewähren und sich jeder unterschiedlichen Behandlung zu enthalten, die ein Uebelwollen gegen die anderen Vertragsstaaten, gegen ihre Staatsangehörigen oder gegen ihre Schiffe darstellen könnte.

In Artikel 20 desselben Dokuments ist die gleiche Verpflichtung in Bezug auf die Eisenbahntarife ausdrücklich wiederholt. Im Zeichnungsprotokoll zu diesem Staatsvertrage ist festgelegt, daß jede Verschiedenheit in der Behandlung der Flaggen als unterschiedliche Behandlung angesehen wird, die ein Uebelwollen im Sinne des Artikels 4 und 20 des Statuts darstellt.

Die gleiche Verpflichtung mit der gleichen authentischen Interpretation des Uebelwollens findet sich im Internationalen Seehafen-Statut. Diese beiden Verträge bringen einen Rechtsgrundsatz zum Ausdruck der als Grundlage des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen zivilisierten Staaten unentbehrlich und allgemein anerkannt ist.

Auch der Umweg über die Devisenbewirtschaftung muß als mit solchen internationalen Verpflichtungen unvereinbar bezeichnet werden.

Radioverkehr über Norddeich

am 19. und 20. Januar.

Ueber Norddeich-Radio können die nachstehenden Seeschiffe an diesen beiden Tagen erreicht werden:

a) telegraphisch:

Adolph von Baeyer, Albert Ballin, Arucas, Arundel Castle, Balmoral Castle, Baloran, Berengaria, Berlin, Bremen, Britannic, Cap Arcona, Carl Legien, Carnarvon Castle, Carthage, Cathay, Chitral, Christ. Huygens, City of Baltimore, City of Havre, City of Newport News, Coblenz, Columbus, Corfu, Champlain, Dempo, Deutschland, Duchess of Atholl, Duchess of York, Duilio, Edinburgh Castle, Europa, Flandria, Franconia, Frida Horn, Georgie, General Artigas, General San Martin, Hamburg, Heinz Horn, Homeric, Indrapoera, Ingrid Horn, Kaiser-i-Hind, Kenilworth Castle, Lafayette, Leverkusen, Leviathan, Manhattan, Madrid, Maloja, Milwaukee, Mimi Horn, Mongolia, Monte Olivia, Monte Pascoal, Mooltan, Nalders, Narkunda, New York, Niassa, Oakland, Orama, Ormonde, Oronessy, Orotova, Orinoco, Orsova, Otranto, Paris, Pres. Adams, Pres. Cleveland, Pres. Garfield, Pres. Harding, Pres. Harrison, Pres. Hayes, Pres. Lincoln, Pres. Monroe, Pres. Pierce, Pres. Poik, Pres. Roosevelt, Pres. Taft, Pres. van Buren, Pres. Coolidge, Pres. Hoover, Rajputana, Rangitane, Rangitata, Ranpara, Rawalpindi, Reliance, Rio Panuco, Rochambeau, San Francisco, Saarbrücken, Sibajak, Sierra Salvada, Strathaird, Stuttgart, Tacoma, Trier, Ubena, Usambara, Usaromo, Victoria, Wahehe, Waldtraut Horn, Warwick Castle, Winchester Castle, Windsor Castle;

b) telephonisch:

Albert Ballin, Bremen, Cap Arcona, Columbus, Deutschland, Europa, New York, Resolute.

Schiffs-Unfälle

Koefia, ital. D. London, 17. Januar, ist in der letzten Nacht in der Nähe von Oran gesunken. Die Besatzung ist gerettet.

Oud-Beyerland, holl. Motorschiff, London, 17. Januar, ist auf der Themse mit einem anderen Fahrzeug in Kollision gewesen und am Steuerbord beschädigt worden.

Ceylon, schwed. D. Bombay, 16. Januar hat auf seiner Reise nach Karachi einen Schraubenflügel verloren. Das Schiff geht in Karachi ins Dock.

Grona, norw. D. Bergen, 11. Januar, von Vlaardingen nach Wabana, hat während der Reise sehr schlechtes Wetter gehabt, so daß sich die Ankunft des Schiffes um zehn Tage verzögern wird. Das Schiff wird am 14. Januar in Wabana erwartet.

Evandros, griech. D., o. Kiel, 18. Januar, von Poti nach Königsberg i. Pr. mit 1355 t Erben und Linsen und weiter nach Porsgrund mit 3800 t Magnesierzug, ist gestern mittag in dichtem Schneetreiben bei der Markelder Huk auf der Insel Fehmarn an Grund geraten. Beim Versuch, mit eigener Kraft wieder vom Grund freizukommen, ist die Welle gebrochen. Die in Kiel auf Station liegenden Bergungsdampfer Stein und Jason liefen nach der Unfallstelle aus und boten ihre Hilfe an. Inzwischen hatte der Kapitän an Lloyd's Agenten in Kiel telegraphiert und ihre Assistenten erbeten. Da sich das Schiff in hilflosem Zustand befand, wurde dem Kapitän empfohlen, Bergungshilfe anzunehmen. Es wurde Bergungskontrakt auf Lloyd's Form geschlossen und der Dampfer heute morgen nach Holtuna Reede eingeschleppt, wo das Schiff zunächst von Sachverständigen zwecks Anordnung der weiteren Maßnahmen besichtigt werden soll.

Cuxhaven

Audliche telegraphische Schiffsmeldungen.

Angekommen, 18. Januar.

Uhr von
10,10 Neptun, Fd., Carsten Rehder, Cuxhaven
10,30 Eddie Maersk, D., Carsten Rehder, See
10,50 Paludina, TD, E. Th. Lind, See
12,15 Cliona, TD, E. Th. Lind, Westindien
— Hermia, D., Ernst Ruß, London
14,30 Magdalena, D., Hanag, Westindien
14,50 Sarpion, D., Rob. M. Sloman jr., Spanien
14,50 Anatolia, D., Rob. M. Sloman jr., Brasilien
14,45 Capella, St., Bugzier, See
15,10 Taucher Wulf, See
Eingekommen: 12,55 Fd. Volkswohl, 13,20 Fd. Karpfänger, 14,05 Fd. Johannes Hinrich, 14,10 Fd. Kassel, 14,50 Fd. J. F. Schröder, 15,00 Bd. Adler, 15,10 Fd. Simon von Utrecht

In See gegangen, 18. Januar.

Uhr nach
10,10 Andros, D., Dt. Seefr. Ktr., Schwarzes Meer
10,30 Wagrien, D., Rob. Bornhofen, See
10,30 Diana, D., Rob. M. Sloman jr., Norwegen
10,45 Presid. Roosevelt, D., Un. St. L., Nordamerika
10,50 Steigerwald, D., C. Wohlenberg, Südamerika
11,20 Sirius, Schl., Nordd. Lloyd, Bremerhaven
12,15 Clara Blumenfeld, D., B. Blumenfeld, England
12,55 Otterhound, D., Carl F. Peters, See
15,05 Estaburg, Fd., Nordsee
15,05 Dr. Carl Melchior, Fd., Nordsee
15,10 British Pluck, D., Rob. M. Sloman jr., Engl.

14,20 Idomeneus, D., Meyer & Co., See Nordsee
15,10 Irma, Fd., C. Andersen, Nordsee
Wind: SO, 4. d. Nebel. Sichtweite: ca. 1000 m. Bar.: 704,8. Therm.: -2,4 Gr. C.

Kaiser Wilhelm-Kanal-Verkehr

In den Kanälen einlaufen:

Holtuna, 18. Januar.

Uhr von
9,52 Irma, MS., Heitmann, von Kiel
11,20 Kornhaus 4, MS., Hoit, von Stettin
Bransittelkoop, 18. Januar.
Aus dem Kanal auslaufen nach Hamburg:
11,50 Gertrud, D., L. F. Mathies & Co., Gothenburg
15,45 Startak, D., Deruta, Leningrad
Wind: SO, 3. bedeckt, leichter Nebel. Sichtweite: 1 Sm. Bar.: 755,8. Therm.: -2,0 Gr. C.

Telegraphische Schiffsmeldungen.

Norddeutscher Lloyd, Bremen. (Vertr.: Nordd. Lloyd Frachtkontor Hamburg G. m. b. H. — Passagedienst: Wilhelm Lazarus Hamburg.)
Akka, D., rückk., 16/1 in Samos
Apollonia, D., 16/1 Gibraltar n. n. Rotterdam
Columbus, D., 17/1 von Havana n. New York
Havel, D., rückk., 17/1 von Kobe n. Tsingtau
Imar, D., 17/1 Ouessant n. n. Südafrika
Justin, D., 18/1 von Vlissingen n. Vancouver
Los Angeles, D., 17/1 Vlissingen n. n. Rotterdam
Rio Panuco, D., 17/1 von Boulogne n. Southampton

Riol, D., 16/1 von New Orleans n. Bremen
Schwaben, D., 17/1 in Antwerpen
Trier, D., rückk., 17/1 von Manila n. Singapur
Wiegand, D., 17/1 Bishop Rock n. n. Bremen
Holland—Amerika Lijn. (Gen. Vertr.: Pha v. Ormonde G. m. b. H. Hamburg.)
Veendam, D., 17/1 in New York
Damsterdijk, D., 16/1 in Cristobal
Lochmonar, D., 15/1 von Portland n. Rotterdam
Holland—West-Afrika Lijn. (Hies. Vertr.: Axel Dahlström & Co.)
Amsterkerk, D., 16/1 Ouessant p.
Java—New York Lijn.
Laertes, D., 16/1 Gibraltar n. n. Java
Kon. Ned. Stoomboot Mij. (Hies. Vertr.: Axel Dahlström & Co. und Post & Körner.)
Columbia, D., 15/1 Lands End n. n. Barbados
Rotterdam—Zuid-Amerika Lijn. (Hies. Vertr.: Axel Dahlström & Co.)
Alycon, D., 16/1 Ouessant n.
Stoomvaart Mij. Oceanic. (Hies. Vertr.: Meyer & Co's Schiff-Ges.)
Laomedon, D., 17/1 in Port Said
Myrmidon, D., 17/1 von Belawan

See-Schiffsverkehr

Angekommene Schiffe.

18. Januar:

Walt L. M. Ruß, D., Noack, v. Mantvuoto. Ruß, 75
Else Müller, D., Soltau, v. Iumingham. Schoonbeck, Altona, Müller.

Hanan, D., Butz, v. Bremen. D. Seefr. Kontor, Waltersb. Hafen
Lahn, D., Minssen, v. Dairen. Sloman, 76
J. H. Senior, MS., Schultze, v. See (Havarie), Warried T. R., Rhsitz Werft
Memphis, D., Laurensen, v. Bristol. Fuhrmann, 40
Presidente Gomez, MS., Lötzerl, v. Carlagona, Knöhr & B. 35
Gertrud, D., Schmidt, v. Gothenburg. Mathies, Kirch. Hafen
Eddie Maersk, D., Christensen, v. Dänemark. Rehder, SS. Hafen
Paludina, D., Evans, v. Curacao. Lind. Bub. Ufer

Abgegangene Schiffe.

18. Januar:

British Pluck, TMS., Read, n. See. Sloman
Hans, MS., Kings, n. See. Klaw & K.
Marie Eleonore, MS., Oelrich, n. See. Klaw & K.
Alfred, MS., Schütt, n. See. Thode
Wohlfahrt, MS., G. Herberich, n. See.
Idomeneus, MS., Stewart, n. Australien. Meyer Co.
Helmut, MS., Dreyer, n. See. Goltermann
Amazone, MS., Kähler, n. See. Rehder
Achim Griess, MS., Weers, n. See. Reuß & H.
Jonni Wilhelmine, MS., Hazenah, n. See. Goltermann
Amanda, MS., Schlichting, n. See. Thode
Kong Trygve, D., Gerner, n. Norwegen. Sloman jr.
Greif, D., Dietrich, n. Hull. Fuhrmann
Ponzano, MS., Gou'd, n. London. Suhr & G.
Blumenau, D., Andreasen, n. See. Richter
City of Cambridge, D., Melville, n. Hull. Meyer Co.
Gothland, D., Waddell, n. Leith. H. & v. E.

Hamburgische Börsen-Halle

Helfestes und größtes Hamburger Handels-, Börse- und Schiffsblatt
Handelszeitung des Hamburgischen Correspondenten

Nr 31

Donnerstag, 19. Januar 1933

Morgen-Ausgabe

Umstrittene amerikanische Kohleneinfuhr-Steuer

Eine Belastungsprobe im Außenhandel mit U. S. A.

In den handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist im Zusammenhang mit dem letzten Staatssteuergesetz von 1932 eine Frage aufgetaucht, die über den vorliegenden Einzelfall hinaus grundsätzliche Bedeutung für das Handelsvertragsverhältnis der beiden Länder zueinander hat. Der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband veröffentlichte soeben eine interessante Darstellung der Vorgänge, die zu den Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Washington geführt haben und nimmt darüber hinaus auch kritisch Stellung zu den Belastungen, denen die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten seit geraumer Zeit ausgesetzt sind.

Das amerikanische Steuergesetz von 1932 bestimmt in Abschnitt 601c Ziffer V, daß Kohle, aus Koble gewonnener Koks und Briketts aus Koble oder Koks bei ihrer Einfuhr in die Vereinigten Staaten mit einer Steuer von 10 Cents pro 100 Pfund belegt werden sollen. Abgesehen von dem einschränkenden Zusatz zu dieser Position, daß die Steuer auf die Einfuhr von Koble usw. aus solchen Ländern nicht zur Anwendung gelangen soll, die ihrerseits während des voraufgegangenen Kalenderjahres mengenmäßig mehr Koble und Erzeugnisse daraus aus den Vereinigten Staaten beziehen, als umgekehrt dorthin exportiert werden, bestimmt das Einkommensteuergesetz generell, daß die durch Unterabschnitt c von Abschnitt 601 vorgesehenen Steuern und Zölle — zu denen auch die Steuern auf Koble, Koks und Briketts gehören — nur dann erhoben werden können, wenn Bestimmungen in Verträgen der Vereinigten Staaten nicht entgegenstehen. Als bald nach Inkrafttreten des amerik. Staatssteuergesetzes von 1932 wurde festgestellt, daß Kanada aus den Vereinigten Staaten größere Mengen Koble bezieht, als es in die Vereinigten Staaten einführt. Gemäß der vorerwähnten Klausel des Steuergesetzes wurde von der Erhebung der Kohlen-Steuer gegenüber der Einfuhr aus Kanada abgesehen. Wie nicht anders zu erwarten und wie es auch selbstverständlich war, verlangte daraufhin die deutsche Regierung unter Berufung auf den u. a. die Zusicherung der uneingeschränkten Meistbegünstigung enthaltenden Artikel 7 des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages ebenfalls die Freistellung deutscher Einfuhr an Koble von dem genannten Zoll von 10 Cents pro 100 Pfund. In der Tat führten diese Vorstellungen zu einem Erlaß des amerikanischen Schatzamtes vom 14. November 1932, wonach solange als Koble von Kanada oder irgendeinem anderen Lande von der Einfuhrsteuer befreit bleibe, auch die deutsche Kohleneinfuhr von dieser Steuer befreit bleiben soll.

Kurze Zeit darauf trat der bekannte Hochschützöller Senator Reed von Pennsylvania auf, wandte sich an den Präsidenten Hoover, indem er gegen diese Entscheidung des Schatzamtes Einspruch erhob. Es fand eine Konferenz im Weißen Hause zwischen Odgen L. Mills, dem Schatzamtssekretär, und Henry L. Stimson, dem amerikanischen Außenminister, statt. Senator Reed war in Begleitung des Direktors des Anthracite-Instituts in New York. Reed begründete seinen Einspruch damit, daß er behaupte, daß der Schatzamtssekretär mit dem Erlaß vom 14. November gegen das Gesetz verstoßen hätte, und er verlangte, daß die Frage der Steuerbefreiung für deutsche Koble dem Attorney General zur Entscheidung vorgelegt werden müsse. Der Attorney General hat daraufhin dem Ersuchen zwar stattgegeben, ohne jedoch eine positive Haltung einzunehmen. In der von ihm bekannt gegebenen „opinion“ lehnt der Attorney General es grundsätzlich ab, über den Fall zu entscheiden, sondern verweist die Importeure an den United States Customs Court. Diese Haltung des Attorney General veranlaßte das Schatzamt unmittelbar darauf — und ganz entgegen seiner ursprünglichen Entscheidung — an die amerikanischen Zollkollektoren die Anweisung zu erteilen, daß die im Steuergesetz von 1932 vorgesehene Steuer auf Koble auf die deutsche Einfuhr wieder anzuwenden ist.

Die Gründe, auf die Senator Reed seinen Protest und seine Behauptung, daß das Schatzamt mit seinem Erlaß vom 14. November gegen das Gesetz verstoßen hätte gestützt hat, liegen, wie sich zu allgemeinem Erstaunen jetzt herausstellt, nicht etwa in einer abweichenden Auslegung der im deutsch-amerikanischen Handelsvertrag festgelegten Meistbegünstigungsklausel, vielmehr begründet sich das Verlangen des Senators Reed nach Besteuerung der deutschen Kohleneinfuhr auf die Bestimmung im amerikanischen Zollverwaltungsgesetz von 1930, die vielleicht nicht allgemein bekannt ist. Es handelt sich um den Abschnitt 502b, der folgenden Wortlaut hat: b) Aufhebung von Anweisungen des Schatzamtssekretärs. Eine einmal von dem Schatzamtssekretär erlassene Anweisung oder Entscheidung, die einer Auslegung zu einem die Auflegung von Zöllen betreffenden Gesetze gilt, darf von demselben oder einem späteren Sekretär nicht aufgehoben oder in einem den Vereinigten Staaten nachteiligen Sinne geändert werden; es sei denn in Uebereinstimmung mit einer empfehlenden Stellungnahme des Attorney General oder einer endgültigen Entscheidung des Customs Court der Vereinigten Staaten. — Nach Ansicht des genannten Senators hat das Schatzamt mit dem Erlaß vom 14. November 1932 sich in Widerspruch zu einer früheren Entscheidung gesetzt.

Wenn es, wie festgestellt, nicht eine Frage der Auslegung der Meistbegünstigungsklausel gewesen ist, die zu der vorstehend geschilderten Sachlage und zu der Wiedererhebung der Steuer auf die deutsche Kohleneinfuhr geführt hat, sondern die Berufung auf eine Bestimmung des administrativen Teiles des internen Zollgesetzes der Vereinigten Staaten, so muß hierzu zunächst einmal grundsätzlich und mit Nachdruck betont werden, daß selbstverständlich internationales Vertragsrecht über dem internen Zollrecht steht. Was immer auch das Zollgericht der Vereinigten Staaten in dem vorliegenden Falle entscheiden mag — es ist eine Entscheidung, die nur die innere Verwaltung der Vereinigten Staaten betrifft und ansieht, und die ohne Einfluß auf die Auslegung und Anwendung von Bestimmungen zu bleiben hat, die die Vereinigten Staaten in einem internationalen Verträge anerkannt und unterschrieben haben.

Die Aufrollung der Frage der Kohleneinfuhrbesteuerung ist noch aus einem anderen Grunde sehr interessant geworden. Durch die ursprüngliche Befreiung der kanadischen Kohleneinfuhr auf Grund der Bestimmungen in Abschnitt 601 des amerikanischen Einkommensteuergesetzes ist ein handelspolitisches Moment in Erscheinung getreten, das in den letzten Monaten vielfach erörtert worden ist, nämlich der Begriff der sogenannten „Mengen- Reziprozität“. Dieser Begriff ist der Ausdruck für die handelspolitische These eines Lande Meistbegünstigung solange zu gewähren, wie es von dem gebenden Lande soviel oder solche vertraglich festgesetzten Mengen abnimmt, wie ersteres von anderen Lande bezieht. Der Annex zu der Kohlensteuer-Position im amerikanischen Steuergesetz

von 1932 legt in gewissem Sinne die Grundlage für die Anwendung des handelspolitischen Prinzips der „Mengen-Reziprozität“ und schafft damit, zum mindesten für die Vereinigten Staaten, eine neue Form der Meistbegünstigung. Der Grundsatz, Meistbegünstigung auf der Basis dieser „Mengen-Reziprozität“ zu gewähren, hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem seit langem und auch im letzten Zolltarifgesetz der Vereinigten Staaten wieder bei verschiedenen Positionen vorgesehenen reziproken Zöllen. Diese besonderen Zollbestimmungen stellen einen handelspolitischen Grundsatz auf, den man zutreffend wohl mit dem Begriff einer „Zollsatz-Reziprozität“ bezeichnen kann. Diese in etwa einem halben Dutzend Fällen vorgesehenen reziproken Zölle sind ein Ueberbleibsel des alten amerikanischen Reziprozitäts-Systems, das durch die organische Entwicklung der Handelspolitik der Industriestaaten eigentlich als überholt angesehen werden kann; sie haben heute keinen Platz mehr in dem neuzeitlichen System der Meistbegünstigung. Gerade hinsichtlich dieser Zölle muß es

eigenartig berühren, daß Deutschland und zahlreiche andere Länder sich jahrelang mit ihrer Erhebung abgefunden haben, obwohl sie den Amerikanern so ziemlich auf der ganzen Linie restlos und ohne die Durchsetzung auch nur geringer Gegenleistungen zu erzielen, die Meistbegünstigung eingeräumt haben. Die letzten hier eingetroffenen Ausgaben der Entscheidungen des amerikanischen Schatzamtes enthalten auf zahlreichen Seiten Zusammenfassungen von solchen reziproken Zollsätzen, die gegenüber Frankreich, Kanada und anderen Ländern in Kraft gesetzt worden sind.

Wenn es zu Verhandlungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten über einen neuen Handelsvertrag kommen wird, dürfte es eine der zwar schwierigen aber sehr bedeutungsvollen Aufgaben unserer zuständigen Stellen sein, die Ungewisheiten zu beseitigen, mit denen die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen insbesondere durch die Sonderzölle des amerikanischen Zolltarifs, wie die reziproken Zölle, die sog. countervailing duties, die Antidumpingzölle u. a., seit langem belastet sind.

Gefährdete RWE—Rheinische Braunkohlen-Transaktion

Generaldirektor Dr. Voegler legt sein Aufsichtsratsmandat nieder

In Kreisen der westdeutschen Industrie scheint sich der Eindruck zu verstärken, als ob der Zusammenbruch, die nach der Interessennahme des R. W. E. an der Rheinischen Braunkohle zwischen beiden Gesellschaften geplant ist, zunächst noch ernstliche Schwierigkeiten entgegensteht. Das Angebot, das vom R. W. E. in der Aufsichtsratsitzung der Rheinischen Braunkohle unterbreitet worden ist und eine mit mindestens 12% garantierte Dividende für die außenstehenden Braunkohle-Aktionäre sowie eine Übernahme der Braunkohle-Aktien zum Kurse von 200% vorsieht, ist vom Aufsichtsrat der Rheinischen Braunkohle noch nicht akzeptiert worden. Man setzt sich in Verwaltungskreisen dieser Gesellschaft dafür ein, daß die Entschädigung für das noch freie Aktienkapital günstiger ausfällt, vor allem im Hinblick auf die Besserstellung der großen Verkäufergruppen.

Besonders scharfe Kritik an der Transaktion R. W. E.—Braunkohle soll, offenbar aus kommunalen Besorgnissen, von der Kölner Stadtverwaltung, die ja durch Oberbürgermeister Dr. Adenauer im Aufsichtsrat der Rheinischen Braunkohle vertreten ist, geübt worden sein. Beim R. W. E. hält man das Angebot an die Braunkohle allem Anschein nach für günstig genug, wohl auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß beim Kauf großer Aktienpakete, wie von Flick und Thyssen, meist bessere Bedingungen gewährt werden müssen.

Wie es heißt, wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß das R. W. E. sein Angebot zurückziehen und so der vorgesehene Interessengemeinschaftsvertrag nicht zustande kommen wird. Es erscheint jedoch nicht möglich, über das zukünftige Verhältnis der beiden Unternehmen zueinander Voraussetzungen zu machen, bevor neue Verhandlungen zwischen den Verwaltungen von R. W. E. und Rheinische Braunkohle stattgefunden haben. Deshalb ist es wohl noch nicht an der Zeit, schon Erörterungen darüber anzustellen, ob es zu einer Machprobe kommen wird. Man wird erst abwarten müssen, ob sich nicht doch noch eine freundschaftliche Regelung treffen läßt.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verwaltungen des R. W. E. und der Rheinische Braunkohle AG. haben jetzt dazu geführt, daß Generaldirektor Dr. Voegler, der Aufsichtsratsvorsitzende des RWE, sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied bei der Rheinischen Braunkohle zur Verfügung gestellt hat. Es wird angenommen, daß dieser Schritt erfolgt ist, um bei den kommenden Verhandlungen Interessen-Kollisionen zu vermeiden.

Gegensätze zwischen Dr. Voegler und der Gruppe Silverberg sollen aber, wie uns versichert wird, nicht bestehen, so daß Vermutungen, die den Schritt Voeglers in dieser Richtung deuten, unbegründet sind.

Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß Dr. Voegler sein

Aufsichtsratsmandat bei der Rheinischen Braunkohle zur Verfügung gestellt hat, ist angenommen worden, daß Dr. Voegler auch den Aufsichtsratsvorsitz bei der A. G. Charlottenhütte niederlegen werde. Wie WTB-Handelsdienst hierzu erfährt, ist mit einem derartigen Schritt Dr. Voeglers wohl kaum zu rechnen.

Die letzte Aufsichtsratsitzung der Rheinischen Braunkohle A. G. verlief keineswegs so friedlich, wie es den Anschein hatte. Eine heftige Opposition wurde von Dr. Adenauer betrieben, weil ein weiteres Großunternehmen der Stadt Köln verloren geht. Bekanntlich sind schon viele Kölner Betriebe ins Ruhrgebiet abgewandert. Die Gefahr bestand jetzt, daß auch die Rheinische Braunkohle ihr Schwergewicht nach Essen verlegen würde. Selbstverständlich dürfen diese lokalen Beweggründe nicht ausschlaggebend für große allgemeinerwirtschaftliche Projekte sein. Immerhin bewirkten sie aber bei Direktor Voegler eine starke Verstimmung. Wenn dies auch nicht für seinen Austritt entscheidend war, so dürfte es doch ein Grund mit gewesen sein, sein Aufsichtsratsmandat niederzulegen. Den Hauptanlaß bildete jedoch seine Zwitterstellung, die dadurch gegeben war, daß er sowohl im Aufsichtsrat des RWE, wie auch der Rheinischen Braunkohle saß.

I. G. Farben und Gelsenkirchen-Paket

Im Zusammenhang mit den Kombinationen an der heutigen Börse, die sich an das Dementi der I. G. Farbenindustrie knüpfen, erfährt der Berliner Börsen-Courier auf Anfrage von der Verwaltung der I. G. Farbenindustrie zu den Gerüchten über ein Angebot der I. G. Farben auf den Reichsbesitz an Gelsenkirchen: „Die Mittwoch vormittag von I. G. Farben abgegebene Erklärung, daß auf das genannte Paket weder von der I. G. noch von Rhein Stahl ein Angebot abgegeben worden sei, und daß auch bei beiden Stellen keine Absicht des Erwerbs bestünde, bezieht sich nicht nur auf die I. G. Farbenindustrie AG. und Rhein Stahl, sondern auch auf Riebeck Montan und alle anderen zum Konzern gehörigen Firmen.“

Der Berliner Börsen-Courier bemerkt dazu weiter: An diesem Erwerb besteht für die I. G. Farbenindustrie auch kein geschäftliches Interesse, da die Rohstoffbasis der Firma durch den derzeitigen Braunkohlen- und Steinkohlenbesitz genügend gesichert ist. Der Verwaltung der I. G. liegt auch grundsätzlich eine Expansions-Tendenz, die in einer Entwicklung dieser Art zum Ausdruck käme, fern. Die Einstellung des I. G. Farben-Konzerns zu der ganzen Angelegenheit wird am besten durch die Äußerung charakterisiert, die ein maßgebliches Vorstandsmitglied dem Blatt in diesem Zusammenhang machte: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister.“

Gegen den Butterbeimischungszwang

Harburg-Wilhelmsburger Handelskammer erbittet Zurückziehung. Die Oelindustrie schreitet zu Entlassungen.

Die Industrie- und Handelskammer zu Harburg-Wilhelmsburg hat an den Herrn Reichskanzler und die zuständigen Reichsministerien ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet: „Infolge Ermächtigungsgesetz für Beimischung von Butter zu Margarine ist durch die hierdurch entstandene große Beunruhigung in der Margarine-Industrie eine plötzliche starke Absatzstoeckung bei allen bis jetzt gut beschäftigten Harburg-Wilhelmsburger Pflanzenölfabriken eingetreten. Die ersten Arbeiterentlassungen sind dieshalb heute vorgenommen. Erbitten erneut Zurückziehung des Ermächtigungsgesetzes.“

Zuckerfabrik Fraustadt

5 % Dividende gegen 4 % i. V.

Das Unternehmen erzielte in dem am 31. August 1932 abgelaufenen Geschäftsjahr Erlöse aus Zucker und Melasseverkäufen, aus der Landwirtschaft sowie aus Mieten und Pachten von 9,07 Mill. RM., Schnitzelerlöse und sonstiges von 0,11 Mill. RM. (i. V. zusammen 9,07) sowie Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen von 0,05 (0,02) Mill. RM. Demgegenüber erforderten Rohzuckerankauf 2,92 (2,23), Rübenankauf 1,17, Fabrikationskosten 0,98 (i. V. Betriebskosten 4,06), Handlungskosten 0,35 (0,55), Verbrauchsabgabe 3,10 (1,53), Abschreibungen 0,20 (0,16), Zinsen und Bankgebühren 0,15 (0,08) Mill. RM. Unter Einrechnung des Gewinnvortrages von 13,907 RM. ergibt sich ein Reingewinn von 10 175 3 (85 907) RM., woraus 5 (4) % Dividende verteilt und 11 753 RM. vorgetragen werden sollen.

Die Gesellschaft verarbeitete im Berichtsjahr 0,74 (i. V. 1,88) Mill. Ztr. Rüben, die durchschnittliche Tagesverarbeitung belief sich auf 21 171 (23 035) Ztr. Die Gesamtproduktion betrug 0,26 (0,58) Mill. Ztr. Verbrauchszucker. Von den aus dem Vorjahre stammenden Ueberlagerungszuckerbeständen konnten dem Inlandsverbrauch keine nennenswerten Mengen zugeführt werden. Ein die Pflichtausfuhr überschreitender Export von Ueberlagerungszucker erschien wegen der damit verbundenen Verluste nicht rat-

sam. Von größeren Verlusten ist die Gesellschaft verschont geblieben. Ueber die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr lassen sich zurzeit Voraussagen nicht machen. Der Absatz von Verbrauchszucker zeigte im ersten Drittel des neuen Geschäftsjahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs eine leichte Besserung.

Löwenbrauerei-Böhmisches Brauhaus AG.

Die Löwenbrauerei-Böhmisches Brauhaus A. G. in Berlin erzielte im Geschäftsjahr 1931/32 einen Gewinn an Bier und Nebenprodukten sowie sonstige Einnahmen nach Abzug der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe von 13,89 Mill. RM. Außerordentliche Erträge beliefen sich auf 0,23 Mill. RM. (i. V. Gewinn an Bier und Nebenprodukten sowie sonstige Einnahmen 17,51 Mill.). Andererseits erforderten Löhne und Gehälter 2,96, soziale Abgaben und Unterstützungen 0,42, sowie sonstige Aufwendungen 1,98, Zinsen 0,31 (Generalunkosten 7,06), Besitzsteuern 0,46, Bierumsatz- und sonstige Steuern 6,31 (Steuern 8,53) Mill. RM. Nach Abschreibungen von 1,47 (1,53) Mill. RM. und unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus 1930/31 von 51 896 RM. ergibt sich ein Reingewinn von 2 433 88 (435 065) RM., aus dem vorgeschlagen wird 3 (6) % Dividende zu verteilen und 55 888 RM. auf neue Rechnung vorzutragen. Nach dem Geschäftsbericht hatte die Gesellschaft im Berichtsjahre für Steuern wieder Beträge aufzubringen, die das Aktienkapital übersteigen.

* Lübeck-Büchener Eisenbahn A. G. Die Betriebseinnahmen machten aus dem Personenverkehr rund 4,72 Mill. RM. (6,17 Mill.) und aus dem Güterverkehr 3,32 Mill. gegen 4,9 Mill. RM. aus. Unter Einbezug der sonstigen Einnahmen von 1,28 Mill. RM. (1,65 Mill.) erreichten die Gesamteinnahmen vom Januar bis November eine Höhe von 9,3 Mill. gegen 12,4 Mill. RM. i. V. Dessen stehen Ausgaben von rund 8,9 Mill. RM. gegen 11,7 Mill. RM. gegenüber. Voraussichtlich wird der Betriebsüberschuß, der zur Ausschüttung einer Dividende ausgereicht hätte, wie in den Vorjahren zu Rücklagen und Abschreibungen verwendet werden. In der vorläufigen Bilanz werden die Bahnanlagen mit 51,58 Mill. RM. fast unverändert ausgewiesen.

* Der Londoner Goldpreis betrug am 18. Januar 1933 für eine Unze Feingold 123 s = 86,7150 RM., für ein Gramm Feingold demnach 47,4645 d = 2,78795 RM.

Internationaler Börsenindex

Uneinheitliche Tendenz. - Aktien meist vernachlässigt. - Renten dagegen stark gefragt.

Die Entwicklung der großen Börsen zeigte in der abgelaufenen Woche ebenso wie schon in der ersten Woche des neuen Jahres kein einheitliches Aussehen. Bei schwankender Tendenz und teilweise auch starker Geschäftsunlust konnten die in folgender Tabelle aufgeführten 10 repräsentativen Börsen am Ende der neuen Berichtswoche zur Hälfte leichte Befestigungen der Aktienkurse gegenüber dem vorigen Wochenende buchen, während die andere Hälfte überwiegend Kursabstriche hinnehmen mußte. Ziemlich allgemein konnte dabei beobachtet werden, daß einer gewissen Vernachlässigung der Aktienmärkte lebhaftes Renteninteresse gegenüberstand.

Table with columns: Börse, Ende 1927 = 100%, 17. Dez. 1932, 24. Dez. 1932, 31. Dez. 1932, 7. Jan. 1933, 14. Jan. 1933. Rows include Berlin, London, Paris, Brüssel, Amsterdam, Stockholm, Zürich, Wien, Prag, New York.

Der aus den Aktienindexziffern dieser 10 Effektenmärkte errechnete internationale Börsenindex (Ende 1927 = 100%), der in der letzten Woche des vergangenen Jahres von 37,8 auf 39% und in der ersten Woche des neuen Jahres weiter auf 39,3% gestiegen war, hat in der verflochtenen Woche um rund ein Viertel Prozent auf 39,2% wieder nachgegeben.

Gewinnmitnahmen in deutschen Auslandsbonds. - Trotzdem weitere Kursbefestigung in der letzten Woche.

Die Aufwärtsbewegung der deutschen Auslandsanleihen konnte zunächst auch in der abgelaufenen Woche an allen ausländischen Börsen erneut kräftige Fortschritte machen. Gegen Wochenende trat auf Gewinnmitnahmen hin allerdings eine Reaktion ein, die jedoch verhältnismäßig leichter Art war und die vorher erzielten weiteren Kursgewinne in nur unwesentlichem Umfang zu reduzieren vermochte.

Table with columns: 9. Jan. 1932, 28. Mai 1932, 31. Dez. 1932, 7. Jan. 1933, 14. Jan. 1933. Rows include 7% Dollaranleihen (New York, Amsterdam) and 6 1/2% Dollaranleihen (New York, Amsterdam).

An der New Yorker Börse hatten die 7proz. deutschen Bonds per Saldo in der letzten Woche erneut Kursgewinne von durchschnittlich 4 1/4% und die 6 1/2proz. Bonds von rund 3% des Ausgangswertes zu verzeichnen, während sich in Amsterdam eine Erhöhung des Kurswertes der 7proz. deutschen Dollaranleihen um 3 1/4% und der 6 1/2proz. Dollarbonds um etwa 3% ergab.

* Der Postscheckverkehr im Dezember. Ende Dezember 1932 betrug die Zahl der Postscheck-Konten im Deutschen Reich 1 021 819, das bedeutet gegenüber November einen Zugang von 410 Konten im Berichtsmont. Das Guthaben auf den Postscheckkonten belief sich Ende Dezember 1932 auf 464,49 Mill. R.M. und im Monatsdurchschnitt auf 456,60 Mill. R.M. Gutschriften wurden 40,75 Mill. Stück über 4625,61 Mill. R.M. und Lastschriften 24,55 Mill. Stück über 4587,20 Mill. R.M. ausgeführt, so daß der Gesamtumsatz 65,30 Mill. Stück über 9212,81 Mill. R.M. betragen hat. Davon sind bargeldlos 7819,89 Mill. R.M. beglichen worden. Im Ueberweisungsverkehr mit dem Saargebiet und dem Ausland wurden 11,82 Mill. R.M. umgesetzt.

* Dividendenhalbierung der Svenska Handelsbanken in Stockholm. Die A. B. Svenska Handelsbanken in Stockholm verzeichnet für das Geschäftsjahr 1932 vor Absetzung der Abschreibungen einen Gewinn von 20,6 Mill. Kr. Von den Abschreibungen entfällt ein Betrag von 14,45 Mill. Kr. auf die Abdeckung industrieller Engagements. In dieser Summe ist jedoch ein Betrag von 11,5 Mill. Kr. enthalten, der dem im Jahre 1922 in Höhe von 20 Mill. Kronen errichteten Dekreditorfonds entnommen worden ist. Zur Verfügung der Generalversammlung steht ein Betrag von 7,63 Mill. Kr. Der Vorstand schlägt die Verteilung einer Dividende von 6% (12%) vor.

Schweizer Wirtschafts-Brief

Der übermäßige und seit mehr als einem Jahr anhaltende Goldzufluß bei der Schweizerischen Nationalbank vererbte Mitte 1932. Seither blieben die Goldreserven der Emmissionsbank im allgemeinen stabil, obzwar sie in den letzten Wochen wieder eine leichte Abnahme verzeichneten. Dies erklärt sich daraus, daß im Auslande thesaurierte Banknoten in die Schweiz zurückfließen, und auch durch den teilweisen Wegzug von Kapitalien, die seinerzeit in der Schweiz Zuflucht gesucht hatten. Endlich erfolgte auf Grund der in der Schweiz aufgelegten ausländischen Anleihen im Jahre 1932 ein Kapital-export von 145 Millionen Franken. Auf dem Devisenmarkt war eine Hausse der meisten Devisen im Verhältnis zum Schweizer Franken zu bemerken. Diese Hausse setzte der außergewöhnlichen Lage der schweizerischen Devisen ein Ende; sie kann als ein günstiges Moment verzeichnet werden, da sie von einer Rückkehr des Vertrauens in die ausländischen Devisen zeugt, ohne aber gleichzeitig einem Mißtrauen gegen den Schweizer Franken Ausdruck zu geben. Festzuhalten ist immerhin, daß der Schweizer Franken den gegen ihn gerichteten und auf einer tendenziösen Auslegung von vorübergehenden Verunstaltungen beruhenden Angriffen siegreichen Widerstand leistete und weiterhin unerschütterlich dasteht. Einem Banknotenumlauf von 1,5 Milliarden Franken steht eine Golddeckung von 2,5 Milliarden Franken gegenüber.

Zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichts der Eidgenossenschaft wurden energische Maßnahmen ergriffen, in deren Rahmen auch die Besoldungen der Angestellten von der Mitte des Jahres 1932 an gekürzt werden. Es wird eine strikte Sparpolitik durchgeführt und zahlreiche Ausgaben werden eingeschränkt. Andererseits werden neue Einnahmequellen erschlossen, worunter die Erhöhung der bis jetzt in der Schweiz noch relativ geringen Tabakbelastung, sowie vielleicht auch die Herbeiziehung von Kolonialwaren, z. B. Kaffee, fallen. Der Kaffee bezahlt nämlich in der Schweiz bloß 5 Franken pro 100 kg, gegen 200 Franken in Deutschland und Oesterreich, 100 Franken in Frankreich und 450 Franken in Italien. Auch der Tee zahlt in der Schweiz bloß 50 Schweizer Franken pro 100 kg, gegen 600 in Deutschland, 1000 in Frankreich und 400 in Italien. In diesen beiden Produkten schlummern für die Schweiz somit noch nicht zu verachtende fiskalische Quellen.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage ist immer noch ungunstig, obschon mehrere Branchen der Depression kräftigen Widerstand entgegenzusetzen. Die rege Bautätigkeit konnte sich halten, und in den Monaten Januar bis November wurden 12 200 Wohnungen fertiggestellt, gegen 11 800 während derselben Periode des Jahres 1931. Die Zahl der Ganzarbeitslosen übersteigt gegenwärtig 60 000. Bei diesem Stande berührt es merkwürdig, daß in den 3 ersten Quartalen des Jahres 1932 noch 55 000

Feste internationale Getreidemärkte

Planwirtschaftliche Farmerhilfe in den USA.? Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft in Deutschland - Optimistische Stimmung an den überseeischen Handelsplätzen

In die Getreidemärkte aller Länder ist seit Jahresbeginn Leben hineingekommen. Dies macht sich zwar weniger in den Umsätzen, umso mehr dagegen in außerordentlich lebhaften Debatten bemerkbar, wie der internationalen Agrarkrise beizukommen sei. Große Auseinandersetzungen findet man zurzeit in den Ver. Staaten und nicht minder in Deutschland. Was die neueste Hilfsaktion der Amerikaner so außerordentlich interessant macht, ist die Tatsache, daß dort scheinbar mit den bisherigen Gebräuchen freier Agrarwirtschaft gebrochen wird und Gedankengänge auftauchen, die einen planwirtschaftlichen Anstrich haben. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat nämlich eine Bill angenommen, derzufolge für sieben Agrarprodukte Mindest-Inlandpreise festgesetzt werden, und zwar für den Weizen ein solcher von 75 cts je bush. (zurzeit ca. 48 cts), für Baumwolle 9 cts (gegenwärtig 6,25 cts), für Schweine 5 cts (jetzt 3 cts) usw. Dafür sind die Farmer verpflichtet, eine 20% Drosselung der Anbaufläche für Getreide und Baumwolle und eine Produktionsermäßigung gleichen Umfangs für die Schweine durchzuführen. Die Mittel zur Bezahlung der Differenz zwischen den Tagespreisen und dem festgesetzten Niveau sollen in der Weise aufgebracht werden, daß keine Umlage bei den verarbeitenden Industrien erfolgt. Diese wiederum wälzen sie auf den Konsumenten ab, ohne daß der Einzelne davon sehr viel merkt. Die Konstruktion der Idee ist so wenig amerikanisch, daß dem Projekt kaum die Genehmigung des Senats und des Präsidenten erteilt werden dürfte. Immerhin zeigt es, wie gebieterisch die anhaltende Depression in der amerikanischen Landwirtschaft nach Abhilfe ruft. Die Auseinandersetzungen der Ver. Staaten in der Agrarfrage führen gradlinig nach Europa und auch nach Deutschland.

Wer die jüngsten Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und dem Reichslandbund verfolgte, dem kann es nicht entgangen sein, daß die Gegensätze zwischen der Industrie und der Landwirtschaft sich eher verbreitert als gemildert haben. Die deutsche Industrie, vor allem die der Fertigwaren, muß danach trachten, im Ausland Abnehmer für ihre Erzeugnisse zu finden. Diese Abnehmer sind aber zum großen Teil agrarisch orientiert und nur dann bereit, deutsche Produkte aufzunehmen, wenn Deutschland sich zum Bezug ihrer Erzeugnisse versteht. Auf der anderen Seite hat die deutsche Landwirtschaft, nachdem es ihr mühsam gelungen ist, die eigene Bevölkerung mit Landesprodukten in ausreichender und preiswerter Weise zu versorgen, ein berechtigtes Interesse daran, vom Ausland nicht gestört zu werden. Sieht man sich all die Reibungspunkte hüben und drüben genauer an, so löst sich das Rätsel: Man erkennt ohne Schwierigkeiten, daß das nationale Agrarproblem in Wirklichkeit ein internationales darstellt, dem eben nur auf internationalem Weg beizukommen ist.

Vielleicht liegt einer der Gründe für die gegensätzliche Entwicklung am Weltgetreidemarkt und am deutschen in den eben dargelegten Momenten. In Chicago, Winnipeg, Buenos Aires und Liverpool kam jedenfalls eine freundlichere Stimmung zum Durchbruch. Eine weitere Stütze bietet den Ueberseemärkten das anhaltende Kaufinteresse Chinas, Japans und Indiens für Weizen. Bei dem Geschäft nach China ist vor allem Australien in erheblichem Umfang beteiligt. Indien greift gleichfalls auf australische Herkünfte zurück und mildert dadurch den Preisdruck, der bisher von dem dortigen Angebot ausgeht. Eine gewisse Entlastung zeigt ferner Kanada, das seit dem 1. August 1932 140 Mill. bush. (i. V. 95 Mill.), also einen erheblichen Teil seiner Ernte, verkauft hat. Die Ver. Staaten kommen als Exporteure nicht in Frage. Die Steigerung des Weizens in Chicago um fast 14% hat aus dem dortigen Preisbarometer nur noch ein Stimmungsbild gemacht. Berücksichtigt man außerdem, daß im vorigen Jahr in Westeuropa 200 000 t Russengetreide lagen, während diesmal die Bestände nur ganz geringfügig sind, so hat man den Schlüssel für die optimistische Beurteilung des Handels. In Winnipeg erfuhr der Preis des Weizens eine Steigerung um 8%, in Buenos Aires, Liverpool und Rotterdam eine solche von 3-4%, doch konnten die Gewinne nicht überall gehalten werden.

Der Mehlkonsum Deutschlands bleibt ziemlich unbefriedigend, und die Müller haben nur wenig Veranlassung, sich mit Mahlgut einzudecken. Sind sie aber hierzu gezwungen, dann stehen ihnen die freigewordenen Vorräte aus der Zwangseinlagerung zur Verfügung. Das Angebot hat sich in den letzten Tagen etwas vermehrt, da infolge des Frostes die Feldarbeiten aufgehört haben und der Bauer zum Dreschen Zeit findet. Irgendwelche Preisveränderungen liegen in Deutschland nicht vor, wohl aber beanspruchen zwei Wünsche der Mühlen, an das Reichsernährungsministerium Beachtung. Der eine geht dahin, die Stützungsaktionen völlig aufzugeben. Die amtlichen Stellen lehnten die Forderung ab. Ein weiterer Vorschlag der Mühlen schlägt die Verlängerung des Austauschexportes über den 31. Januar d. J. auf die Dauer von zwei Monaten vor. Den Mühlen liegt hieran sehr viel, weil sie infolge der Preisdifferenzen gegenüber dem Ausland einen leidlichen Export, besonders für Nachmehle, hatten. Außerdem glauben sie, bei einer Prolongation des Austauschexportes durch verstärkte Eingänge von Exporteurenen ihren Bedarf an kleberreichen Weizensorten später besser befriedigen zu können. In dieser Frage ist noch keine Entscheidung gefallen. Hält der Frost längere Zeit an, und wird die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen stillgelegt, so muß es zwangsläufig zu einem Anziehen der deutschen Getreidepreise kommen, weil der Schienenweg teurer ist und die nur schwach mit Ware versorgten Mühlen zu Eindeckungen schreiten dürften.

Einreisebewilligungen für ausländische Arbeitskräfte gewährt wurden. Der Lebenskostenindex setzte seine absteigende Bewegung fort und erreichte Ende November den Stand von 135 gegen 147 im Jahre 1931.

Verlängerung des Zinkkartells

Die Konferenz des Internationalen Zinkkartells, die gestern in Brüssel getagt hat, beschloß die Verlängerung des Kartells über das Provisorium bis zum 31. Januar hinaus zunächst bis zum 30. März 1933. Das Inkrafttreten der Vereinbarung wird zwar theoretisch noch von der Bestätigung einiger überseeischer Produzenten abhängig gemacht, da man jedoch die schriftlich eingereichten Wünsche der betreffenden Gruppen in vollem Umfang berücksichtigt hat, erscheint die definitive Ratifizierung in keinem Fall zweifelhaft. Es handelt sich darum, festzustellen, inwieweit das Funktionieren der neuen Basis, die man dem Zinkkartell für die Dauer eines Monats gegeben hatte, ähnliche Abmachungen für eine längere Frist möglich machen würde.

Drei Punkte standen vor allem auf der Tagesordnung: die Produktionseinschränkung, die Deblockierung der Vorräte und die Frage der Einbeziehung von Zinkstaub in die Kartellregelung. In der Frage der Produktionseinschränkung hat man grundsätzlich die bisherige Produktionsquote von 45%, also eine Produktionsrestriktion von 55%, aufrechterhalten. Da jedoch die Erfahrungen des Versuches hinsichtlich einer eventuellen Mehrproduktion einzelner Werke gezeigt haben, daß zunächst eine allzustarke Ausweitung des gesamten Produktionsquantums nicht zu erwarten ist, wurde die Konvention, die vor allem die rhodesischen, australischen und die belgisch-französischen Werke berührt, auch weiterhin zugestanden. In der Höhe der Kompensationszahlungen, die die Werke mit Mehrproduktion den Unternehmungen zu zahlen haben, die diese Möglichkeit nicht ausnutzen, wurde jedoch eine leichte Modifizierung vorgeschlagen. Die Sätze wurden leicht gesenkt, jedoch beträgt die Differenz gegenüber den bisherigen Ziffern nur einige Pence. Es bleibt bei progressiven Zahlungen, d. h., diese erhöhen sich automatisch mit dem Anziehen des Zinkpreises. Bei einem gegenwärtigen Zinkpreis von etwa 10 Goldpfund pro Tonne beträgt sie etwa einen Goldschilling je Tonne. Da im allgemeinen angenommen wird, daß das Inangasetzen der Oefen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, dürfte mit einer starken Produktionserhöhung in naher Zukunft nicht zu rechnen sein. Immerhin werden die Mitglieder des Kartells bereits im März erneut zusammentreten, um die nunmehr geschaffene Lage zu überprüfen und das Kartell evtl. auf eine andere Basis zu stellen. In der Frage der Vorräte konnte den Wünschen der polnischen und belgischen Erzeuger nach einer teilweisen Freigabe der blockierten Vorräte um so mehr entsprochen werden, als de facto eine gewisse Verknappung an greifbarem Zinkmaterial eingetreten ist. Wenn das Kartell seiner Zeit auf einem Vorratsstand von 225 000 t basiert hat, so ist das gegenwärtig gespeerrte Quantum auf 148 000 t zurückgegangen. Dem Wünsche nach einer Nichtbeziehung von Zinkstaub in die Produktionseinschränkung wurde als Gegenleistung für anderweit gezeigtes Entgegenkommen nachgegeben. Durch die Freigabe dieses Erzeugnisses von den Kartellbindungen erhöht sich die Gesamtproduktion jedoch nur unerheblich.

Brandschaden-Statistik

Die bei der „Arbeitsgemeinschaft privater Feuerversicherungs-Gesellschaften in Deutschland“ im Dezember 1932 angefallenen Brandschäden belaufen sich im Deutschen Reich auf insgesamt 6,6 Mill. RM. Die Schadenkurve, die im Vormonat eine Höhe von 6,009 Mill. RM. erreicht hatte, beginnt also wieder langsam zu steigen, obwohl bei der ungewöhnlich milden Witterung, die sogar noch über den Jahres-schluß hinaus andauert, die in den Wintermonaten sonst zu beobachtende Steigerung der Schadensziffer diesmal nicht den Grund für die Erhöhung abgegeben haben kann.

Insgesamt sind im Jahre 1932 bei der „Arbeitsgemeinschaft privater Feuerversicherungs-Gesellschaften in Deutschland“ 85,39 Mill. RM. Schäden im Deutschen Reich angefallen. Wenn hiernach auch das Jahr 1932 rein zahlenmäßig ein günstigeres Ergebnis als das Vorjahr aufzuweisen hat, so ist, wie die Arbeits-

gemeinschaft privater Feuerversicherungs-Gesellschaften in Deutschland in Berlin hierzu bemerkt, doch nicht zu vergessen, daß auch die Prämieinnahme der Versicherungsgesellschaften zufolge des allgemeinen Preisrückganges und der auf mehrfachen Ursachen beruhenden Schrumpfung des Versicherungsbestandes in einem ganz beträchtlichen, bisher allerdings nicht bekannten Ausmaße zurückgegangen ist und auch die Kosten der laufenden Geschäftsbearbeitung infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gestiegen sind.

Erwerbsgesellschaften

Kapitalzusammenlegung der Vereinigte Lausitzer Glaswerke A. G. in Weißwasser O.-L. Die Gesellschaft, die der AEG, und der Siemens & Halske A. G., anhehst, beruft ihre Generalversammlung zum 7. Februar nach Berlin ein. Es soll zunächst über die Herabsetzung des Grundkapitals in erleichterter Form von 9,0 auf 3,0 Mill. RM. durch Ermäßigung des Nennbetrages der Aktien zur Deckung von Verlusten, zum Ausgleich von Wertminderungen im Vermögen der Gesellschaft und zur Einstellung in den gesetzlichen Reservefonds Beschluß gefaßt werden. Anschließend ist die Wiedererhöhung des Aktienkapitals um 1,25 Mill. RM. Inhaberaktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1933 zum Kurse von 100% unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre vorgesehen. Die Begebung der neuen Aktien erfolgt in Höhe von 1,05 Mill. RM., durch Verrechnung mit Forderungen gegen die Gesellschaft und mit 0,20 Mill. RM., durch Einbringung der Liegenschaften der ehemaligen Fürstenberger Glashüttenwerke A. G. in Fürstenberg. Die Generalversammlung hat im übrigen den Vertrag mit der Fürstenberger Gesellschaft gleichfalls noch zu genehmigen. Neben der Vorlage des Geschäftsberichtes und der Bilanz für 1931 ist auf der Tagesordnung noch die Bekanntgabe der erfolgten Uebernahme des Vermögens der Max Kray & Co.-Glasindustrie Schreiber A. G. in Berlin im Wege der Verschmelzung verzeichnet. Mit dieser Gesellschaft, deren Aktien im Besitz der Lausitzer Glaswerke sind, bestand bisher bereits eine Interessengemeinschaft, der technische Betrieb ist schon 1930 vollkommen auf Lausitzer Glas übergegangen, während das Verkaufsgeschäft in Händen der Firma verblieb.

Dividenden und Abschlüsse: Riebeck-Partusche Brauerei A. G. in Torgau wieder 6% - Malzbrauerei Groterjahn & Co. A. G. in Berlin bringt eine von 8 auf 7% reduzierte Dividende zur Verteilung - Bank des Berliner Kassenvereins 4% (i. V. 5%) - Fr. Hesser Maschinenfabrik A. G. in Stuttgart-Cannstadt, G.-V. beschloß die Verteilung der von 12 auf 10% ermäßigten Dividende - Vereinigte Papierwerke A. G. in Nürnberg, G.-V. setzte die Dividende auf 8% (i. V. 10%) fest. Im laufenden Jahr ist der Geschäftsgang nicht unbefriedigend.

Allgemeine Wirtschaftsnachrichten

* Gerüchte über erneute Devisenschikanen der Tschechoslowakei gegen Deutschland. Für die neue tschechische Devisenfreiliste ist jetzt ein erster Referentenentwurf vorgelegt worden, wonach einschließlich der freigegebenen Text/rohstoffe insgesamt 12 weitere Zollpositionen aus dem Bewilligungsverfahren ausgeschlossen werden sollen. Um welche Waren es sich handelt, ist noch nicht bekannt. Die Liste soll noch im Lauf dieses Monats fertiggestellt werden. Gleichzeitig wird eine kleine Reihe neuer Tarifpositionen auch im Inland erstellbarer Waren aus der bestehenden Devisenfreiliste gezogen und damit der Devisenbewirtschaftung neu unterstellt werden. Auch hier sind aber die einzelnen Waren noch nicht bekannt. Damit ist in diesem Zusammenhang erstmalig betont, daß die Einfuhr von Kali aus Deutschland im Interesse der Verringerung des deutschen Ausfuhrüberschusses auf devisenpolitischem Weg beschränkt werden sollte. Dadurch würde, so heißt es gleichzeitig, die Einfuhr aus Polen gefördert werden. Sollte diese Meldung, was wir vorläufig noch bezweifeln möchten, sich bewahrheiten, so würde es sich hier um einen überaus krassen Fall handeln, da jetzt die Tschechoslowakei auch Polen gegenüber stark passiv ist. Es ist festgestellt worden, daß die polnischen Kalilieferanten zu Preisen liefern, zu denen das deutsche Kalisyndikat nicht würde konkurrieren können. Man wird diese Nachricht vorerst mit Vorbehalt registrieren müssen.

Fondsbörsen

Frankfurter Abendbörse unregelmäßig

Frankfurt a. M., 18. Januar Die Abendbörse verzeichnete nur auf einigen Spezialgebieten etwas lebhafteres Geschäft, dabei war die Kursgestaltung recht unterschiedlich. Fester lagen zunächst weiterhin Gelsenkirchen mit plus 1 1/4% und die übrigen Montanwerte mit Besserungen von 1/4-1/2%. Im Gegensatz zu dieser Bewegung lagen am Kunstseidemarkte Aktien auf schwache Amsterdamer Meldungen 2 1/2% und später noch 1% schwächer. Schwach tendierten auch Holzmann mit minus 2% ca wobei Gerüchte von einer beabsichtigten Kapitalzusammenlegung verstimmten. Im übrigen blieben die Berliner Schlusskurse etwa behauptet. Am Rentenmarkte war das Geschäft klein. Deutsche Anleihen lagen auf Schlussbasis. Goldpfandbriefe waren auf dem ermäßigten Mittagsniveau eher gefragt. Stadtanleihen hatten keine ausgesprochene Tendenz. Im Verlaufe bröckelten die Aktienkurse dann unter dem Eindruck der Aktien- und Holzmann-Schwäche allgemein etwas ab. Holzmann wurden amtlich nicht notiert. Im Freiverkehr fanden Umsätze bei 5 1/2%, also 6 1/4% unter dem Berliner Schluß, statt. Aktien gingen bis 35% zurück.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Rheinisch-Westfälischer Kuxenmarkt and Eisen/Düsseldorf.

Wien ruhig

Wien, 18. Januar. Der Börsenverkehr beschränkte sich auf wenige Papiere, da Aufträge und Anregungen fehlten. Auch die Arbitrage mit Budapest und Prag ging über vereinzelte Abschlüsse nicht hinaus. Die Kursveränderungen bewegten sich in engen Grenzen. In der Kasse waren am Schluß vorwiegend Abschwüchungen zu verzeichnen. Im Schranken gewannen einzelne tschechische Werte von Deckungen. Fester waren ungarische Eisenbahn-Verkehrsaktien. Ungarische Allgemeine Kohle neigte zur Schwäche. In der Kasse konnten Jullid-Aktien ihren Anfangsverlust wieder aufholen. Auf dem Anlagemarkt verlief die Kursbildung ungleichmäßig.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

London überwiegend freundlich

London, 18. Januar. Britische Staatspapiere neigten vorwiegend zur Schwäche, da die Aussichten weiterer neuer Wertpapier-Emissionen am Kapitalmarkte verstimmten und die Staats-Einnahmen weiter unter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Auf den übrigen Marktgebieten entwickelte sich jedoch im Zusammenhang mit den anregenden Meldungen von den Auslandsplätzen eine verhältnismäßig freundliche Grundstimmung, doch blieben die Kursveränderungen im allgemeinen gering. Dollar-sbares tendierten stetig bis fest. Südafrikanische Goldminen Aktien setzten ihre Hausbewegung fort, da die fortschreitende Entwertung des südafrikanischen Pfundes anregte, das zurzeit nur noch 2% über dem Sterlingskurs notiert wird. Bessere Nachfrage zeigte sich auch für deutsche Bonds, die besonders am Schluß des Verkehrs eine erneute scharfe Aufwärtsbewegung erfuhren. Auch japanische Anleihen zeigten bessere Veranlagung.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

New York schließ' schwächer

New York, 18. Januar. In Wallstreet war die Kursgestaltung für Effekten heute unregelmäßig und eine ausgesprochene Tendenz ließ sich nicht erkennen. Das Geschäft bewegte sich in engem Rahmen. Sowohl die Käufer als auch die Verkäufer legten sich Zurückhaltung auf, so daß auch die Schwankungen kein größeres Ausmaß annahmen. Für Bahnen und Chemiepapiere bestand etwas Interesse, so daß sich hier vielfach Besserungen bis zu 1% durchsetzen konnten. Die zur Wochenmitte veröffentlichten Statistiken waren nicht geeignet, irgendeinen Einfluß auf die Tendenzgestaltung zu nehmen. Dagegen verstimmten die Preisrückgänge für Stahlprodukte und Rohöl. Die Unternehmungslust wurde außerdem durch die bevorstehenden Dividendeneinsetzungen bedeutender Gesellschaften gehemmt. In diesem Zusammenhang äußerte man Zweifel daran, daß die Vorzugsdividende bei den U. S. Steels auch weiterhin zur Ausschüttung gelangen werde, da die Geschäftslage des Unternehmens wegen der angestregten Bemühungen zur Herbeiführung einer neuen Lohnkürzung der Stahlwerker weniger günstig beurteilt wurde. Tabakwaren zeigten sich im Verlaufe durch freundlichere Tendenzen aus, wofür der günstige Einnahmeausweis der Liggett & Myers Tobacco Co. für 1932 entscheidend war. Auch die Anteile der Chesapeake & Ohio Railway profitierten von dem günstigen Jahresausweis für 1932. In der letzten Börsenstunde bewirkte die Abschwächung am Weizen- und Baumwollmarkt, daß auch für Effekten Kursrückgänge eintraten. Das Geschäft erfuhr jedoch keine nennenswerte Belebung. Mit Verlusten bis zu 3% schloß die Börse in schwacher Haltung. Am Bondsmarkt war die Tendenz heute eine Kleinigkeit freundlicher. In amerikanischen Regierungspapieren zeigten sich Anzeichen einer Erholung.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Amsterdam, 18. Januar.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Table with 4 columns: 18, 17, 18, 17. Lists various stocks and their prices, including Eisen/Düsseldorf and Devisenkurse.

Lima, 17. Januar. (Drahtmeldung des Banco Aleman Transatlantico mitgeteilt durch die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Hamburg.) Wechselkurs auf London 90 Tg. Sicht 19.35 soles oro = 1 £ Wechselkurs auf New York 2.50 soles oro = 1 U. S. \$.

Warenmärkte

Getreidebestände am 15. Dezember

Die von der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsverein gemeinsam mit den Landwirtschaftskammern durchgeführte Erhebung brachte folgende Ergebnisse: Vorräte in erster Hand in Prozent der Gesamternte am 15. Dezember 1932: Reichtumsdurchschnitt Winterweizen 52,5, Sommerweizen 72,7, Winterroggen 51,1, Wintergerste 26,4, Sommergerste 49,7, Hafer 70,7, Kartoffeln 58,0. Die entsprechenden Durchschnittszahlen für Preußen lauten wie folgt: 52,7, 72,5, 51,9, 26,2, 48,3, 70,7, 55,9.

Die noch zum Verkauf verfügbaren Mengen in Prozent der Gesamternte am 15. Dezember 1932 betragen: Reichtumsdurchschnitt 42,1, 61,2, 28,8, 3,8, 27,4, 16,9, 17,9. Preußendurchschnitt 45,6, 61,6, 30,3, 3,4, 23,6, 16,7, 18,2.

Die eingelagerten Mengen auf fremden Lagern in Prozent der Gesamternte vom 15. Dezember 1932 beliefen sich auf: Reichtumsdurchschnitt 7,2, 7,4, 3,6, 0,2, 0,7, 0,6, 0,2. Preußendurchschnitt 7,5, 7,0, 4,0, 0,1, 0,2, 0,2, 0,1.

Baumwolle.

Bremen, 18. Januar. Baumwoll-Terminnotierungen. (Schluß.) März 7,06 B. 7,01 G. 7,02 bez., Mai 7,18 B. 7,13 G. 7,17 bez., Juli 7,28 B. 7,24 G. 7,27 bez., Oktober 7,48 B. 7,44 G. 7,47 bez., Dezember 7,61 B. 7,52 G. 7,59 bez. Bezahlpriese festgestellt in der Zeit von 16:20-17:30 Uhr. Tendenz: ruhig.

Liverpool, 18. Januar. Baumwoll-Terminnotierungen. (Schluß.)

Januar	4.96	4.93	Juli	5.01	4.98
März	4.97	4.94	Oktober	5.05	5.02
Mai	4.99	4.96			

Tendenz: ruhig.

Liverpool, 18. Januar. Baumwolle. (Schluß.) Tageslimpport 13.000 Ballen. Middling loko 5,25 (vor. Not. 5,18). Ägypter (Sakellaride): Januar 7,02 (6,98), März 7,06 (7,03).

New York, 18. Januar. Auf Abgaben der südlichen Genossenschaften sowie New Orleans Häuser verkehrte der Baumwollmarkt in schwächerer Haltung. Vorübergehend konnte sich zwar eine leichte Erholung durchsetzen, da es jedoch an Unterstützung durch das Publikum fehlte, gingen die Preise gegen Schluß wieder stärker zurück, zumal sich nunmehr auch Wallstreetfirmen als Abgeber betätigten.

Getreide Mehl und Saaten

London, 18. Januar. Weizen. Tendenz: fest. Manitoba Nr. 1 Teil Januar/Februar 25 s 1 1/2 d Vkr. Rosafé 63 1/2 lbs Teil Januar 21 s 9 d Vkr. Barusso 63 lbs Teil Januar/Februar 21 s 9 d Vkr. South Australian Teil Februar 24 s 3 d Vkr. West Australian Teil Januar 24 s 3 d Vkr. — Mais. Tendenz: fest. La Plata Teil Februar/März 18 s 10 1/2 d bez. American Mixed Nr. 2 Teil Januar 18 s 3 d Vkr. Donau-Galatz - Fox Teil Januar 18 s 3 d bez. Süd-afrikanischer White Flat Nr. 2 Teil Januar/Februar 18 s 9 d Vkr. — Gerste. Tendenz: ruhig. Kanadische Nr. 3 Teil Januar/Februar 18 s 6 d Vkr. Persische Teil Januar/Februar 17 s 9 d Vkr. Russische Teil Februar 16 s 4 1/2 d bez. — Hafer. Tendenz: fest. La Plata Teil Januar/Februar 11 s 10 1/2 d Vkr. Kanadischer Nr. 2 Teil Januar/Februar 16 s 6 d Vkr.

Liverpool, 18. Januar. Weizen. Tendenz: stetig. März 4 s 9 1/2 d W., Mai 4 s 9 1/2 d W., Juli 4 s 10 1/2 d W.

Rotterdam, 18. Januar. Weizen. Januar 4,10 (vor. Not. 4,12 1/2), März 3,90 (3,87 1/2), Mai 3,90 (3,87 1/2).

Rotterdam, 18. Januar. Mais. Januar 65% (vor. Not. 65%), März 67% (67%), Mai 65 (65%).

Winnipeg, 18. Januar. (Schlußkurse.)

Weizen (Termin)	18.	17	Roggen	18.	17.
Northern 1 loko	43.12	43.12	per Mai	32.12	32.75
Northern 2 loko	41.12	41.12	per Juli	32.50	33.00
Northern 3 loko	39.12	39.12	per Oktober	—	—
per Mai	45.62	45.62	Gerste	29.50	29.62
per Juli	46.50	46.50	per Mai	—	—
per Oktober	47.75	47.75	per Juli	—	—
Hafer	—	—	per Oktober	—	—
per Mai	23.87	23.62	Leinsaat	78.50	78.50
per Juli	—	—	per Mai	—	—
per Oktober	22.37	22.25	per Juli	78.25	78.50
			per Oktober	78.75	—

Buenos Aires, 18. Januar. (Schlußkurse.)

Weizen (Termin)	18.	17	Hafer	18.	17.
Februar	5.09	5.16	Februar	4.15	4.15
März	5.21	5.28			

Mais

Januar	4.43	4.38	März	9.38	9.39
Februar	4.45	4.40	April	9.49	9.49

Rosario, 18. Januar. (Schlußkurse.)

Weizen	18.	17.	Leinsaat	18.	17.
Februar	5.06	5.10	Februar	9.20	9.20

Mais

Januar	4.25	4.25			
--------	------	------	--	--	--

Wechsel Buenos Aires auf London 41.62 nom.

Chicago, 18. Januar. Am Weizenmarkt drückten zunächst Liquidationen auf das Preisniveau. Später wurde die Tendenz freundlicher im Zusammenhang mit Käufen der Platzspekulation. Beachtung fand ein ungünstiger Wetterbericht aus Oklahoma. Die Schlußkurse lagen aber immer noch etwas unter Vortagesniveau. — Am Maismarkt herrschte sehr ruhiges Geschäft. Die lokalen Firmen nahmen einige Käufe vor. Außerdem zeigte sich einige Exportnachfrage. Im Verlaufe gingen die Preise infolge des schleppenden Geschäfts leicht zurück. — Im Einklang mit den anderen Getreidemarkten tendierte auch Roggen etwas schwächer.

Gewürze.

London, 18. Januar. Gewürze. Tapioka Singapore Seed Jan. Februar 10 s 9 d W. — Pfeffer. Weißer Muntok Januar/März 5 1/2 d bez. u. W., März/Mai 5 1/2 d Vkr., schw. Singapore loko 6 d Vkr., Januar/Februar 4 1/2 d Wert, schwarzer Lampong Januar/März 4 1/2 d bez. u. Vkr., März/Mai 4 1/2 d Vkr. Fair-Tellicherry loko 6 1/2 d Kfr. — Nelken Zanzibar Januar/Februar 5 1/2 d Vkr.

Amsterdam, 18. Januar. Pfeffer, Lampong Januar 20 (vor. Not. 20), März 18 (18), Mai 18 (18). Muskatnüsse Januar 20 1/2 (20 1/2).

Haut.

London, 18. Januar. Haut. Tendenz für Manila: träge. Manila 1. Januar/März 18 1/2 £ W., K Januar/März 16 1/2 £ Vkr., L Nr. 1 Januar/März 15 1/2 £ W., Nr. 2 Januar/März 13 1/2 £ W., M Nr. 1 Januar/März 14 1/2 £ W., Nr. 2 Januar/März 13 1/2 £ W.

London, 18. Januar. Sisaal. Tendenz für Sisaal: stetig. Sisaal - Ostafrikanischer, Tansanyika und/oder Kenya Nr. 1. F. A. Q. Jan. März 14 £ Kfr., Februar/April 15 £ Vkr.

Häute.

New York, 18. Januar. Häute-Terminnotierungen (Schluß.)

März	5.10	5.15	—	5.20	—	—
Juni	5.50	5.60	—	5.65	5.80	—
September	5.90	6.00	—	6.10	6.20	—
Dezember	6.30	6.45	—	6.55	6.70	—

Tendenz: willig.

Jute.

London, 18. Januar. (Privattelegramm.) Jute, erste Marken. BHZ Januar/Februar 14 £ 5 s, neue Ernte, Firsts Januar/Februar 15 £ Tendenz: stetig

Kaffee.

Rotterdam, 18. Januar. Kaffee, gem. Kontr. Januar 22 1/2 (vor. Not. 22 1/2), März 20 (19%), Mai 18 1/2 (18%), September 17 1/2 (17%). Santos loko 31 (31), Robusta loko 24 (24).

Amsterdam, 18. Januar. Kaffee. Januar 22 (vor. Not. 22), März 19 1/2 (19%), Mai 18 1/2 (18%), September 17 1/2 (17%).

New York, 18. Januar. Bei ruhigem Geschäft zogen die Kaffeepreise leicht an.

Kakao.

London, 18. Januar. Kakao-Terminnotierungen.

Heute		Voriger Schluß	
Brief	Geld	Brief	Geld
Januar	23.00	22.50	22.00
März	23.00	22.50	22.00
Mai	23.30	22.80	22.30
Juli	23.60	23.10	22.60
September	24.00	23.50	23.00

Tendenz: stetig

London, 18. Januar. Kakao. Accra F. F. Januar/März 20 s 6 d nom. Trinidad gute bis feine Sorten Januar/Februar 30 s.

New York, 18. Januar. Kakao-Terminnotierungen. (Schluß.) Januar 3,31 (vor. Not. 3,30), März 3,33 (3,36), Mai 3,44 (3,47), Juli 3,56 (3,58), September 3,66 (3,69). Tendenz: unregelmäßig.

Kautschuk.

* Hamburger Kautschuk-Terminmarkt am 18. Januar. (Mitgeteilt von Gustav F. Hübener in Hamburg.)

Brief		Geld		bez.	
Januar	0.2875	0.2625	—	—	—
Februar	0.2875	0.2625	—	—	—
März	0.30	0.2750	—	—	—
Januar/März	0.2875	0.2625	—	—	—
April	0.30	0.2750	—	—	—
Mai	0.3125	0.2875	—	—	—
Juni	0.3125	0.2875	—	—	—
April/Juni	0.3125	0.2875	—	—	—

Tendenz: stetig

* Hamburger Kautschukmarkt am 18. Januar. (Bericht der Firma Gustav F. Hübener in Hamburg.) Der heutige Markt war nach schwächerer Eröffnung im Verlauf auf einsetzende bessere Kaufflust stetiger. Londoner Notierungen: Standard Sheets loko und Februar 2 1/2 d, März 2 1/2 d, April-Juni 2 1/2 d, Juli-September 2 1/2 d Oktober-Dezember 2 1/2 d.

Amsterdam, 18. Januar. Kautschuk. Hevea Crepe I Januar 9 Vkr., 8 Kfr. (vor. Not. 9 Vkr., 8 1/2 Kfr.), April/Juni 9 Vkr., 8 1/2 Kfr., 9 Vkr., 8 1/2 Kfr.), Juli/September 9 Vkr., 8 1/2 Kfr., 9 Vkr., 8 1/2 Kfr.), Oktober/Dezember 10 Vkr., 9 1/2 Kfr., 10 Vkr., 9 1/2 Kfr.)

New York, 18. Januar. Kautschuk-Terminnotierungen. (Schluß.) Neu-Kontrakt A. Januar 2,87 (vor. Not. 2,85), März 2,98 (2,96), Mai 3,04 (3,02), Juli 3,12 (3,09), September 3,20 (3,16). Tendenz: ruhig.

Metalle.

Hamburg, 18. Januar.

Kupfer	Brief	Geld	bez.	Zinn Kontrakt B	Brief	Geld	bez.
Januar 33	37.50	36.50	—	Januar 33	211	208	—
Februar	37.50	36.75	—	Februar	211	208	—
März	38	37	—	März	212	209	—
April	38.25	37.50	—	April	212	209	—
Mai	38.25	38	38.25	Mai	213	210	—
Juni	38.25	38.25	—	Juni	214	211	—
Juli	38.75	38.60	—	Juli	214	211	—
August	39.25	38.75	—	August	215	212	—
September	39.75	39.25	—	September	216	213	—
Oktober	40	39.25	—	Oktober	216	213	—
November	40.25	39.50	—	November	217	214	—
Dezember	40.25	39.75	40	Dezember	217	214	—

Tendenz: stetig

Januar 33 Brief 211, Geld 208, bez. —, März 212, Geld 209, bez. —, April 212, Geld 209, bez. —, Mai 213, Geld 210, bez. —, Juni 214, Geld 211, bez. —, Juli 214, Geld 211, bez. —, August 215, Geld 212, bez. —, September 216, Geld 213, bez. —, Oktober 216, Geld 213, bez. —, November 217, Geld 214, bez. —, Dezember 217, Geld 214, bez. —

Tendenz: ruhig

Hüttenrohstoffe

Antimon	Brief	Geld	bez.	Januar	214	211	—
Regulus, chin.	—	—	—	Juli	214	211	—
Quecksilber	—	—	—	August	215	212	—
Wolframerz, chin.	—	—	—	September	216	213	—
	—	—	—	Oktober	216	213	—
	—	—	—	November	217	214	—
	—	—	—	Dezember	217	214	—

Tendenz: stetig

Berlin, 18. Januar.

Kupfer	Brief	Geld	bez.	Zinn	Brief	Geld	bez.
Januar 33	37.25	36.50	—	Januar 33	20.25	19.25	—
Februar	36.75	36.75	36.75	Februar	20.50	19.50	—
März	37.2	36.75	—	März	20.50	19.50	—
April	37.50	37	—	April	20.75	20	—
Mai	37.75	37.75	—	Mai	20.75	20	—
Juni	38.25	37.75	—	Juni	21	20	—
Juli	38.50	38	—	Juli	21.25	20.25	—
August	38.75	38.25	—	August	21.25	21	—
September	39.75	38.75	—	September	21.75	21	—
Oktober	39.75	38.75	—	Oktober	22	21.25	—
November	39.50	39	—	November	22.25	21.50	—
Dezember	39.75	39.50	—	Dezember	22.50	21.75	—

Tendenz: stetig

Blei

Januar 33	14.75	14	—	Juli	16	14.50	—
Februar	15	14	—	August	16.50	15	—
März	15.25	14.25	—	September	16.50	15	—
April	16.50	14.50	—	Oktober	16.75	15.25	—
Mai	16.50	14.50	—	November	16.75	15.50	—
Juni	16	14.50	—	Dezember	17.25	15.75	—

Tendenz: lustlos.

London, 18. Januar. Metalle. (Nachbörse.) Kupfer: per Kasse 28 1/2 W., 3 Monate 28 1/2 K. Zinn: per Kasse 14 1/4 V., 3 Monate 14 1/4 bez. V. Blei: prompt 10% bez. W., entf. Sichten 10 1/2 W. Zink: prompt 14 1/2 W., entf. Sichten 14 1/2 bez. K.

London, 18. Januar. Silber. loko 16 1/2 d (vor. Not. 16 1/2 d), Lieferung 16 1/2 d (16 1/2 d). Gold 123 s (122 s 8 d).

London, 18. Januar. Eisen. Cleveland Gußeisen Nr. 3 fob Middleborough 58 s 6 d.

New York, 18. Januar. Kupfer-Terminnotierungen. (Schluß.)

Januar	3.75	—	—	Juli	—	—	—
Februar	3.80	—	—	August	—	—	—
März	3.85	—	—	September	—	—	—
April	3.90	—	—	Oktober	—	—	—
Mai	3.95	—	—	November	—	—	—
Juni	—	—	—	Dezember	—	—	—

Tendenz: ruhig.

Oele.

London, 18. Januar. Leinöl loko 17 s Vkr., Januar/April 17 s 4 1/2 d Vkr., Mai/August 18 s 7 1/2 d Vkr. — Baumwollöl ägypt. roh loko 24 s Vkr. — Rüböl, roh loko 20 s Vkr., raff. loko 31 s 7 d. — Palmöl Lagos loko 16 s 6 d nom. — Palmkernöl Hull loko 21 s 6 d Vkr. — Erdnussöl Hull, crushed extract loko 30 s 9 d nom. — Sojabohnenmandschur Januar/Februar 18 s 6 d Vkr. — Kokosöl Ceylon Januar/Februar 23 s 8 d Vkr. — Rizinusöl prima loko 37 s 6 d Vkr. — Terpentin amerik. loko 56 s 9 d Vkr. — Holzlack Hankau Januar/Februar 30 s Vkr.

Amsterdam, 18. Januar. Rüböl, loko 38 1/2. Leinöl, loko 14 1/2. Februar 11, März 11 1/2, März-April 11 1/2, Mai-August 11 1/2, September-Dezember 12 1/2.

Rotterdam, 18. Januar. Oele. Oleo Oil Extra Januar/Februar 36 1/2 (vor. Not. 36 1/2), Prime, Jan/Februar 30 1/2 (30 1/2). Oleo Stock Extra Januar/Februar 33 1/2 (33 1/2), Prime Januar/Februar 30 1/2 (30 1/2), Premier Jus Extra Januar/Februar 21 (21), Prime Januar/Februar 20 1/2 (20 1/2)

Oelisaaten.

London, 18. Januar. Leinsaat. La Plata Februar 8 1/2 £ Vkr. Kalkutta Januar/Februar 11 1/2 £ Vkr., Bombay Januar/Februar 11 1/2 £ Vkr. — Rübsaat. Toria Januar/Februar 11 1/2 £ Vkr. — Baumwollsaat, ägypt. schwarz Februar 7 1/2 £ Vkr., ägypt. Sakkels Januar 7 1/2 £ Vkr. — Erdnüsse Coromandel März 13 1/2 £ bez. Bombay Januar/Februar 13 £ nom. — Sojabohnen mandschur Januar 6 1/2 £ bez. — Sesamsaat chines. Januar/Februar 14 £ Vkr.

London, 18. Januar. Kopro. Tendenz: stetig. Singapore F. M. S. cif Rotterdam Januar 13 1/2 £ Vkr., Ceylon, 5 Häfen Januar 16 1/2 £ W. Südsee, smoked dried cif Marseille Januar/Februar 12 1/2 £ W. Singapore cif Marseille F. M. Januar/Februar 12 1/2 £ Kfr. Holl. ostind. F. M. S. Januar 13 1/2 £ Vkr. — Kokosnüsse geraspelt Januar/Februar 24 s Vkr.

Liverpool, 18. Januar. Palmkerne Jan./Febr. 10 1/2 £ Vkr. Duluth, 18. Januar. Leinsaat-Terminnotierungen. (Schluß.) Mai 11 1/2 (vor. Not. 11 1/2), Juli 11 1/2 (11 1/2).

Reis.